DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

150 14. JAHRGANG März '97 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

UNRUHIGES HINTERLAND

Der »Six-Pack« hat das Ziel Gorleben erreicht – mit Hilfe des größten Polizeieinsatzes in der Geschichte der BRD. Der Widerstand im Wendland gegen den Atom-Wahnsinn ist nicht mehr zu übersehen – eine ganze Region wehrt sich. Im Februar 1977 verkündete der damalige niedersächsische Ministerpräsident den Beschluß, im wendländischen Gorleben den bundesdeutschen »Nuklearen Entsorgungspark« zu errichten. In den nun schon zwanzig Jahre anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und »seinem« Volk hat sich die gesamte Region grundlegend verändert. Das gerade erschienene Buch »Unruhiges Hinterland« stellt Menschen vor, die den Widerstand getragen haben und heute noch tragen. Eines der Portraits aus dem Buch stellen wir vor auf Seite 5.

ELEKTROHANDWERK

Das kennen wir alle: Eine Waschmaschine oder anderes Elektorgerät versagt ihren Dienst. Zumeist wird der Kundendienst des Elektromarktes oder des Fachgeschäfts zu Hilfe gerufen, der meist einen teuren Kostenvoranschlag macht und uns am liebsten zur Neuanschaffung rät – zu Lasten unserer Umwelt. Die »Blitzblume«, mehrfacher Umweltpreisträger, in Mainz-Ingelheim gehört dem Elektroinstallateurmeister Heinz Jung und dessen Motto: »Reparieren geht vor Wegwerfen und Neukaufen« verhilft ihm zu einem beachtlichen Unternehmenserfolg. Eine Reportage von Christine Ax auf Seite 6.

JUGENDUMWELT

Titelzeilen zweier Zeitschriften zum Jugendumweltkongreß zur Jahreswende 96/97: »Jugend für Deutschland« (junge Welt) und »Jugendumweltbewegung: nach rechts« (ÖkoLinX). »Ende einer Jugendbewegung?« fragt Herrmann Cropp und berichtet über Hintergründe und Schwierigkeiten der »freien Jugendszene« mit den mitveranstaltenden Jugendverbänden auf Seite 10.

EKLAT IN TRIER

Pech für die »Katholische Akademie Trier«. Der für Anfang Februar in Trier geplante Auftritt des erklärten Euthanasiebefürworters Norbert Hoerster aus Mainz wurde durch eine gezielte Störaktion unterbunden. Bericht auf Seite 11.

HESSEN-STUDIE

1986 wurde eine erste Untersuchung über selbstverwaltete Betriebe in Hessen durchgeführt (s. CONTRASTE Nr. 46/47). Ende Januar 1997 erschien im Gießener Focus Verlag unter dem Titel »Kontinuität oder Transformation« der Bericht zur 1996 erneut durchgeführten Studie zur Entwicklung der Betriebe. Seite 12

KOMMERZ UND ALTERNATIVER WELTHANDEL

Vom Antiimperialismus zum Fair Trade

Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

»Die Internationalismusbewegung hatte ihre Ursprünge in der kommunistischen Arbeiter- und Studentenbewegung. Sie ist immer eine radikale politische Kraft gewesen, die mit unterschiedlichen Mitteln von Informationsarbeit bis zum bewaffneten Kampf gegen das internationale kapitalistische imperialistische System und die Aufrechterhaltung durch Krieg und politisch-ökonomische Intervention antrat.«
(Alternative Wiwis Marburg)

Von Roland Röder, Redaktion Saarland ● Unser Schwerpunktthema beschreibt und kommentiert die Veränderungen, die 3.Welt Läden seit Beginn der siebziger Jahre bis heute durchlaufen haben. Der rote Faden, der sich durch unsere Beiträge zieht, ist das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch auf politische Veränderung einerseits und dem Anspruch, Waren zu verkaufen andererseits; zwischen dem Anspruch den Weltmarkt zu verändern und dem Anspruch, auf dem Weltmarkt zu bestehen. »Kommerz im alternativen Welthandel« liefert einen politisch-analytischen Abriß vom »Antiimperialismus bis zum Fair Trade« (Seite 7). Das Interview »Anspruch oder Kommerz« dokumentiert das Spannungsverhältnis, in dem jemand steht, der in einem 3.Welt Laden mitarbeitet und nicht mit dem reinen Verkaufen zufrieden ist (Seite 8). »Partnerschaft leben« schildert den Versuch einer Handelsgesellschaft, die auch viele Welt-Läden beliefert, die ProduzentInnen aus dem Süden in die Entscheidungen miteinzubeziehen (Seite 9). Allen Beiträgen gemeinsam ist der unübersehbare praktische Bezug bei gleichzeitigem Versuch, die Dinge etwas grundsätzlicher zu sehen. Die drei Beiträge regen dazu an, die beiden (scheinbaren) Gegensätze – Handel versus Politik – in einem Atemzug zu praktizieren.

3.Welt Läden sind in den siebziger Jahren entstanden, viele von ihnen im kirchlichen Umfeld. Sie stellten – und stellen – den Versuch dar, der theoretischen Einsicht über weltweite Ausbeutungsverhältnisse praktische Schritte folgen zu lassen: den alternativen 3.Welt Handel. Durch Zahlung höherer Preise, dem Abschluß langfristiger Lieferverträge und der Unterstützung von Kooperativen in den Ländern des Südens sollten nicht nur Zeichen der Solidarität gesetzt werden, sondern Emanzipationsprozesse im Süden unterstützt werden. Über das verkaufen hinaus verstand sich die Mehrzahl der 3.Welt Läden als Teil der Internationalismusbewegung, die die Verhältnisse vor der eigenen Haustür nicht aus den Augen verlor. Gegen bundesdeutsche Rüstungsexporte wurde und wird Kritik angemeldet; für einige der nationalen Befreiungskämpfe – z.B. El Salvador, Nicaragua – wurde praktische Solidarität geleistet. Für »einige« meint natürlich, daß eine Auswahl getroffen wurde. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren die Länder Mittel- und Südamerikas Schwerpunkt der bundesdeutschen Internationalismusbewegung – und der »Dritte-Welt«-Läden. Kurdistan und die Türkei stehen zwar im Mittelpunkt des geostrategischen Interesses der BRD-Außenpolitik, werden aber von der Mehrzahl der Internationalismusbewegung eher gemieden.

The times, they are a changing Variante 1

Ihr jahrelang prägendes Jutetaschen-Image haben 3.Welt Läden heute längst abgelegt und präsentieren sich inhaltlich wie optisch nicht selten als Geschenkboutique mit moralischem Anspruch. Vom Anspruch auf politische Veränderung ist, von Ausnahmen abgesehen, nicht viel übrig geblieben. Übrig geblieben ist der Anspruch zu informieren und Bewußtsein (nicht Verhältnisse) zu verändern und vor allem zu verkaufen. Letzteres steht bei der Mehrheit im Mittelpunkt. Der Anspruch, den Welthandel in Frage zu stellen und zu verändern, ist längst der Akzeptanz desselben gewichen. Wer 1997 auch als 3.Welt Laden erfolgreich verkaufen will, muß zu allererst die Produzenten disziplinieren, die bestellten Waren pünktlich und im modischen Design zu liefern. Und alles bei selbstverständlich bester Qualität. ...

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

01.3669 195 001
Dr. Carola Möller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

RATSCHLAG ÜBER SELBSTHILFE UND KOOPERATION

Wirtschaft von unten

So der vielversprechende Titel eines Kongresses, der Ende Februar in der Potsdamer Fachhochschule stattfand. Etwa 300 Leute waren zum bundesweiten »Ratschlag über Selbsthilfe und Kooperation« angereist. Die Veranstalter hatten ein interessantes, aber auch ziemlich vollbepacktes Programm für die dreitägige Tagung zusammengestellt. Eines fiel bei der Programmzusammenstellung jedoch auf – es fehlten die, die eine »Wirtschaft von unten« schon lange praktizieren und betreiben. Oder wurden diese – wie übrigens auch CONTRASTE – nur zum begleitenden »Markt der Möglichkeiten« eingeladen?

Also ein Kongreß »von der reinen Theorie zur Praxis«? Die lange Liste der Professoren und Verbandsfunktionäre ließ genau diesen Schluß zu. CONTRASTE nahm schließlich auch weder am »Markt der Möglichkeiten« noch am Kongreß teil. Teilgenommen hatte Hilmar Kunath vom Hamburger Geprächskreis Lokale Ökonomie, der nachfolgend über den Ablauf des Kongresses für CONTRASTE berichtet und diesen auch kommentiert (siehe Seite 3). Aus Platzgründen haben wir den Bericht geteilt, d.h. dieser Beitrag wird in Ausgabe Nr. 151 fortgesetzt.●

BERICHT

In der Begrüßung durch den Rektor der Fachhochschule Potsdam, unserem Gastgeber, war die Rede von der »schrumpfenden Erwerbsarbeit«. Er stellte beispielsweise fest, daß 50 Prozent der künftigen Absolventen seiner Fachhochschule keine Lohnarbeits-Stellen mehr bekommen würden. Sie müßten in steigenden Maße als »Freiberufler« in ungesicherten Stellungen, als Scheinunternehmer, arbeiten. Daran wird auch die »Telearbeit« einen großen Anteil haben.

Glashütte Süßmuth

Der Professor Hans See aus Kassel skizzierte seine Erfahrungen mit den Beschäftigten der Glashütte Süßmuth in Immenhausen bei Kassel. Diese industrielle Glasbläserei wurde von den Arbeitern übernommen. Der Berichtende hatte damals diese Entwicklung über Jahre aktiv unterstützt. Vor wenigen Monaten ist die Firma, vorrangig wegen Auftragsmangel, geschlossen worden. Alle guten Dinge würden in dieser Gesellschaft auch bekämpft. Es gab massive Versuche, die Glashütte durch Konkurrenz kaputt zu machen. Aufkäufer der Glaswaren sagten damals: »Wir nehmen eure Produkte nicht.« Die Übernahme des Betriebes durch die Belegschaft wurde in der Öffentlichkeit als »bisher brutalster Anschlag auf die unternehmerische Selbstbestimmung in diesem Land« bezeichnet. Es wurde versucht, die qualifiziertesten Leute »wegzukaufen«. Der Versuch wurde, auf dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes, als »VEB West« diffamiert.

Der Betrieb hat das überlebt. Die Belegschaft gründete ihren Betrieb als Verein und wählte sich eine neue Geschäftsführung. Es war damals eine längere Auseinandersetzung, bis die IG Chemie bereit war, diesen Ansatz zu unterstützen. Auch ein Betriebsrat war weiterhin notwendig. Die erste Betriebsleitung wurde bald abgewählt. Mit der dann neu eingestellten Leitung lief es besser. Der Betrieb hat über 25 Jahre bestanden. Kaputt gegangen ist er an der Konkurrenz auf dem allgemeinen Warenmarkt. Das wurde von dem Berichtenden jedoch nur beiläufig erwähnt.

Er stellte aus den Erfahrungen der Glashütte bestimmte Probleme heraus:
1.) Es sollte verhindert werden, »daß sich frei gewählte Leute verewigen«. Die Wahl einer Person auf zwei Wahlperioden zu beschränken (USA) löst das Problem wohl kaum. »Einer hat die Sachkompetenz...« und macht sich immer unentbehrlicher. ...

Fortsetzung auf Seite 3

BERLIN:

Bilanzprojekt »Berlin 21«

»Berlin 21 – Umwelt und entwicklungspolitische Bilanz einer Metropole«, so der Titel eines Projekts, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Auswirkungen der Berliner Politik, Wirtschaft und Konsumtion auf die Entwicklung in den Ländern des Südens und Osteuropas und auf die Umwelt zu ermitteln. Zudem geht es darum, festzustellen, welche Veränderungen in Berlin zugunsten einer lebenswerten Umwelt und globaler Gerechtigkeit notwendig wären. Dazu sollen in Arbeitsgruppen Beiträge für eine Publikation erstellt werden. Im Vordergrund steht eine Kampagne zu Umwelt und Entwicklung in Berlin bis ins Frühjahr 1998 hinein. Dazu werden zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen geplant. Bisher haben sich bereits über 50 Organisationen bereit erklärt, das Projekt zu unterstützen. Erster Kampagnenschwerpunkt werden Aktionstage im Juni aus Anlaß der UN-Sondergeneralversammlung »5 Jahre nach Rio« sein. Initiatorin ist die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21), ein Zusammenschluß umwelt- und entwicklungspolitischer Gruppen. Sie hat für das Projekt ein Konzept ausgearbeitet, das gegen 5 DM (in Briefmarken) bezogen werden kann bei:
BLUE 21, c/o FDCL, Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin, Tel. (0 30) 694 61 01, Fax 692 65 90

Außerdem führt BLUE 21 eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel »Nachhaltiger Weltmarkttango« durch. Stattgefunden haben 1997 schon:
1. »Die Globalisierung der Finanzmärkte«
2. »Das Ergrünen von IWF und Weltbank«

Die nächsten Termine im Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, Zeughofstr. 20, Berlin, jeweils um 19.30 Uhr sind:
1. April: »Demokratie und NGOs«, Mohssen Massarat (Uni Osnabrück)
6. Mai: »Militarisierung der Außenpolitik«, Ludger Volmer (MdB Die Grünen)●

dp

WAS MAN WISSEN MUSS:

Kleines Lexikon der Globalisierung, Teil 3

MULTINATIONALE UNTERNEHMEN:
Multi- oder Transnationale Unternehmen haben Zweigwerke in mehreren Ländern, richten ihre Entscheidungen weltweit aus und machen einen Großteil ihrer Umsätze im Ausland. Sie sind rechtlich meist Konzerne, weil die Auslandsniederlassungen selbständig sind. Nach der Definition der Vereinten Nationen ist ein Unternehmen bereits dann ein »Multi«, wenn es in mindestens zwei Ländern Betriebe hat. Nach der UN-Zählweise gab es 1980 10.000 multinationale Unternehmen. In der engeren Definition gibt es etwa 150 Transnationale Konzerne. Die meisten haben ihren Sitz in den USA, gefolgt von Japan und der Bundesrepublik. Neuerdings entwickeln sie sich auch in sogenannten Schwellenländern wie Südkorea. Sie sind vor allem in der Erdöl- und Kraftfahrzeugindustrie, der elektronischen, chemischen und in der Metallindustrie tätig. Der Anteil der transnationalen Konzerne am Welthandel wird auf etwa 50 Prozent geschätzt. Die Liberalisierung des Welthandels und die Kommunikationsentwicklung haben ihre Ausbreitung und Machtstellung deutlich verstärkt. Die Multis können durch die globale Steuerung von Produktion und Absatz bestehende Handelshemmnisse unterlaufen, Lohn- und Steuerdifferenzen zwischen Ländern und Weltregionen optimal ausnutzen.

NEO-LIBERALISMUS:
Der »neue« Liberalismus als wirtschaftspolitisches Konzept setzt auf Markt und Wettbewerb als wichtigste Ordnung und Wohlstand schaffende Kräfte, deren Wirken durch staatliche Beschränkungen möglichst wenig gestört werden sollte. Konzentrierte Wirtschaftsmacht gilt als weniger bedrohlich für die Gesamtordnung als starke staatliche Macht. Ein Teil der neoliberalen Theoretiker weist dem Staat vor allem die Rolle zu, günstige Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Initiativen zu schaffen. Soziale Gesichtspunkte sind nachrangig und werden als systemwidrig angesehen. Die Globalisierungs-Theoretiker Altvater und Mahnkopf ordnen den Neoliberalismus ähnlich wie die islamischen Fundamentalisten und andere religiöse Eiferer unter den »neuen Fundamentalismen« ein: er »erhebt für den Marktgötzen quasi Ausschließlichkeitsansprüche, sowohl hinsichtlich der Opfer, die ihm zu bringen sind, als auch im Hinblick auf die Heilsversprechen, die mit der Durchkapitalisierung der Welt abgegeben worden sind«.

NEUE MANAGEMENT-PHILOSOPHIEN:
Die neuen Management-Philosophien kommen entweder aus den Vereinigten Staaten oder Japan. Dazu gehören »lean management« und »lean production« (lean, engl. = schlank, also eine Betriebsführung mit kleinstmöglicher Personalstärke) ebenso wie »Kaizen« (jap. = kontinuierlicher Verbesserungsprozeß). Alle diese Maßnahmen dienen vor allem der Produktivitätssteigerung. Bei der in den USA entwickelten Philosophie des »share holder value«, die auch in Deutschland immer mehr Anhänger findet, wird die Steigerung des Profits und der Aktienkurse zum einzigen Maßstab für Leistung und Bezahlung des Managements.

NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG:
Eine neue Ordnung der Weltwirtschaft wird von den Entwicklungsländern seit den siebziger Jahren gefordert. Sie wollen ihre wirtschaftliche Position gegenüber den reichen Ländern verbessern und politisch zu gleichberechtigten Partnern werden. Kernpunkte dieses Konzepts sind Rohstoffabkommen zur Stabilisierung ihrer Exporteinnahmen, die Entwicklung angepaßter Technologien, die Bereitstellung von 0,7 Prozent der Etats im Westen für Entwicklungshilfe und mehr Mitsprache beim Internationalen Währungsfonds.

OUTPLACEMENT:
Das entsprechende deutsche Wort **Auslagerung** meint in der Regel die Verlagerung von Teilen der Produktion in andere Länder. Das englische **outplacement** steht für verschiedenartige Auslagerungsprozesse von Produktionsteilen oder Dienstleistungen, in der Regel um die Fertigungstiefe zu verringern. Das kann die Beauftragung privater Anbieter mit Reinigungs- oder Wachdiensten sein, die Fremdvergabe von Teilen der Produktion an eigenständige Firmen oder auch die Ausgliederung von Firmenteilen in rechtlich selbständige Tochterfirmen, die auf dem Markt eigene Profite erzielen müssen.●

dp

Fortsetzung folgt

CONTRASTE-SPENDENAKTION

Gute Nachrichten...

... haben wir von Aspirina D7 erhalten. Um 1.000 DM erhöht sich unser Spendenkonto und 8.000 DM werden CONTRASTE als zinsloses Darlehen zur Verfügung gestellt. Damit kann zumindest im Augenblick etwas sorgenfreier gewirtschaftet werden.

Redaktion Heidelberg ● Jedoch – trotz großer Freude über diese gute Nachricht: CONTRASTE ist damit nicht über den Berg. Darlehen müssen bekanntlich auch wieder zurückgezahlt werden und wir benötigen nach wie vor Spenden. Wenn uns alle AbonnentInnen mit einer Spende von 10 DM bedenken würden, wäre das momentane Finanzloch gestopft und die Redaktion könnte über die dringend notwendige technische Aufrüstung nachdenken.

300 zusätzliche Abos benötigen wir, damit nicht neue Schulden für Filme, Druck und Vertrieb auflaufen. Das alles ändert nichts an der Tatsache, daß die Redaktion unbezahlt arbeitet und sich selbst ausbeutet.

An dieser Stelle wieder eine Übersicht der eingegangenen und angekündigten Spenden:

Stand 10. Februar 1997	359,– DM
Uwe A., Braunschweig	20,– DM
Edgar R., Berlin	20,–DM
Aspirina D7	1.000,– DM
Stand 13. März 1997	1.399,– DM

Bedanken möchten wir uns auch bei Heinz aus Köln, der sich zum Eintritt in den CONTRASTE e.V. entschlossen hat.●

Spendenkonto: CONTRASTE e.V., Volksbank Bergstaße, Kto-Nr. 64076, BLZ 509 614 12

FÖRDERMÖGLICHKEITEN

- Mitglied oder Fördermitglied im CONTRASTE e.V. werden (siehe untenstehenden Coupon)
- Zusätzliche Abos werben, Betriebe und Projekte könnten sich zu einem Mehrfach-Abo entschließen, Geschenkabos, interessierten Personen könnte ein Schnupper-Abo für 3 Monate (10 DM, gegen Vorkasse) angeboten oder geschenkt werden.
- Spenden, auch kleinere
- Die BUNTE SEITEN 96/97 bestellen oder verschenken (der Reinerlös fließt in das Zeitungsprojekt)
- Werbefalter zum auslegen in Büchereien, Kneipen, Läden, Kulturzentren etc. bei der Heidelberger Redaktion bestellen.

PRINTMEDIEN:

Treffen regionaler autonomer Medien

Redaktion Heidelberg (Sabotage) ● Am 9. Februar haben sich Redaktionsmitglieder regionaler autonomer Printmedien getroffen, um gemeinsam ein Solidaritätskonzert zum Abschluß der »Schwarz-Roten-Wochen« am 24.5.97 vorzubereiten. Vertreten war der »Geist der Freiheit«, die im 16. Jahr erscheinende A-Flugschrift aus Bensheim, die »K-BUTT«, die välzische Pfolxzeitung aus Kaiserslautern und die »SABOTAGE«, der Bewegungsmelder für fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen aus Heidelberg. Initiiert hatte dieses Treffen der »VEB laut & lästig« aus Mannheim, der Konzerte und Veranstaltungen zu den verschiedenen politischen Themen organisiert.

Bei diesem Meeting ging es den Projekten darum, Möglichkeiten für eine effektivere Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen. Dazu wurde zunächst vereinbart, der (mit diesem Plenum beginnenden) Zusammenarbeit durch regelmäßig stattfindende Treffen Ausdruck zu verleihen. Im Zuge dieser Zusammenkünfte soll ein gemeinsamer kostenloser Reader erarbeitet werden. In ihm werden sich die einzelnen Projekte im Rahmen einer Selbstdarstellung zu ihrer Geschichte, Entwicklung, Gegenwart und Perspektive äußern. Er soll auf nahezu 30 Seiten ein fundamentaloppositionell ausgerichtetes Zeichen gegen den negierten Status quo setzen. Er wird zu den »Schwarz-Roten-Wochen«, die mit der »Revolutionären 1. Mai-Demonstration« in Mannheim beginnen, herausgegeben werden und ist dann auf allen Veranstaltungen in Mannheim (»Innere Sicherheit«, »Anarchistische Strömungen in Deutschland«,»Deutsche Türkei-Politik und die Auswirkungen auf Kurdistan«, »Bad Kleinen«, »Abschiebung, Abschiebehaft und Menschenwürde«, »Bioethik«, »JN«, Ausstellung zum spanischen Bürgerkrieg) kostenlos erhältlich. (Näheres zu diesen Veranstaltungen und den Orten, an denen sie stattfinden, erfahrt ihr in der nächsten Ausgabe der CONTRASTE).

Das Konzert schließlich bildet den Abschluß der »Schwarz-Roten-Wochen« und soll vor allem den Reader finanzieren.●

Kontakt: Sabotage, c/o Autonomes Zentrum, Alte Bergheimerstr. 7a, D-69115 Heidelberg

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ANTIFA
ARBEITSLOSE
AUSBILDUNG
BERATUNG
BILDUNG
DRITTE WELT
ENERGIE
FAHRRAD
FRAUENPROJEKTE
HANDWERK
HANF
INFOLADEN
INITIATIVEN
JUGENDUMWELT
KOMMUNEN
MEDIEN/VERLAGE
NATURKOST
ÖKOLOGIE
SANFTES REISEN
SOZIALES
TAGUNGSHÄUSER
TAUSCHRINGE
FAIRSICHERUNGEN
u.v.a. RUBRIKEN

BUNTE SEITEN 96/97

Der Marktplatz für politisch & ökologisch handelnde Projekte und Betriebe

Das einzige Adreßverzeichnis der alternativen Bewegungen. Mit 11.000 Adressen aus der BRD, CH, A und internationalen Kontaktadressen. 240 Seiten, Format 29,7 X 23 cm ISBN 3-92400085-03-X

Preis: 30 DM zzgl. 3 DM Versandkosten (in Briefmarken, V-Scheck, Schein). Bei: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Wirtschaft von unten

... »Wie wird man die wieder los, die man gerufen hat??« Welche Möglichkeiten bestehen, die naturwüchsig immer wieder sich herausbildende Kompetenzhierarchie abzubauen?

2.) »Es muß eine Möglichkeit entwickelt werden, die Bilanzen lesen zu lernen.« (Vielleicht müßten erst einmal, tiefer gehend, neue Arten von stofflich/bedürfnisausgerichteter Bilanzierung entwickelt werden...)

3.) Viele Süßmuth-Beschäftigte behielten lange ihre Privat-Mentalität bei: »Was geht mich der Laden an?« Einige beklauten die gemeinsame Firma, so daß schließlich eine »Kontrolle an der Tür« eingeführt werden mußte. Der Pförtner, der das durchführen mußte, war dann bei etlichen verhaßt...

4.) Die Arbeiter-Selbstverwaltungstätigkeiten wurden größtenteils »nach Feierabend« durchgeführt. Viele wollten lieber ihren Feierabend haben. Problem sei, daß ein Teil schnell zur »Elite« wird. Der Rest sagt: »Mach' mal...«. Es sei ein »langwieriger Prozeß«, den Beteiligungsgrad zu erhöhen.

5.) Ein Unternehmer kann sich das Produktions- und Verwaltungswissen kaufen. Er stellt Manager ein. Betriebsorganisation und »Vermarktung« sei bei Süßmuth dann ein Wissen geworden, daß auf die Arbeiter übergehen, zumindest von ihnen beeinflußt werden sollte.

Der Berichtende stellte aus seiner Sicht die Frage: »Vermarktung, wer macht das in einem selbstverwalteten Betrieb?« Er setzte auf die »Demokratisierung dieser Wirtschaft«, aber es blieb außerhalb der Erörterung, daß die »demokratisierten« Unternehmen derselben Marktlogik unterliegen. Die von den Arbeitern abhängigere Betriebsleitung wird vielleicht nicht so leichtfertig entlassen. Die direkte Unternehmerwillkür ist weg. Aber über die Konkurrenz auf dem Warenmarkt vermitteln sich dieselben Zwänge (z.B. zur Produktivitätssteigerung, zu aggressiver Werbung, zur Beschleunigung des Arbeitstempos usw.), wie für andere Privatunternehmungen.

Trotzdem fing ein Teil der Arbeiter an, zu überlegen und zu beeinflussen:

- Welche Planziele haben wir?
- Wer darf bei uns einstellen, befördern, entlassen?
- Was wird »investiert«?

Zum Schluß stellte Herr See noch einmal das Problem der Herausbildung einer »neuen Elite« heraus und fragte danach, wie das zu verhindern sei. (»Lieber eine permanente Rotation der Leitungstätigkeiten in langen Rhythmen organisieren...«). Er schlug vor, die Beteiligung an den leitenden Tätigkeiten trotz Zeit- und Produktivitätsverlust während der Arbeitszeit durchzuführen. Die Koordination dürfe nicht in den 'Feierabend' verlegt werden. Es blieb am Ende des Vortrages nur die Alternative: »Abkoppeln« vom allgemeinen Warenmarkt und »Subsistenzwirtschaft« weit unter der gesellschaftlichen Durchschnittsproduktivität zu betreiben, oder in den Markt hineinzuproduzieren. Beides sind, für sich genommen, klare Sackgassen – jedenfalls, wenn der allgemeine Warenmarkt in eine grundsätzliche Verwertungskrise gerät, das Produktivitätsniveau aber weiter relativ hoch ist und weiter steigt.

Die Aktualität des Genossenschaftsgedankens

Doris Meißner (Europäische Föderation der Bergbau und Chemiegewerkschaften, Brüssel): »Die bleibende Aktualität des Genossenschaftsgedankens«.

Die Vortragende fragte sich: »Kann durch die Produktivgenossenschaften die Demokratisierung der Wirtschaft vorangetrieben werden?« Sie wies auf eine gegenwärtige »Renaissance der Produktivgenossenschaften« hin. Im 19. Jahrhundert sind sie in allen europäischen Ländern gegründet worden – als Antwort und Protest gegen den aufstrebenden Kapitalismus. Es wurden eigene Arbeitsplätze geschaffen als Selbsthilfe gegen die Arbeitslosigkeit. Ein großer Durchbruch dieser Wirtschaftsform sei bis heute nicht erfolgt. Warum ??

Die Referentin nannte an erster Stelle »rechtliche Hindernisse«. In Deutschland würden sie nicht gesetzlich gefördert und durch das Genossenschaftsgesetz behindert. Es sei z.B. ein Aufsichtsrat zwingend vorgesehen, der aus sieben Personen bestehen müsse. Das sei für eine Genossenschaft von 20 bis 30 Mitgliedern eine große Belastung. In anderen europäischen Ländern gibt es diese Behinderungen nicht, dafür aber Förderungen und gezielte staatliche Auftragsvergabe. Weiter sei es in Deutschland schwierig für eine Produktionsgenossenschaft, einen Kredit zu erhalten. Die Kirche und der DGB würden nur moralische Unterstützung geben.

Für Produktivgenossenschaften sei aus ihrer Sicht folgendes wichtig:

- Es müßten kleine und übersichtliche Einheiten sein.
- Ein gesicherter Absatz müsse vorliegen.
- Solidarisches Verhalten müsse gelernt werden.
- Einer Abkapselung durch die intensiven Gruppenprozesse innerhalb der Genossenschaft müsse entgegengewirkt werden.
- Die »Humanisierung der Arbeit« sei wichtig.
- Eine »Dezentralisierung der Verwaltungs- und Steuerungsfunktionen« solle angestrebt werden.
- »Neue Modelle der Unternehmensführung und Gestaltung« müßten entwickelt werden, zur »Einbeziehung der Arbeitnehmer in die Entscheidungsprozesse.«

Die Vortragende kennzeichnete die gegenwärtige Gesellschaft mehrfach als »Industriegesellschaft«; forderte als Reaktion auf die gegenwärtige Krise »eine Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer« an den privatwirtschaftlichen Betrieben und kennzeichnete das als Teil einer »Demokratisierung der Wirtschaft«. Sie forderte einen »Investivlohn«, der die Bindung der Arbeitnehmer an »ihre« Betriebe erhöhen solle. Zum Schluß ihres Beitrages forderte sie noch einmal »neue Modelle der Partizipation und Kooperation«, denn »nicht alle Arbeitnehmer wollen nach Feierabend auch noch die Selbstverwaltung ihrer Betriebe machen.«

Bericht aus Frankreich

(Durch Übersetzung und Drängen zur Kürze war der Bericht recht allgemein gehalten.)

In Frankreich würden etliche Menschen eine »solidarische Wirtschaft« anstreben; hier würde ein großer »Reichtum an Innovationen« freigesetzt. Der Bereich stünde im Gegensatz zur »freien Marktwirtschaft«, die auch in Frankreich in einer tiefgreifenden Krise sei. Die Privatwirtschaft übernehme gegenwärtig keine Verantwortung für die Krisenfolgen für die Menschen, sondern »schiebe alles auf den Staat ab« – und der gerate an den Rand seiner Zahlungsfähigkeit.

»Solidarische Wirtschaft« bedeute, daß soziale, ökologische und ökonomische Tätigkeiten zusammengeführt werden sollten. In Frankreich sind, je nach Merkmal, zwischen 30- und 100.000 Menschen an diesem Projekt beteiligt. Der Bereich hätte zur Zeit ein jährliches Wachstum von 15 Prozent. Allgemein habe sich in den letzten Jahren die Nachbarschaftshilfe wieder stärker entwickelt. Das Projekt, von dem er jetzt sprechen wolle, sei eine Art Genossenschaft, die ca. 70 verschiedene lokale Strukturen verbindet. Hinzu kämen noch ca. 100 individuelle TeilnehmerInnen (»KorrespondentInnen«). Es würde ein »Markt der Ethik und Solidarität« angestrebt.

Die Koordination sei dafür da, »die gemeinsamen Erfahrungen zur Verfügung zu stellen«: Es geht um die »Anerkennung freiwilliger Leistungen.« Ein »Zahlungssystem für Dienstleistungen« sei entwickelt worden. Auch gibt es eine »Festsetzung eines Minimallohnes« für alle Beteiligten (soziale Grundsicherung für jeden). Sie seien dabei, eine »freiwillige Steuer« auszudehnen. Die Mittel werden denjenigen zur Verfügung gestellt, die als Arbeitslose Betätigung schaffen.

Es gibt nicht nur eine Alternativbank, sondern eine Teilnahme an den sozialen Entscheidungen (»Partizipatives Kapital«). »Pigalle« ermöglicht, mit Aktivitäten anzufangen (»Investitionen in soziale Betriebe«). Es wird eine Beziehung zu »Bürger-Investoren« aufgebaut (»Risikokapital«). 50 % der Aktiven in diesen Betrieben müssen Langzeitarbeitslose sein.

Eine zweite Struktur heißt »EPI«, sie umfaßt 12 lokale Entwicklungsprojekte. Ziel sei die »Kultivierung von Brachland in Stadt, Land und verlassenen Zonen«.

Kommunale Aufgaben werden auch in selbstverwalteten Betrieben gelöst, die von Arbeitslosen gegründet wurden... Es gibt in Frankreich »viele neue Formen des Widerstandes, die weniger 'ideologisch' sind, aber trotzdem eine revolutionäre Zielsetzung haben«. Ihre gemeinsame Grundlage sei es, »den Reichtum und die Solidarität anders zu produzieren, als durch und für den Markt. Soziale Zwecke werden selbstbestimmt verfolgt.«

Fortsetzung in unserer April-Ausgabe

FORTSETZUNG NR. 151 (APRIL):

- Perspektiven sozialer Utopien
- Das Netz
- Erfahrungen aus Italien
- Produktivgenossenschaften
- Lokale Ökonomie
- Niedersachsen: Existenzgründerprogramm
- EWS, Gesellschaft für technischen Umweltschutz, Braunschweig
- Weitere Kurzberichte & Diskussionen

ZUM KONGRESS »WIRTSCHAFT VON UNTEN«

Wir kamen aus Hamburg gerade noch rechtzeitig zu Begrüßung. Es waren zu diesem »Ratschlag über Selbsthilfe und Kooperation« – so der Untertitel – ca. 300 Leute »bundesweit« angereist. Durch diese Überschrift »von unten« hatte ich mir naiverweise vorgestellt, daß hier Menschen, die in selbstverwalteten Betrieben und Projekten Erfahrungen gesammelt haben, ausführlich zu Wort kommen, daß alle konzeptionellen Gedanken hieran zumindest anknüpfen würden. Die lange Liste der Professoren und Verbandsfunktionäre, die als Vortragende angekündigt waren, ließ das jedoch nicht gerade vermuten. Also gut, es würde wohl nach jedem Vortrag genügend Zeit zur Diskussion darüber sein, beruhigte ich mich.

Zu Beginn erfuhren wir, daß die Referenten, die mich am meisten interessierten – Robert Kurz und Oskar Negt – nicht erschienen waren. Der kurzfristig dafür eingeschobene Bericht von Professor Hans See über die Glashütte Süßmuth hellte meine Stimmung auf: Das waren immerhin Erfahrungen, die Arbeiter machten, als sie ihren Betrieb übernahmen und mit ihren Produkten auf den allgemeinen Warenmarkt gehen mußten. Als darüber nicht diskutiert wurde und auf der Hörsaalbühne direkt darauf der nächste Vortrag folgte und am Sonnabendmorgen genauso verfahren wurde, das Publikum alles ruhig ertrug, sank meine Stimmung wieder: »Wirtschaft von unten«?? Hier war bisher nahezu alles »von oben«, von den Veranstaltern und Referenten bestimmt. Wo blieben die Impulse zu »Selbsthilfe und Selbstbestimmung« durch die vielen angereisten Menschen? Warum ließen sich das alle so gefallen?

Auch überwogen in den Vorträgen stark die Vorstellungen von »notwendigen Reformen«, Demokratisierung »der Wirtschaft«. Die »rechtlichen Grundlagen« für Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe sollten verbessert werden – von wem? Wo war die Kraft, das durchzusetzen? Staatliche Hilfen und Förderprogramme sollten in Anspruch genommen werden. An »die Politik« wurde apelliert. »Marktorientiert« sollte die Produktivgenossenschaft sein, ehe sie ihren Mitgliedern oder auch einer sie umgebenden Gemeinschaft dienen sollte. Kaum jemand schien von den – manchmal als Naturgesetze dargestellten – Zwängen von Markt, Ware, Geld, Kapital und Staat sich ablösen zu wollen. Es war sogar etliche Male von Menschen als »Humankapital« die Rede, auch von Investitionen, Marketing, Management usw.. War ich in einen ganz normalen (Klein-)UnternehmerInnen-Kongreß geraten? Waren die Menschen in diesem Selbsthilfe-Aufbruch in den geäußerten Vorstellungen schon wieder Objekte einer »verwalteten Welt« geworden?

Eine teils lehrreiche Rückschau in die Geschichte der Utopien kam nicht in der Gegenwart an. Ein Vortrag über die Dienstleistungskooperativen in Italien war für mich keine Wissenschaft, sondern Erbsenzählerei. (Siehe Bericht vom Kongreß...) Ich tröstete mich mit den Arbeitsgruppen, die für Sonnabendnachmittag angekündigt waren. Dafür waren immerhin vier Stunden vorgesehen. In der von mir gewählten AG 2 sammelten sich ca. 100 Leute. Also, ein großer Teil der KongreßteilnehmerInnen interessierte sich für das Thema: »Möglichkeiten lokaler Ökonomie – soziale Betriebe und autonome Projekte in Berlin oder anderswo – Alternative oder Nische?« Auch ich wollte mit Leuten darüber sprechen, wie aus der Zusammenarbeit lokaler Projekte heraus ein nicht-warenförmiger, direkter Stoffwechsel entwickelt werden kann, der aus der doppelten Sackgasse von Nischenexistenz gegenüber dem zunächst noch allgewaltigen Markt und der einfachen, platten Anpassung an eben diesen Markt herausführt.

Was die Vielen erwartete, waren drei neue Vorträge von einem neuen Hörsaalpodium. Dauer: 2 Stunden. Als dann endlich auch ProjektvertreterInnen zu Wort kommen durften, fuhr die Diskussionsleitung weiter mit längeren Beiträgen dazwischen, so daß sich nur mühselig ein Gespräch unter den Teilnehmenden entwickeln konnte. Eine Pause, die durch die Erschöpfung durch die Vorträge dringend nötig war, unterbrach den Zusammenhang ebenfalls. Schnell war die karge Diskussionszeit vorbei. Die Anwesenden hatten fast keine Gelegenheit, über ihre Erfahrungen zusammenhängend zu sprechen (Ausnahme: Der Kurzbericht eines Vertreters des SSM Köln-Mülheim). Eine Zusammenfassung der AG Ergebnisse war nicht vorgesehen. Ein paar anregende Einzelgespräche entschädigten für den unbefriedigenden, fremdbestimmten Verlauf... Allerdings soll es in den anderen Arbeitsgruppen teilweise gemeinschaftlicher zugegangen sein! (Wer mag, ergänze das!)

Am Sonntagvormittag war als »Schlußplenum« eine »Podiumsdiskussion« mit drei Personen vorgesehen. Einer der drei Professoren fiel aus, so daß dann doch Raum für eine Plenumsdiskussion gegeben wurde. Ein gewisser Unmut über den Verlauf war dann wohl doch entstanden. Das Konzept von Dr. Karl Birkhölzer eines Bündnisses von kommunaler Verwaltung in Krisenregionen mit der Selbsthilfebewegung rief Diskussionsbedarf hervor.

Besser wäre es gewesen, wenn dieser Vortrag, wie auch alle anderen, drei Wochen vor dem Kongreß verschickt worden wäre. Dann hätten die Vortragenden in kurzen Statements daran erinnern können. Es hätte sich ein großer Raum für wirkliche Arbeitsgruppen und eine strukturiertere, aber auch freie Plenumsdiskussion ergeben.

Fazit: So ein Wochenende mache ich nicht mehr mit. Der nächste Kongreß »Wirtschaft von unten« muß auch wirklich »von unten«, also von vielen Projekten, selbstverwalteten Betrieben und Initiativen vorbereitet und gestaltet werden. Vielleicht bietet sich die Zeitschrift CONTRASTE (Monatszeitung für Selbstverwaltung), aber auch der »Ulenspiegel« (Zeitung der longo mai-Cooperativen), als Gesprächsebene dafür an. Es sollte jedoch keineswegs darauf beschränkt sein. Die Kontroversen über die Rolle von Markt, Ware, Geld und Staat müssen vor dem Kongreß schon so klar wie möglich gefaßt werden, damit viele Menschen sich daran aktiv mit ihren Erfahrungen und Vorstellungen beteiligen können. Auch der Problemkomplex der Gefahren der immer wieder neuen Verfestigung von inneren hierarchischen Strukturen in selbstbestimmten Projekten muß vor einem Kongreß schon öffentlich diskutiert werden. Auch dazu sollten bewußt Leute mit kontroversen Positionen eingeladen werden.

Es sind schon über 800 Millionen Lohn-Arbeitslose auf dieser Erde – mit zunehmender Tendenz. Angesichts dieser weiter abnehmenden (Über-)Lebensperspektive innerhalb des Systems der Lohnarbeit sollten wir, auch wenn wir teilweise noch ein bequemes Leben darin haben, weiter nach einem »guten Leben« für alle Menschen suchen.●

Hilmar Kunath

»TIEFSCHÜRFENDE« ERKENNTNISSE EINES SELBSTVERWALTETEN STUDENTiNNENWOHNHEIMS

Selbstverwaltung ohne Partizipation?

Das Marburger »Bettenhaus« ist mit seiner Geschichte und den Erfahrungen mit selbstverwaltetem Wohnen ein recht typisches Projekt. Typisch z.B. in Hinblick auf recht früh einsetzenden Frust über das geringe Engagement der BewohnerInnen, das geringe Interesse an der Selbstverwaltung zu partizipieren. Daß dies so war, und das dies gerade typisch ist, verweist selbst wieder nur auf ein anderes typisches Phänomen: Vielfach stehen bei der Konzeption und Umsetzung selbstverwalteter Wohnprojekte die finanziellen, organisatorischen und architektonischen Probleme im Vordergrund.

Foto: Bettenhaus

Von Stefan Neubacher, Marburg ● Wie kann das Objekt den EigentümerInnen abgeluxt werden, wo kommt das Geld für den (Um-)Bau her, wie und wo kann ökologisch gebaut werden uns so weiter und so fort. Die Reihe im Vorfeld aus zu dem Weg zu räumender Probleme ließe sich bis ins fast unendliche fortsetzen, und es muß angesichts dieser Situation überraschen, daß es doch immer wieder Projekte gibt, die am Ende bewohnbare Immobilien geschaffen haben. Die Orientierung auf die Durchsetzung gegenüber einer in der Regel nicht unbedingt freundlich gesonnenen Umwelt aus allerlei behördlichen Instanzen, habgierigen Finanzinstitutionen etc. läßt die Frage nach der Alltagsgestaltung, wenn es denn einmal geschafft ist, recht ordentlich in den Hintergrund rücken.

So wurde auch im Bettenhaus, als Projekt der undogmatischen Linken, recht selbstverständlich der Anspruch selbstverwaltet Wohnen zu wollen, festgehalten – ohne, daß ein kollektiver Selbstverständigungsprozeß über das »wie« der Selbstverwaltung hergestellt worden wäre, bzw. ohne die Bedingungen, unter denen selbstverwaltete Strukturen aufgebaut werden sollen, mit in Betracht zu ziehen. Denn Selbstverwaltung ist nicht gleich Selbstverwaltung!

Die Spannbreite in der sich Wohnverhältnisse fassen lassen, reicht nicht nur von »Normalmietverhältnissen« über solche, die Formen der MieterInnenmitbestimmung und -beteiligung umsetzen, bis zu den selbstverwalteten Wohnprojekten. Selbstverwaltung im Wohnbereich heißt zunächst nichts anderes, als das Zusammenfallen der Rollen von NutzerInnen und BesitzerInnen. Gleichzeitig ist die Immobilie nicht in Privat- sondern Kollektivbesitz. Somit scheiden sowohl die EigentümerInnengemeinschaft, weil sie nach wie vor auf der Grundlage von Privateigentum basiert, ebenso wie eine Aktiengesellschaft, da NutzerInnen und BesitzerInnen nicht zusammenfallen, als selbstverwaltete Projekte aus. Die Gruppe der nach oben erwähntem Verständnis selbstverwalteten Wohnprojekte umfaßt aber immer noch so unterschiedliche Typen, wie die voll-professionellen Wohnungsbaugenossenschaften, einerseits und das kleine aber feine Wohnprojekt mit 15 BewohnerInnen, die alle Arbeiten »ehrenamtlich« und rotierend organisieren, andererseits.

Beide Beispiele bezeichnen jeweils einen Pol selbstverwalteter Wohnformen: die große Wohnungsbaugenossenschaft setzt Selbstverwaltung allein als »strukturelles« Element um, während das rotierende Wohnprojekt Selbstverwaltung als »kollektives« Projekt umsetzt. Und zwischen beiden Polen entspannt sich ein sehr weitreichender Raum. Eine genauere Betrachtung dieses Rahmens zwischen struktureller und kollektiver Selbstverwaltung verdeutlicht, an welchen Punkten Eingriffsmöglicheiten bestehen, zeigt, welche Fragen bei der konkreten Ausformung selbstverwalteter Strukturen auftauchen bzw. gestellt werden sollen, können, dürfen, müssen.

Ein dreidimensionales Modell der kollektiven Selbstverwaltung

Der Raum von Selbstverwaltung in Wohnprojekten zwischen struktureller und kollektiver ist durch drei Dimensionen charakterisierbar.

Nicht-Notwendigkeit/Notwendigkeit

Mit diesem Begriffspaar ist die funktionale Notwendigkeit und Angewiesenheit eines Projektes auf die Mitarbeit und Partizipation in der Selbstverwaltung gemeint. Ein Projekt mit der strengsten funktionalen Notwendigkeit zur Partizipation aller BewohnerInnen wäre dasjenige, das in der konkreten Umsetzung weder formalisierte (Vorstand, Geschäftsführung) noch informelle (einen Kreis von InitiatorInnen, oder »CheckerInnen«) Aufgabendelegationen kennt. Arbeitsteilige Strukturen mit Rotationsverfahren gelten dabei nicht als Delegation. Der Ansatz »alle machen Alles« fällt somit mit dem Pol »kollektive Selbstverwaltung« zusammen. Den Gegenpol stellt eine vollprofessionalisierte und darüber hinaus verselbständigte Verwaltung dar, die auf Mitarbeit erst gar nicht mehr angewiesen ist.

Beliebigkeit/Kontrolle

Dieses Begriffspaar bezieht sich auf die Regelung des Nachzugs. Wer hat Einfluß auf die Auswahl der neuen Projektmitglieder und anhand welcher Kriterien wird auf welchen Ebenen entschieden. Beliebigkeit beschreibt hier die Abwesenheit irgendwelcher Einflußmöglichkeiten und repräsentiert in dieser Dimension den Pol struktureller Selbstverwaltung.

Formalisierte Einzugskriterien lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen: soziale, bzw. sozialstrukturelle und ideelle. Erstere bezeichnen bspw. Sozialklauseln, die entweder projektintern oder – häufiger – von Förderungsinstitutionen aufgestellt werden. Gemäß dieser Klauseln muß dann bspw. eine bestimmte Zahl von Personen mit Wohnberechtigungsschein im Projekt unterkommen oder es ist von vornherein nur für eine bestimmte Klientel bestimmt, z.B. nur StudentInnen (Bettenhaus).

Im Gegensatz zu derartigen Sozialklausel sind (formalisierte) ideelle Einzugskriterien darauf ausgerichtet, Personen auszuwählen, die partizipativen Notwendigkeiten gerecht werden, die also bereit sind, sich für das Projekt einzusetzen und sich aktiv an der Selbstverwaltung zu beteiligen. Damit wird deutlich, daß für das Kontinuum strukturelle/kollektive Selbstverwaltung allein die ideellen Kriterien von Bedeutung sind.

Ein Maximum an ideeller Kontrolle garantiert selbstverständlich nicht ein Maximum an Partizipation. Eine abstrakte Zustimmung zu den Zielen selbstverwalteten Wohnens, bedeutet noch lange kein persönliches Engagement. Kontrolle könnte somit als notwendiges, eben nicht hinreichendes Kriterium bezeichnet werden. Ohne jegliche Form der Kontrolle, wird die Partizipation langfristig nicht auf einem Level gehalten werden können, das sich erkennbar näher am Pol »kollektive« und nicht »strukturelle Selbstverwaltung« bewegt.

Anonymität/Gruppendynamik

Diese Dimension hat selbst wiederum zwei Ebenen.

1. Wie sehen die Beziehungen zwischen den BewohnerInnen aus? Stellen sie ein großen soziales Gefüge dar, ein Netz aus Kontakten, das das gesamte Projekt durchzieht oder kennen sich die BewohnerInnen kaum, sind die Beziehungen anonym.
2. Soziale Infrastruktur und kollektive Prozesse. Wie können die BewohnerInnen des Projektes die Gebäude nutzen und welche dienen davon gruppendynamischen und kollektiven Prozessen. Dazu zählen sowohl feste Einrichtungen wie Kneipen, Leseräume, Saunen etc., die Kommunikation ermöglichen. Darüber hinaus sind damit alle anderen Vorhaben und Projekte gemeint, die von den BewohnerInnen gemeinsam initiiert werden: Sommerfeste, gemeinsame Wochenenden etc. Ebenso schließt diese Ebene die gemeinsame Auseinandersetzung der BewohnerInnen über das Projekt, seinen Status und seine Ziele und Zukunft mit ein. Diese Dimension hat ihre Begründung in der Steigerung von Verantwortungsgefühl durch soziale Aneignungsprozesse und kollektive Zielbestimmung.

Die Konsequenz ist banal

Diese Einteilung mag gleichermaßen banal wie statisch wirken. Klar ist, daß es selbstverständlich starke Verbindungen zwischen allen drei Ebenen gibt, daß Veränderungen auf der einen, Effekte auf einer der anderen haben wird. Banal mag es vielleicht sein, aber im Bettenhaus hat es geholfen, sich bestimmter Situationen bewußt zu werden und geordnet Reformen umzusetzen. Reformen, die langfristig den Erhalt sichern sollen und darüber hinaus hoffentlich noch zu einer Erweiterung der Partizipation führen werden. So haben wir uns einerseits für eine bedingte Professionalisierung der Verwaltung entschieden, gleichzeitig aber auch die »ehrenamtliche« Mitarbeit durch einen Beirat formalisiert, erweitert. Die Notwendigkeit zur Mitarbeit wurde so zwar real zurückgenommen. Durch die Erweiterung des beteiligten Kreises erhoffen wir uns zumindest mehr und breiteres Wissen um das, was die Arbeit im Haus mit sich bringt.

Bislang oblag die Entscheidung über den Nachzug ausschließlich der jeweiligen WG. Als eine etwas subtilere Form der ideellen Auswahlkriterien gegriffen: Fortan müssen alle Einziehenden einen mindestens 30-stündigen Sobottnik in der Verwaltung oder einem anderen Arbeitsbereich (Kneipe, Zeitung) ableisten. Das soll einerseits reine »WohnkonsumentInnen« abschrecken und andererseits zur Vermittlung der Notwendigkeiten der Selbstverwaltung beitragen.

Beide Maßnahmen werden hoffentlich auch wieder dazu führen, daß mehr BewohnerInnen einen Teil ihres Lebenszusammenhangs im Haus sehen. Daher wird sich auch der zur Zeit recht anonyme Umgang mittelfristig wieder »verbessern«. Die Infrastruktur ist an sich nicht schlecht bzw. hat sich in den letzten Jahren durch die Wiedereinrichtung der Projektkneipe wieder verbessert. Direkte Einflußmöglichkeiten auf die »Gruppendynamik« sehen wir kaum.

Die Situation geringer Partizipation, die uns jetzt zu der Evaluation genötigt hat, resultiert teilweise aus der geringen Beachtung, die der inneren Organisation des Projektes zu Anfang beigemessen wurde. Es war so etwas wie links-undogmatischer Machbarkeitswahn, der zu einer sehr laissez fairen Haltung gegenüber der Diskussion über innere Strukturen geführt hat.

Jetzt kommt es vor allem darauf an, sich vom Anspruch kollektiver Selbstverwaltung lösen zu können und den Status Quo realistisch einzuschätzen und anzuerkennen. Auf dieser Basis kann der Versuch unternommen werden, bewußt Wege in Richtung kollektiver Selbstverwaltung zu suchen.●

DAS »BETTENHAUS«

Das Bettenhaus ist ein selbstverwaltetes, internationalistisches StudentInnenwohnheim in Marburg. Im Haus wohnen 57 Menschen, aufgeteilt in 11 unterschiedlich große Wohngemeinschaften. Das Projekt wird vom Verein zur Förderung des studentischen Wohnens getragen, der einen mietfreien Nutzungsvertrag mit dem Land Hessen über das ehemalige Klinikgebäude abgeschlossen hat.

Schon kurz nach der Gründung 1985 ging die Beteiligung der BewohnerInnen an den Strukturen der Selbstverwaltung zurück, was vor allem auf Seiten derjenigen, die viel Zeit und Arbeit investierten, zu Frustration führte. Nach relativ langer Zeit des rumwurschtelns und nicht erfolgreicher »Reformversuche« wurde 1995 schließlich eine ordentliche Evaluation in Auftrag gegeben. Dieser Beitrag ist eine kurze Zusammenfassung des insgesamt 150-seitigen Papiers.●

P.S.: Viele Grüße an die sieben Projekte, die wir im Rahmen der Evaluation zu »Vergleichszwecken« besucht haben. Ihr bekommt bald Post!!

ÖKOLOGIE: GRUNDWASSERNUTZUNG

Gute Gründe für Grundwasser im Klo

»Wenn du ökologisch denkst, liegt bei einem entsprechenden Standort die Grundwassernutzung für Klo und Gartenbewässerung nahe,« ist die Position von Wolfram Gerstein.

Von Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Der Quelkhorner (Nähe Bremen) hat im Fischerhuder Moorland gebaut und wohnt nah am Grundwasser, stets ab zwei Metern Tiefe verfügbar über das ganze Jahr. Ein Landwirt hat ihm mit einer Spüllanze und einem Güllefaß voll Wasser das Loch gespült. Das funktioniert nicht anders als bei einer Kälbertranke.

Der Aufbau des Systems ist einfach: An das Grundwassergestänge mit Filterkappe schließt sich die Hausleitung in frostfreier Tiefe an. Der Häuslebauer: »60 Zentimeter; wenn du die Gräben selber geschüppt hast, weißt du, wie tief sie sein müssen.« Die Hausleitung führt zu der Pumpe im Waschraum und drückt das angepumpte Grundwasser in einen Druckbehälter (4 bar). Von dort aus geht es einmal zur Außenzapfstelle für die Gartenbewässerung und einmal über einen Zwischenzähler (wegen der zusätzlichen Abwassergebühr) in Richtung Toilettenspülkästen.

Wenn im Sommer zwei Rasensprenger gleichzeitig laufen, und drinnen zieht einer die Spülung, hören die Rasensprenger für 30 Sekunden auf zu spritzen, und erst danach kommt wieder der volle Strahl. »Man kann im Garten sehen, wenn einer im Haus aufs Klo geht,« schmunzelt Wolfram Gerstein.

Das Wasser kostet hier nur den Kilowattpreis des Stromverbrauchs der Pumpe. Aber: »Für mich rechnet es sich erst einmal nicht. Es ist ein besseres Gefühl beim Verbrauch. Das ist wie bei der Solaranlage.« Sein Architekt, der Diplomingenieur Peter Bischoff aus Fischerhude, beziffert den Preis für Pumpe, Brunnenspülung und alle verlegten Rohrleitungen auf 1.150,– Mark. Möglicherweise läßt man sich den Brunnen von der Feuerwehr für einen Kasten Bier oder eben von einem Landwirt spülen. Engagierte Eigenleistung kann den Preis ebenfalls senken. Bei einem Klo mit Wasserspartaste hat Familie Gerstein mit sieben Personen in zwei Jahren 125 m^3 Trinkwasser gespart, rund 400 Badewannen voll. Das sind 100,– Mark Einsparung im Jahr. Nach elf Jahren hätte sich die Anlage also amortisiert.

Wolfram Gerstein meldet jährlich den Zählerstand für das zusätzliche Abwasser: »Ich war früher als Jugendlicher auch ein schlechter Schwarzfahrer. Ich möchte über die Anlage reden können ohne Heimlichtuerei. Wenn man zu etwas steht, soll man es auch offiziell machen. Mein Abwasser verursacht ja auch Klärwerkkosten. Ich habe aber genauso Verständnis für Leute, die es anders machen.« Immerhin hatte sich bei heimlicher Einleitung des Abwassers die Grundwassernutzung schon nach 2 3/4 Jahren, also viermal schneller bezahlt gemacht – sozusagen öffentliche Förderung zukunftsfähiger Technologie.

Trinkwasser gehört nicht in Klo und Garten. Die Qualität ist viel zu hochwertig für den Verwendungszweck, der Aufbereitungsaufwand also vergeudet. Und die Transportwege sind zu weit (Wasserwerk Wittkoppenberg Achim - Quelkhorn). »Es ist eine Frage, inwieweit du deine Nachwelt belasten willst,« meint der Vater von vier Kindern. In Neubaugebieten mit feuchter Lage schlägt er es als Bauauflage vor, zum Beispiel Am Duhnwisch in Ottersberg-Bahnhof. Es sei wirklich nicht so teuer und leuchte den meisten Leuten auch als vernünftig ein: »Die Wasserspartasten am Klo haben sich ja auch durchgesetzt.«

Bei Stromausfall kann über zwei Ventile einfach wieder auf Trinkwasserzufuhr umgeschaltet werden. Das System arbeitet geruchlos. Man hört lediglich die Pumpe nach jeder Spülung etwas brummen, wenn sie nicht im Keller eingebaut ist. Der nachträgliche Einbau ist wegen der Trennung von Grund- und Trinkwasser-Leitungssystem aufwendiger, als wenn es direkt beim Neubau geschieht. Trotz zwei trockener Sommer und Winter gab es immer genug Wasser. Lediglich der Kalkbelag im Klo ist ein Problem. Das hängt von der Wassergüte des Standortes ab.

Und was würde er heute anders machen? »Man könnte überlegen, daß man zu der Farbe der Kalkablagerungen passend die Keramikfarbe der Kloschüssel auswählt.«

Und der Vergleich zur Regenwassernutzung mit Tank, die komplett laut Architekturbüro Bischoff 7.500,– Mark kostet? Wolfram Gerstein: »Das ist sehr teuer, und du mußt eine Zisterne haben oder die alte unbenutzte Sickergrube zweckentfremden. So etwas selber zu bauen, ist zwar konsequent, aber da kannst du die Konsequenz besser woanders abreagieren.«●

EIN PORTRAIT: BIRGIT HUNEKE – VORSITZENDE DER BI UMWELTSCHUTZ LÜCHOW-DANNENBERG

»Es ist ein Lehrjahr«

Sie sieht aus, wie eine englische Lady aussehen sollte; aber wie sie lebt, was sie treibt, das ist nicht ladylike – jedenfalls nicht, was der Bundesinnenminister darunter verstehen würde. Ihre Rednertribüne ist gewöhnlich der landwirtschaftliche Anhänger, auf dem auch ihre Vorgängerinnen agierten, eine Reihe starker, profilierter Frauen, an denen Birgit Huneke, seit Anfang 1996 amtierende BI-Vorsitzende, gemessen wird.

Von Christa Tornow-Kneebone ● An einem ungemütlichen Herbsttag bin ich mit Birgit Huneke in Bülitz zum Gespräch verabredet; komme um eine Hausecke – das Bild: drei Bauwagen, ein paar Pferde im Hintergrund auf der Weide, Birgit mit ihren beiden kleinen Töchtern beim Holzhacken. Ich beobachte sie eine Weile unbemerkt; sie sind gut aufeinander eingespielt. In den Bauwagen verbrachten die drei den letzten Winter, in dem die Elbe wochenlang zugefroren war. Die gewinkelte Holztreppe zum Bauwagen der Kinder voller Blumentöpfe, auf beiden Seiten, bis zur Tür. Wie muß das im Sommer ausgesehen haben. Ich glaube, trotz aller Härten, die sie hier erlebt haben, von dieser Behausung werden Annina und Milena noch erzählen, wenn sie längst erwachsen sind.

Fotos auf dieser Seite: leg

Die Bauwagen sind ein Provisorium; im Haus nebenan wird eine Wohnung hergerichtet. Bevor sie nach Bülitz zog, lebte Birgit mit den beiden Töchtern in Groß-Heide. Sie hätte dort auch bleiben können, bis die neue Wohnung fertig war. Aber das ist Birgit: Wenn ein Entschluß gefaßt ist, muß er umgesetzt werden, ohne zu fragen; welche Härten das bedeutet; und zur Beseitigung dieser Härten wird nicht um Hilfe geschrien. Was man sich einbrockt, löffelt man aus. Und sein Holz, das hackt man selber. Es ist ein Stolz, den der Bundesinnenminister, der das Wort vom »unappetitlichen Pack« geprägt hat und der sich sicher angesichts der Vorsitzenden der Bürgerinitiative, die mit ihren Kindern in Bauwagen lebt, darin bestätigt sähe, nie begreifen wird.

Als wir über 'starke Frauen' sprechen, sagt sie: »Ich denke schon, daß ich 'ne starke Frau bin, aber meine Qualitäten sind woanders.« Und später, mit einem Achselzucken: »Ich wollte gern auch mal schwach sein; aber das ging eben nie.«

Birgit wurde 1960 in Geesthacht geboren, besuchte die Realschule, lernte Dekorateurin und besuchte die Fachhochschule für Grafik und Gestaltung. Vier Jahre lang war sie Requisiteurin am Ernst-Deutsch-Theater in Hamburg. Diese Zeit bezeichnet sie als »ihren Ausflug in die große Welt«. 1981 zog sie nach Lüchow-Dannenberg und verdiente ihren Unterhalt, indem sie Brot und Ziegenkäse herstellte: »Ich bin vom Land; melken lernte ich mit 16.« Nebenher erledigte sie noch Aufträge als freie Grafikerin, bis sie den Kontakt nach Hamburg mehr und mehr verlor. Spätere Jobs waren Handlangertätigkeiten und Buchhaltung in der Tischlerei ihres Mannes, Arbeit in Büros und in der Alten-Jeetzel-Buchhandlung in Lüchow; diesen letzten Job macht sie noch immer.

In ihrer ersten Zeit im Landkreis wohnte sie in Schmarsau und kriegte Kontakt zur Dannenberger Widerstandsszene; damals ging es darum, die Wiederaufbereitungsanlage in Dragahn zu verhindern.

1984 wurde Annina, ihre ältere Tochter, geboren. Zwei Jahre später zog sie mit ihrem Mann und ein paar Freunden nach Bayern. Aber das war ein kurzes Zwischenspiel: »Manchmal rutschst du mit.«

Die Familie kam zurück nach Lüchow-Dannenberg und kaufte in Bösel ein Haus. 1988 kam ihre zweite Tochter Milena zur Welt. Birgit fädelte sich wieder in die Gorlebener Szene ein, nahm an Aktionen teil, bekam das Angebot, im BI-Büro in Lüchow zu arbeiten; das war bis dahin ehrenamtlich mal von dem, mal von der mehr oder weniger im Chaos betreut worden. Birgit packte ihre beiden kleinen Mädchen aufs Fahrrad, fuhr bei jedem Wetter von Bösel nach Lüchow, breitete im Büro für die Kinder eine Decke aus und brachte Ordnung ins Chaos. Und: sie arbeitete sich durch einen Berg von Informationsmaterial in Sachen Atomenergie.

Bis 1995 teilte sich Birgit den Dienst im BI-Büro mit Lucia, die heute noch dafür sorgt, daß alles auf aktuellem Stand ist – und über die man auch ein Wörtchen verlieren sollte. Lucia – ihr bürgerlicher Name sei vergessen – zog als brave Hausfrau irgendwo in Süddeutschland ihre Kinder groß und hatte ihr wohlgeordnetes Leben eines Tages satt; stieg aus und zog nach Lüchow-Dannenberg, weil ihr die Landschaft gefiel. Schon bald schloß sie sich dem Gorleben-Widerstand an. Eines Tages setzte sie eine Anzeige in die Elbe-Jeetzel-Zeitung: »... und teile ich mit, daß ich ab heute Lucia heiße.« Fort mit dem alten Leben! Lucia gehört zu den Säulen der Bürgerinitiative.

»Lust, es den Betreibern zu zeigen, mit einem guten Team«

1990 machte Birgit ihre erste und einzige Urlaubsreise. Sie scheint mir erwähnenswert, weil sie sehr typisch für sie verlief. Sie fuhr mit dem Rucksack zum Hamburger Flughafen und schaute sich die last-minute-Angebote an: London oder Türkei. Die Türkei war günstiger, also landete sie dort. Vierzehn Tage sollten es werden, der Rückflug war gebucht. Sie nistete sich in einem kleinen Badeort ein und versucht, Urlaub zu machen; schwimmt, liest, macht Ausflüge, und auf einmal hält sie es nicht mehr aus; sie ist zu blond und zu allein für die Türkei. Sie will nach Hause, jetzt, sofort! Steigt in den nächsten Bus und kämpft sich durch nach Istanbul, wird immer wieder fehlgeleitet von hilfreichen Türken – wie soll man sich verständigen? Man führt sie durch ganz Istanbul zum Terminal, von dem sie nur nach Asien hätte reisen können; wieder zurück quer durch die Stadt zum richtigen Flughafen und zur falschen Fluggesellschaft ... Drei Tage und zwei Nächte ist sie unterwegs mit Bus, Bahn und einem völlig überladenen fliegenden Seelenverkäufer – und dann ist sie zu Hause.

Birgit hat die ganze Reise in einem großen Schulheft protokolliert; Erlebnisse, Beobachtungen, Stimmungen. Sie schrieb am Strand, im Café, im Bus, im Flugzeug. Jedes Schlagloch, jede Turbulenz, jede Unleserlichkeit nachzuerleben und am Schluß die völlige Erschöpfung. Sie gab dem Reisetagebuch den ironischen Titel Bericht eines Urlaubes oder Mutter zweier Kinder aus dem Wendland. Ein Verleger müßte einen besonders kreativen Setzer finden, um die Spontanität dieses Manuskriptes zu erhalten.

Geschrieben hat sie seit ihrer Jugend, hat Aktenordner voller angefangener und nicht ausgeführter Geschichten. Es war der Fernsehautor Peter Bauhaus, einer von Birgits zuverlässigsten Freunden und wichtig-

ster Ideenlieferant des Gorleben-Widerstands, der ihr Mut machte und sie beriet, Drehbücher zu schreiben. Das war Neuland, eine Technik, die erst erarbeitet werden mußte, und nicht Schreiben-für-die-Schublade. Birgit lernte; schaffte sich einen Computer an, der nun im winzigen Büro ihres Bauwagens steht, und inzwischen ist die erste Story in der ZDF-Sendung Achterbahn gelaufen. »Ich bin ehrgeizig«, sagt sie, »ich gehe gern an Sachen ran, von denen andere vielleicht sagen, laß' es lieber. Ich weiß, daß ich da noch viel lernen muß; aber ich will dran bleiben.«

Die Gorleben-Szene stellt ein beachtliches Wählerpotential dar

Im Februar stand routinemäßig die Wahl eines neuen Vorsitzenden der BI an. Susanne Kamien, die den Posten fünf Jahre lang gehalten hatte, wollte nicht mehr kandidieren; sie war erschöpft. Birgit wurde mehrfach gefragt, ob sie es nicht mal versuchen wollte. Birgit – »ich fühle mich persönlich eigentlicher sicherer in der zweiten Reihe, wenn ich zuarbeiten kann« – verspürte »Lust, es den Betreibern zu zeigen, mit einem guten Team«; sie sagte zu. Es ist einfach nicht ihre Art, sich vor etwas zu drücken. Sie wurde gewählt. »Ich hab's gemacht, weil kein anderer da war; im Grunde genommen verrückt: mit zwei Kindern und ohne Bankkonto.«

Inzwischen hat sie eine schlimme Niederlage hinter sich, den zweiten Castor-Transport; »Ich fiel in ein tiefes Loch.« Das ist wohl die größte Strapaze im Amt der BI-Vorsitzenden: Niederlagen einstecken. Die nächste: die Erfahrung, auf einmal eine ‚öffentliche Person' zu sein. Jetzt wird Birgit auch vom Landrat gegrüßt – die Gorleben-Szene stellt ein beachtliches Wählerpotential. »Es gibt Leute, die mich nur noch in dieser Funktion benutzen; ich merke, daß es gar keinen Personenschutz mehr gibt. Damit habe ich nicht gerechnet.« Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ist keine x-beliebige; die Vorsitzende wird herumgereicht. Marianne Fritzen, Gründungsmitglied und ehemalige Vorsitzende, wird immerhin zu offiziellen Festakten der Landesregierung geladen; bekannte Mitglieder des Widerstands sind ziemlich regelmäßig Gäste bei Talkshows, wenn das Thema Gorleben mal gerade wieder etwas hergibt, vor allem, wenn es zu teuren Polizeieinsätzen kommt. Auch Birgit, in ihrer Rolle als BI-Vorsitzende, hat das Interesse der Medien gefunden.

Dazu kommen Treffen mit Umweltorganisationen, die weit ab vom Wendland angesiedelt sind. Birgit muß reisen. Job, Haushalt, Kinder, Schreiben und Amt. An Abenden und an Wochenende muß sie an vielen Treffen im Landkreis teilnehmen; der dritte Castor-Transport steht an. »Wenn ich auf dem Pferd sitze, entspanne ich. Manchmal reite ich allein, manchmal mit den Kindern; dann gibt es auch gute Gespräche.«

Ich habe gebeten, sie bei einem Delegiertentreffen beobachten zu dürfen; mich interessiert die Gruppendynamik. Als ich – 20 Minuten zu früh – in Meuchefitz eintreffe, ist Birgit schon da und arbeitet mit Lucia und Angela. »Mit einem guten Team,« hatte sie gesagt.

Die anderen Teilnehmer treffen ein, Sprecher der Castor-Gruppen aus dem Landkreis, aber auch Auswärtige. Es geht um die Planung und Durchführung einer großräumigen Aktion; das verlangt die Fähigkeit zu strategischem Denken. Wie hält man den Widerstand attraktiv, wie kriegt man Menschenmassen vor Ort? Denn das einzig effektive Mittel im Widerstand ist nun mal, möglichst viele zu mobilisieren, damit – so fatal das ist – möglichst viel Polizei zum Einsatz kommt und die Transporte teuer werden; Geld ist das einzige Argument, das die Gegenseite begreift.

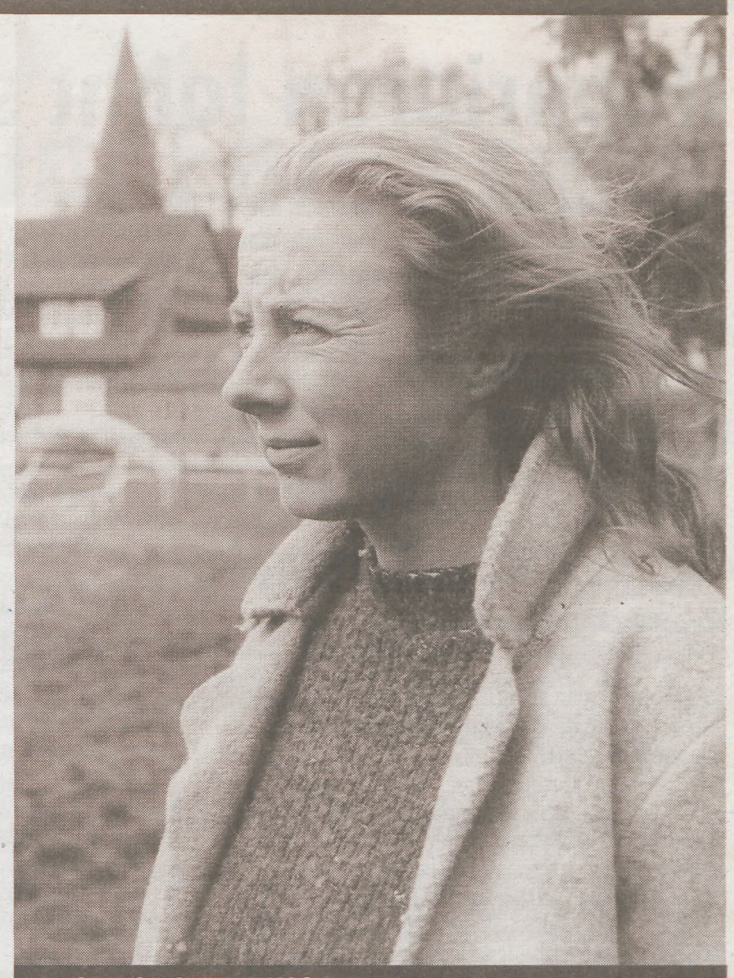
Am Tisch sitzt – vom Handwerker bis zum Vertreter des örtlichen Adels – ein Bevölkerungsquerschnitt, den man sonst wohl kaum zusammen finden würde. Der Widerstand ist ein Haufen von Individualisten.

Ich versuche – als Kontrast, um mich dem Geschehen besser annähern zu können – mir eine Vorstandssitzung bei, sagen wir doch einfach mal, der Deutschen Bank vorzustellen. Lauter adrett gekleidete und manierliche Herren, vermutlich keine Dame. Der Vorstandssprecher ist schon durch das höchste Gehalt aller Anwesenden legitimiert, im Zweifelsfall recht zu haben.

Zurück nach Meuchefitz. Die BI-Vorsitzende hat keine durch höheres Gehalt ausgewiesene Autorität, sie bezieht gar keines. Jede Stimme, die hier redet, hat Gewicht, ist gleichberechtigt; weist sich nur durch Sachwissen, Kompetenz, Engagement aus. Die BI-Vorsitzende ist die Vorzeigeperson nach außen; nach innen ist alles Teamwork. Eine BI-Vorsitzende, die diese Spielregeln nicht begreifen würde, hätte keine Chance. Aber wenn etwas schief geht, hat selbstverständlich sie die Schuld, hat keine ‚Führungsqualitäten'.

Das Geschick der BI-Vorsitzenden besteht darin, gut informiert zu sein, zu spüren, wann sie zuhören muß, nur ja nicht den Versuch machen, den großen Zampano vorzuführen und trotzdem die Tagesordnung durchzuziehen. Fingerspitzengefühl.

Ich habe den Eindruck, daß die neue BI-Vorsitzende mit den Spielregeln gut zurecht kommt. »Es ist ein Lehrjahr«, sagt Birgit Huneke.●



BUCHVORSTELLUNG:

Unruhiges Hinterland

Seit dem 22. Februar 1977 sind zwanzig Jahre vergangen. An diesem Tag verkündete der damalige Ministerpräsident Niedersachsen, Ernst Albrecht den Beschluß, im wendländischen Gorleben den bundesdeutschen »Nuklearen Entsorgungspark« zu errichten. Seither ist das Wendland eines der wichtigsten Zentren bundesrepublikanischer Atompolitik – und des Widerstandes dagegen. Diese lange Periode der Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und »seinem« Volk hat die gesamte Region grundlegend verändert. Das gerade erschiene Buch »Unruhiges Hinterland« stellt Menschen vor, die den Widerstand getragen haben und heute noch tragen. Namhafte AutorInnen und FotografInnen portraitierten neun Frauen, fünf Männer und zwei Mädchen, Alte und Junge, Pastoren, KünstlerInnen und TurmbesetzerInnen, Bauern, Autonome und Feministinnen .... Eines dieser Portraits haben wir nebenstehend mit Genehmigung der HerausgeberInnen auf dieser Seite abgedruckt.●

Unruhiges Hinterland – Portraits aus dem Widerstand im Wendland (in Text und Bild); Hg.: Kirsten Alers, Philip Banse, Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.; 152 Seiten DIN A4 mit großformatigen Schwarz-Weiß-Fotos; 32,80 DM, Eigenverlag, Kaufungen 1997; ISBN 3-928117-07-6 (Vertrieb für den Buchhandel: AJB-Verlag Lüchow). Bezug über: satzmanufaktur, Kollektivbetrieb in der Kommune Niederkaufungen
Tel. (0 56 05) 80 07 41, Fax (0 56 05) 80 07 40

DIE AUTORIN

Christa Tornow-Kneebone, geboren 1938 in Köln. Studium: Germanistik, Theaterwissenschaft, Soziologie – 10 Semester ohne Abschluß; gleichzeitig Schauspielschule mit Abschluß; filmtechnische Ausbildung und Lektorat beim WDR; Fernsehreporterin und Redakteurin in Ghana und BRD. 1990 Kündigung beim SWF; Ausstieg aus dem Beruf und Umzug nach Lüchow-Dannenberg. Seit 1991 Regie am Dannenberger Marionettentheater und gelegentliche Literatur-Lesungen. Sie empfindet die Gorleben-Szene als ausgesprochen anregende Gesellschaft. Ihren Doppelnamen trägt sie als Reminizenz an zwei mißratene Ehen.●

ÜBER DIE SUBVERSIVE KRAFT DES SCHRAUBENZIEHERS

Reparieren lohnt sich

Wenn der Umweltökonom Walter Stahel recht hat und sich der Umweltverbrauch eines Produktes durch die Verdoppelung seiner Lebensdauer halbiert, dann gehört Elektroinstallateurmeister Heinrich Jung zu den Robin Woods unserer Wegwerfkultur. Denn wenn der Elektroinstallateurmeister aus Ingelheim den Kunden verläßt, dann haben alle gewonnen: die Umwelt, der Kunde und das Handwerksunternehmen. Eine Reportage von Christine Ax, die wir dem gerade erschienenen Sonderheft der »Politischen Ökologie«, mit dem Titel »Werkstatt für Nachhaltigkeit – Handwerk als Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaft« entnommen haben.

»Blitzblume« steht auf dem Kastenwagen, mit dem Elektroinstalleurmeister Heinrich Jung in Ingelheim und Umgebung fleißig unterwegs ist. An Kundenaufträgen mangelt es dem mehrfachen Umweltpreisträger (Stadt Mainz 1990; Rheinland-Pfalz 1991) nicht. Sein Motto lautet: Reparieren geht vor Wegwerfen und Neukaufen. Und der beachtliche Unternehmenserfolg belegt es: nicht nur die Umwelt auch die Kunden danken es ihm.

»Handwerker«, das ist seine Erfahrung, »werden zunehmend zu bloßen Teileaustauschern« und »Hilfsarbeitern der Industrie« degradiert. Auf Grund »meiner Weltanschauung und Arbeitserfahrung«, so Jung weiter, »weiß ich, daß der Lohn der Arbeit nicht nur in Geld zu bemessen ist. Ich möchte, wie wohl jeder Mensch auch,

Heinrich Jung, geb. 1956 in Saarbrücken, Lehre als Starkstromelektriker, Elektroinstallateurmeister, seit 1983 selbständig im Bereich Haushaltsgerätereparatur. Ansprechpartner für das Branchentreffen der selbstverwalteten Elektrobetriebe.

sinnvoll leben und bin bereit Verantwortung zu übernehmen«.

Jung versteht sich als »Umwelthandwerker«, der Fachwissen mit Erkenntnissen über ökologische Zusammenhänge kombiniert. Der gelernte Elektriker möchte mit seiner Arbeit dazu beitragen, das Energie und Rohstoffe möglichst sparsam und umweltschonend eingesetzt werden. Seit einigen Jahren setzt er seine Berufserfahrung gezielt im Sinne der Umwelt ein, energiegeladen und lustvoll, ohne Leidensmiene und Lohnverzicht. Und dieser Einsatz zahlt sich aus: Die Betriebsbilanz entwickelt sich seit Jahren sehr erfreulich.

Einfaches und erfolgreiches Konzept

Das Konzept seiner Arbeit ist verblüffend einfach, unmittelbar einleuchtend und es beruht auf jahrelangen Erfahrungen als Reparaturspezialist: Wenn ein Gerät kaputt gegangen ist, muß man es nicht gleich durch ein neues ersetzen. Oft helfen schon einfache Handgriffe, und es funktioniert wieder. Allerdings muß man wissen wie, doch dieses Wissen fehlt heute den meisten Konsumenten.

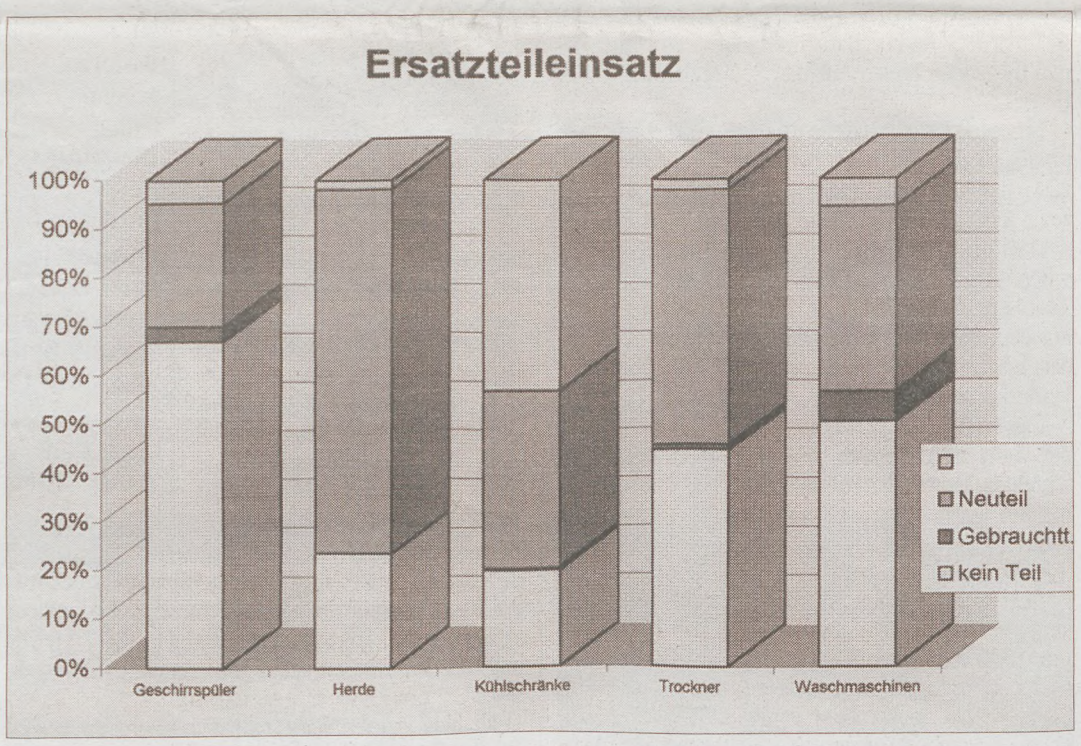
Grundlage des Jungschen Geschäftskonzeptes ist die Erkenntnis, daß in einem Elektrohaushaltsgerät eine Menge Rohstoffe und Energie stecken und daß deren »Entsorgung« ein wachsendes Müllproblem darstellt. Jung bietet seinen Kunden als Alternative preiswerte Reparaturen an und will damit die Nutzungsdauer dieser Geräte erhöhen. Diese für ihn und den Kunden gleichermaßen lohnenswerten Reparaturen schlagen sich in folgenden Grundsätzen nieder:

- Die Tatsache, daß ein Gerät »alt« ist, sagt wenig über den Rest-Gebrauchswert der Maschine aus: im Gegenteil. Ältere Geräte sind oft viel stabiler gebaut als Neue. Gerade Maschinen jüngeren Datums sind inzwischen immer öfter auf Verschleiß gebaut und ihr Geld nicht mehr wert.
- Die häufigsten Fehler (ca. 50 Prozent) an Elektrohaushaltsgeräten wie Waschmaschine, Geschirrspüler etc., treten unabhängig von ihrem Alter auf und haben nicht das geringste mit Verschleiß zu tun. Ob Flusen einen Schlauch verstopfen, eine Münze die Pumpe blockiert oder ein BH-Bügel an der Waschtrommel vorbeischrabbt – diese Fehler können genau so gut bei einem neuen Gerät in der ersten Woche auftreten, wie bei einem alten nach zwanzig Jahren. In keinem Fall sind sie ein Grund dafür, die Maschine auszumustern.
- Bei den meisten Reparaturen wird kein Ersatzteil benötigt. Die betriebsinterne Fehlerstatistik der Firma Jung seit 1991 belegt: Bei 54 Prozent der Reparaturen benötigt der Handwerker nur seinen Verstand und sein Werkzeug (siehe Diagramm: Ersatzteileinsatz).
- Ein möglichst sparsamer Ersatzteileinsatz ermöglicht eine für Handwerker und Kunden kosteneffiziente Reparatur. Viele Teile werden heute von Kundendiensten ausgetauscht, obwohl sie gar nicht kaputt sind. So erweist sich zum Beispiel die weitverbreitete Meinung, daß Programmschalter von Waschmaschinen häufig kaputt gehen in seiner Praxis als ein Irrtum. Die Statistik des »Reparaturspezialisten« Jung belegt, daß nur rund vier Prozent der Waschmaschinenreparaturen das Programmschaltwerk betreffen. Davon war bei nur 30 Prozent der Fälle die Reparatur unrentabel, in 12 Prozent der Fälle ließ sich das Programm austauschen und in 58 Prozent der Fälle konnte die Maschine instand gesetzt werden.
- In vielen Reparaturfällen sind nur Kleinteile defekt -dennoch werden große und komplexe Bauteile ausgewechselt. Ist beispielsweise die Laugenpumpe der Waschmaschine undicht, dann kann man entweder die ganze Pumpe auswechseln (DM 150,–) oder nur das tatsächlich verschlissene Teil, den Wellendichtring aus Gummi (Verschleißteil) für 21,40 DM. Auch in diesem Fall ist die Reparatur für den Kunden und die Umwelt verträglicher.
- Häufig gehen Bauteile in Elektrogeräten nicht durch Verschleiß, sondern infolge anderer Defekte kaputt, z.B.: in einer Waschmaschine ist der Antriebsmotor verbrannt. Er war naß geworden, weil der Einlaufschlauch ein Loch hatte. Das Wasser hat den Motor zerstört. Normalerweise hält so ein Motor eine kleine Ewigkeit, nicht jedoch wenn er naß wird. Hier kann ein gebrauchter, überholter Motor für DM 80,– und ein neuer Einlaufschlauch für 22,95 DM helfen. Ein Lager an überprüften, gebrauchten Ersatzteilen ermöglicht sehr häufig kosteneffiziente Reparaturen auch bei solchen Defekten, die sonst zur »Entsorgung« des Gerätes führen.
- Auch eingesetzte Neuteile müssen bei Beachtung der oben genannten Grundsätze nicht teuer sein (siehe Diagramm: Materialpreisgruppen).
- Der Verzicht auf den Verkauf neuer Geräte garantiert dem Kunden, daß er sich auf den Rat des Reparaturhandwerkers verlassen kann. Interessenkonflikte werden von vornherein ausgeschlossen. Die Spezialisierung auf Reparaturen sorgt für den Erfahrungsschatz, der den Reparaturhandwerker zu einer schnellen und kostengünstigen Alternative macht.

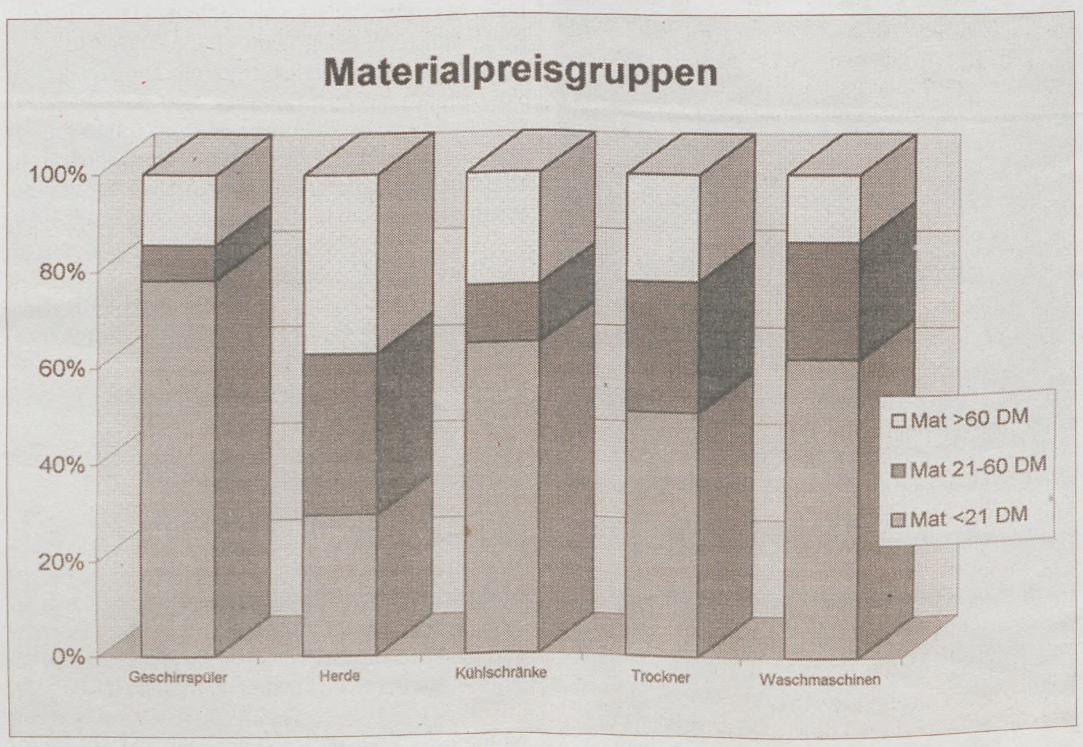
Neben der Öko- und Kosteneffizienz seiner Reparaturdienstleistung legt der »Umwelthandwerker« Jung großen Wert auf eine ganzheitliche Beratung der Kunden und bietet diesem verschiedene Öko-Dienste bei seinem Hausbesuch mit an.

Alles aus einer Hand

»Vieles, das ökologisch sinnvoll wäre«, so Jungs Erfahrung»»wird im Haushalt nicht erledigt, weil es sich für den Kunden einfach nicht lohnt, dafür extra einen Handwerker kommen zu lassen. Wenn ich diese Arbeiten im Anschluß an die Maschinenreparatur erledige, dann ist meist dem Kunden und der Umwelt geholfen.« Beispiele für solche Zusatzangebote sind: tropfende Wasserhähne, undichte Toilettenspülkästen bzw. die Montage von Wasserspareinrichtungen, Wassersparhähne (reduzieren für vier Mark den Wasserdurchfluß von 15 auf 8 Liter pro Minute), Einbau einer Wasserspardusche usw. Hat der Kunde weitere Fragen, macht Jung zusätzlich eine kostenlose Öko-Haushalts-Beratung (z.B. zum Thema Waschen, Weichspüler, Energieeinsatz und Energiesparen u.a.m.). Diese Beratung ist nicht vergebens: Jung weiß genau, das die Investition in das persönliche Gespräch das Werben um das Vertrauen des Kunden dafür sorgt, daß seine Firma auch das nächste Mal gerufen wird.●



Reparieren ohne Ersatzteil: Bei über der Hälfte der Reparaturen von Geschirrspülern und Waschmaschinen benötigt Heinrich Jung keine neuen Teile.



Reparieren muß nicht teuer sein: Über die Hälfte aller Reparaturen führt Heinrich Jung mit Materialien aus, die unter 21 Mark kosten.

NEUES SONDERHEFT

Das Handwerk schafft neue Arbeitsplätze

Die aktuelle Diskussion über Maßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung konzentriert sich bislang einseitig auf die Industrie. Völlig vernachlässigt wird ein Bereich, der nicht nur eine bedeutende Wirtschaftskraft darstellt, sondern auch für eine ökologische Wirtschaftsweise beste Voraussetzungen mitbringt: das Handwerk.

Im aktuellen Sonderheft der Politischen Ökologie »Werkstatt für Nachhaltigkeit. Handwerk als Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaft« gehen die – sowohl aus der Praxis als auch der theoretischen Diskussion entstammenden – AutorInnen der Frage nach, welches Potential das Handwerk für den sozial und ökologisch notwendigen Umbau der Industriegesellschaft beitragen kann. Dabei zeigt sich, daß das Handwerk für eine nachhaltige Entwicklung ein zentraler Hebel sein kann. Im Gegensatz zur verarbeitenden Industrie, die ihre Arbeitsplätze in das Ausland verlagert, schafft das Handwerk kontinuierlich neue Arbeitsplätze und bietet wichtige strukturelle Voraussetzungen, die den Erfordernissen einer nachhaltigen Wirtschaft gerecht werden: So basiert Handwerk in der Regel auf regionalen Wirtschaftskreisläufen, verfügt über eine große Kundennähe und erzeugt langlebige und qualitativ hochwertige Produkte nach Maß. Das Handwerk könnte zu einem Vorreiter für eine zukunftsfähige Wirtschaft werden, so das Ergebnis der Lektüre dieser interessanten Publikation, der wir auch den obenstehenden Beitrag entnommen haben.●

dp

»Werkstatt für Nachhaltigkeit – Handwerk als Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaft«.
ISBN: 3-9282 44-25-6. Politische Ökologie, Sonderheft 9, Januar/Februar 1997, 19,80 DM.

EINIGE ADRESSEN

Blitzblume, Heinrich Jung, Altegasse 62,
D-55218 Ingelheim
☎(0 61 32) 79 80 11, Fax 79 80 13

Blitzblume, Elektrowerkstatt, Ulmer Str. 16 1/2,
D-86154 Augsburg
☎(08 21) 41 27 49, Fax 42 60 80

Sponton GmbH, Maistr. 55 Rgb, D-80337 München
☎(0 89) 53 34 59, Fax 53 63 56

Elektra, Elektrikerinnen-Kollektiv, Havelbecker Str. 26,
D-10559 Berlin
☎(0 30) 396 52 51

Elektrikerinnen im Frauenstadthaus, Am Hulsberg 11,
D-28205 Bremen
☎(04 21) 498 95 00

Stromer GmbH, Fronhäuser Str. 75-79, D-45127 Essen
☎(02 01) 20 22 60, Fax 22 20 68

Stromblume, Dammstr. 6, D-38159 Vechelde/Bodenstedt
☎(0 53 02) 54 33

Komet GmbH, Wasenmühle 22, D-73660 Urbach
☎(0 71 81) 8 31 90, 8 79 49

Genossenschaft ARBA Strom, Rosenstr. 11,
CH-8400 Winterthur
☎(0041-52) 213 56 57

W + S AG, Lindenweg 4, CH-5032 Rohr AG
☎(0041-64) 22 08 06

Donna & Blitz GmbH, Frauen-Kooperative,
Rufgasse 3/2-3, A-1090 Wien
☎(0043-1) 319 19 24

KOMMERZ IM ALTERNATIVEN WELTHANDEL?

Fairer Handel

Vom Antiimperialismus zum Fair Trade

Die Internationalismusbewegung hatte ihre Ursprünge in der kommunistischen ArbeiterInnenbewegung und der StudentInnenbewegung. Sie ist immer eine radikale politische Kraft gewesen, die mit unterschiedlichsten Mitteln von Informationsarbeit bis zum bewaffneten Kampf gegen das internationale kapitalistische, imperialistische System und gegen seine Aufrechterhaltung durch Krieg und politisch-ökonomische Intervention antrat. Die beiden charakteristischsten Ausprägungen des Internationalismus finden sich im Antiimperialismus, wie er zum Beispiel in den Anschlägen der RAF und Gegenaktionen zu den Weltwirtschaftsgipfeln zum Ausdruck kam, und in den Solidaritätsbewegungen mit nationalen Befreiungsbewegungen.

Mitte der 80er Jahre ist die Internationalismus- und Solibewegung in eine Krise geraten und ist heute in ihren ehemals radikalen Formen kaum noch präsent. Die Krise änderte allgemein nichts an der Analyse der international kapitalistischen Verhältnisse, doch ging durch die Änderung der internationalen Kräfteverhältnisse zunehmend der realistische Ansatzpunkt für die Bildung von Gegenmacht verloren. Auf die Entwicklung der Internationalismusbewegung, ihre Ziele und Analysen kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Für die Betrachtung von Kommerzialisierungstrends, die hauptsächlich im Bereich des Alternativen Welthandels zu finden sind, ist die Unterscheidung von Internationalismus und Entwicklungspolitik wichtig. Die Entwicklungspolitik hat mit ihrem wichtigsten Instrument – der Entwicklungshilfe – immer ein dem Internationalismus entgegengesetztes Ziel gehabt, nämlich die Absicherung der Integration von Ökonomien des Südens in die kapitalistische Weltwirtschaft.

Die Alternative Welthandelsbewegung

Der alternative Welthandel, der in Deutschland Anfang der 70er Jahre entstand, stellt eine Vermischung von Aspekten des Internationalismus und der Entwicklungshilfe dar. Die InternationalistInnen hatten sich zum Ziel gesetzt, mit dem Handel über die ausbeuterischen, imperialistischen Strukturen der Weltwirtschaft aufzuklären, Alternativen zum kapitalistischen Welthandelssystem aufzuzeigen und praktisch auszuprobieren. Diese Alternative hatte aber immer symbolisch-politischen Charakter, an eine echte Konkurrenz zum kapitalistischen Weltmarkt hat wohl niemand glauben können. Ein natürlicher Nebenaspekt war, daß durch den Alternativen Welthandel fortschrittliche Länder, Bewegungen und ProduzentInnen unterstützt werden sollten – der Handel also auch ein Stück Solidarität verkörperte. Die EntwicklungspolitikerInnen kamen eher mit einer karitativ-moralischen Motivation zum Alternativen Welthandel. Sie wollten einen Beitrag zum Ende von Ungerechtigkeit und Armut leisten.

Der alternative Handel entwickelte sich entsprechend aus verschiedenen Ansätzen, politischen Spektren und mit unterschiedlichen Formen des Marketing von Waren und Informationen. Es entstanden eine Vielzahl kleinerer Handelsorganisationen und Gruppen mit klarem politischen Profil und spezialisierten Importbereichen, z.B. *Liberacion*-Bananenhandel und Soli-Shop der *DKP*, die beide pleite gegangen sind; *Mitka*-Kaffeehandel der Mittelamerika-Solidarität. Dazu kommen auf Initiative einzelner Personen, Läden oder Gruppen aufgenommene Handelsbeziehungen zu einzelnen Projekten oder ProduzentInnen und schließlich die großen Alternativen Handelsorganisationen, die eine breite Produktpalette für (3.-)Weltläden und Aktionsgruppen als Zwischengroßhändler bereitstellen (*el puente, 3.-Welt-Partner Ravensburg* und *gepa*). Die *gepa* (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt, gegründet 1975) ist die größte und bekannteste 3.-Welt Großhändlerin Europas (ca. 50% des Umsatzes in der BRD). Sie ist ein von den Kirchen und Weltläden getragenes Unternehmen. Schließlich sind noch einige Entwicklungshilfeorganisationen zu nennen, die auch Handel betreiben, z.B. die *Welthungerhilfe* mit ihrem »Dritte Welt Shop« Versandhandel. Darüber hinaus gibt es seit den 80er Jahren einige privatwirtschaftliche VersandhändlerInnen und Läden, die ähnliche Sortimente wie die Weltläden und alternativen Handelsorganisationen anbieten, aber rein ökonomisch arbeiten und keinen politischen Anspruch haben (Bsp. *Sancho Pansa, TEAM-Versand,* der *Otto-Versand* und letztlich auch viele Läden mit Indio-Schmuck, Wollklamotten, Rucksäcken etc., die es in jeder mittelgroßen Stadt zu finden gibt).

Ein wesentlicher politischer Konflikt innerhalb des Alternativen Welthandels zwischen InternationalistInnen und EntwicklungspolitikerInnen machte sich an der Frage »informieren oder verkaufen« fest. Wurde einerseits auf die Verkaufszahlen geguckt, um möglichst viele Menschen in den Metropolen zu erreichen und vielen ProduzentInnen im Trikont zu helfen, so wurde andererseits der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit als eigentliche, weil politische Funktion der Welthandelsbewegung Priorität zugemessen. Für letztere politische Ausrichtung hatten dann die verkauften Produkte nur noch die Funktion Träger von Information und Bewußtseinsveränderung zu sein. Fast hätte man die Waren auch im Schaufenster liegen lassen können, nachdem die Kunden dann Bescheid wußten! Diese Position ging von der Einsicht aus, daß Handel nichts ändert, solange er nicht Instrument der Problematisierung und Politisierung ist! Diese Debatte hat sich Anfang der 90er noch mal mit der strategischen Umorientierung der gepa als Flaggschiff der Welthandelsbewegung intensiviert. Dabei handelte es sich vielleicht auch um ein letztes Aufbäumen der radikaleren politischen Elemente innerhalb der schon immer stark moralisch-karitativ durchsetzten Alternativen WelthandelsbetreiberInnen.

Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

Moral und Kommerz

Die Internationalismusbewegung im weitesten Sinne hatte immer einen moralisch denkenden und agierenden Teil – gegen Ausbeutung, Ungerechtigkeit, Hunger, Krieg. Das moralische Element hat dabei die Veränderung individuellen Verhaltens und politischen Agierens zum Ziel. Immer hatte der Internationalismus als Antiimperialismus aber auch eine analytisch-kritische Perspektive, die die Veränderung systemisch-gesellschaftlicher Strukturen verfolgte.

Der moralische Internationalismus des Alternativhandels ist tendenziell anfällig für eine Kommerzialisierung. Dabei verstehe ich unter Kommerzialisierung den Trend zu kapitalistischer Wirtschaftsweise, also einer primären Orientierung an Umsatz, Gewinn, Konkurrenz und reinem Warenkonsum, nicht die bloße Ausdehnung wirtschaftlicher Tätigkeit allein. Für den alternativen Konsum heißt das, daß über die Auswahl entsprechender, alternativer statt konventioneller Produkte der Moral gehorcht wird; ein Stück Gerechtigkeit wird gerne mitbezahlt. Die Veränderung des Verhaltens bleibt bei der Auswahl und Bezahlung von Produkten, also in der ökonomischen Sphäre stecken und wird damit gesellschaftlich unpolitisch. Selbst die Informationspolitik der Läden verkommt dann am Verkaufsinstrument, mit dem der bezahlte soziale Zusatzwert, der »ethnische Mehrwert«, angepriesen wird (so Thorsten Lampe, ex*AG3WL*-Vorstand).

Auf diese Weise wird aus einer politisch Gesellschaftsverändernden Bewegung eine in den gesellschaftlichen Pluralismus integrierte Angebotsnische. Durch Kommerzialisierung wird so kritisches Potential aufgesaugt, vereinnahmt und schließlich in ein affirmatives Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft umgedreht.

Andererseits kann man Kommerzialisierung aber auch als reines Symptom und nicht Ursache einer niedergegangenen Bewegung auffassen, die ihre politische Orientierung verloren hat. Ich denke, daß es sich um ein dynamisch wechselseitiges Verhältnis zwischen Kommerzialisierung und Entpolitisierung der Bewegung handelt. Die Entpolitisierung öffnet die Tore für die Kommerzialisierung, so wie diese über die Teilbefriedigung moralischer Ansprüche den Niedergang radikaler Politik befördert.

Werfen wir mal einen Blick auf die tatsächlich vollzogenen Entwicklungen:

Revolutionstourismus

Da wäre zuerst der Ende der 80er Jahre einsetzende Revolutions-Tourismus zu nennen. Statt die Befreiungsbewegungen aktiv vom eigenen Land aus zu unterstützen, fahren immer mehr gringos, sandalistas, Rucksacktramper... in Länder, die (ehemals) Schauplätze von revolutionären Kämpfen und Projekten waren bzw. sind. Die Eindrücke mehr oder weniger radikaler und erfolgreicher Politik nehmen sie dann mit nach Hause in ihre triste, perspektivlose Existenz im Metropolenkapitalismus. Gerade die EZLN in Chiapas ist wohl zum Anziehungspunkt nicht nur sensationsgeiler sondern auch revolutionsgeiler TouristInnen geworden, von denen dann hier in der BRD und Westeuropa wohl weniger Impulse für eine gesellschaftliche Veränderung ausgehen. Über das Ausmaß dieses Revolutionstourismus gibt es keine Statistiken sondern nur Spekulation, aber daß es einen Trend in diese Richtung gibt, hat sich z.B. bei der Organisation von Freiwilligeneinsätzen, sogenannten Brigaden, nach Nicaragua gezeigt.

Alternativer Welthandel

Angesichts der konzeptionellen Kombination von Kommerz und Politik dürfte gerade die Weltladenbewegung besonders verwundbar gegenüber kommerzialisierenden, entpolitisierenden Tendenzen sein. Insgesamt hat sich in der Alternativen Handelsszene in den letzten 10 Jahren einiges geändert. Einige explizit politische Handelsorganisationen sind eingegangen, kommerzielle Läden und Händler (*Sancho-Pansa-Versand*, Freiburg; *TEAM-Versand*) fassen Fuß, das *TransFair*-Label bringt Alternativ-Kaffee der Konzerne in Supermärkte, die *gepa* und Weltläden steigern ihren Umsatz und professionalisieren sich. Schon in der Verschiebung der Schwergewichte liegt möglicherweise ein Trend zur Kommerzialisierung.

Bei den kommerziellen Läden kann man wohl davon ausgehen, daß sie der rein kapitalistischen Wirtschaftsweise mit alternativem Produktangebot frönen. Hinweise auf entwicklungspolitische Aspekte bleiben bei ihnen so diffus, daß wohl davon auszugehen ist, daß bei ihnen politische und entwicklungspolitische Kriterien höchstens als Marketingfassade eine Rolle spielen.

Der Dritte Welt Shop der *Welthungerhilfe* dient einerseits der Erwirtschaftung von Gewinnen zur Finanzierung von Entwicklungshilfe, andererseits erhalten bestehende Projekte eine Absatzchance und damit eine zusätzliche Förderung. Mit verändernder Politik hat das nichts zu tun. Die »Verkaufspreise sollen so niedrig wie möglich gehalten werden, weil sich die Kunden aus Entwicklungsländern allemal Sonderangebote erhoffen« (aus einem Versandkatalog 1986).

Seit 1993 gibt es das *TransFair*-Siegel, ein Gütesiegel für »fair gehandelte« Produkte. Der *TransFair*-Verein vergibt das Siegel an alle Unternehmen, die Produkte von KleinproduzentInnen zu einem den Lebensunterhalt garantierenden Preis mit langfristigen Verträgen und Vorfinanzierung abnehmen. Auch hier hat die Kommerzialisierung voll durchgeschlagen, politisierende Information findet nicht mehr statt. Nutznießer sind noch die ProduzentInnen und damit die Unterstützung revolutionären Potentials im Trikont. Hier in der BRD bewegt sich durch Fair Trade nichts und damit auch nichts an den vom Nordwesten dominierten Welthandelsstrukturen. Vorerst wurde im April 1993 mit Kaffee begonnen, den es in ca. 20.000 Läden zu kaufen gibt; demnächst wird TransFair auch Kakao, Tee, Schokolade und eventuell Honig und Waschpulver besiegeln. Durch die Produktpolitik der großen Konzerne mit ähnlich aussehenden Verpackungen ist der »faire« in einigen Supermärkten nur schlecht vom »unfairen« Kaffee zu unterscheiden. Außer TransFair gibt es noch einige weitere Siegel, so demnächst die *»RugMark«* für Teppiche ohne Kinderarbeit und diverse Gütesiegel für ökologisch- und sozial-verträgliche Kleidung. Auch der blaue Umweltengel soll vielleicht auf den Bereich der Entwicklungsverträglichkeit ausgeweitet werden.

Insbesondere die in der *AG3WL* (Arbeitsgemeinschaft der 3. Welt Läden) zusammengeschlossenen Weltläden (ca. 1/5 der 750 Läden in der ganzen BRD) bewahren den politischen Charakter der Welthandelsbewegung, doch auch sie unterliegen Änderungen (s. dazu das nachfolgende Interview auf Seite 8).

Fortsetzung auf Seite 8

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Nur dann bestehen reale Aussichten, im »alternativen 3.Welt Handel« die Produkte an den Mann und die Frau zu bringen. Wer diese arbeitstechnische Disziplinierung nicht an die ProduzentInnen des Südens weitergeben kann und sich selber durch wenig Öffnungszeiten dem Diktat der permanenten Verfügbarkeit von Waren und Menschen entzieht, verstößt gegen elementare Gesetze des Marktes. Der Umsatz geht zurück, KundInnen bleiben weg. Ein solcher 3.Welt Laden verabschiedet sich vom Markt oder führt ein Nischendasein. Politische Arbeit hat in der Totalität des ständigen An- und Verkaufens keinen Platz. Störend auf den Verkauf wirkt sich auch das Andeuten von Konflikten aus, wie es der Begriff »3.Welt« schon bedeutet. Eine 3.Welt impliziert die Existenz einer 1.Welt. Damit ist man allerdings sehr nahe der Frage, warum die einen reich und die anderen arm sind. Die »Eineheile-Welt Philosophie« und »Wir sitzen alle in einem Boot« läßt sich besser in Verkaufskonzepte einbauen. Wer sich heute noch 3.Welt Laden und nicht »Eine Welt Laden« nennt, muß sich nicht selten heftige Vorwürfe gefallen lassen.

Variante 2
Was spricht eigentlich dagegen,

... für Produkte aus dem Süden einen höheren Preis zu zahlen,
... sie ansprechend zu präsentieren und damit auch der menschlichen Arbeit, die in ihnen steckt, eine Wertschätzung entgegenzubringen,
... sich zu überlegen, wie sie im reichen Norden verkauft werden können?

Genau genommen nichts. Die »Arbeitsgemeinschaft der 3.Welt Läden« (AG3WL) versucht seit längerem diese Gratwanderung zu gehen. Seit neuestem wirbt sie für die »Konvention der Weltläden«, in der sich 3.Welt Läden in der BRD dazu verpflichten, ihre Preisgestaltung und Besitzverhältnisse offen zu legen und sich damit von Trittbrettfahrern und kommerziellen Anbietern wie Team-Versand, Sancho Pansa etc. abzugrenzen. Ebenso gehen die UnterzeichnerInnen eine Verpflichtung ein, bei der Auswahl ihrer Projektpartner neben ökologischen vor allem soziale Bedingungen bei der Produktion der Waren zu berücksichtigen. Es ist der Versuch, inhaltliche Kriterien bei der Produktauswahl vor marktwirtschaftliche zu stellen. »Qualität bezieht sich nicht nur auf die Hochwertigkeit der gehandelten Produkte, sondern auch auf die Sozial- und Umweltverträglichkeit im Herstellungs- und Vermarktungsprozeß. Alternativer Handel darf sich nicht an der Ausblendung sozialer und ökologischer Kosten beteiligen. Sein Preis spiegelt statt dessen auch die Kostenfaktoren wider, die durch Einhaltung bzw. Erreichen bestimmter Sozial- und Umweltstandards entstehen. Eine Grundlage des Alternativen Handels ist die umfassende und wechselseitige Transparenz. Dies bedeutet, daß ProduzentInnen, Importorganisationen und Weltläden es ermöglichen, daß ihre Zielsetzung, Organisationsstruktur, Prozesse der Entscheidungsfindung, Besitzverhältnisse... und Kriterien für die Auswahl ihrer Handelspartner einsichtig sind.« Versteht sich von selbst, daß kein Supermarkt, der Kaffee mit dem »TransFair«-Siegel in seinem Regal hat, diese Kriterien hinsichtlich Preisgestaltung und Transparenz der Besitzverhältnisse oder gar demokratische Entscheidungsstrukturen einhalten kann.

Zugegeben, dies stellt keine Garantie dar, daß sich 3.Welt Läden nicht nur auf den Verkauf, sondern auch auf die politische Intervention beziehen. Aber es ist mehr als das von vielen propagierte Verkaufen um jeden Preis.●

Der Autor ist Mitarbeiter der AKTION 3.WELT Saar, die unter anderem auch einen 3.Welt Laden betreibt.

INTERVIEW:

Fairer Handel

Anspruch oder Kommerz?

Ein Teil der Weltläden ist in der AG3WL (Arbeitsgemeinschaft 3. Welt Läden) mit Sitz in Darmstadt organisiert. Der »Marburg Virus«, linke Stadt- und Unizeitung, interviewte Johannes aus dem Marburger Weltladen zum Thema.

Marburg Virus: ***Johannes, du bist seit den 80er Jahren in der Weltladenbewegung aktiv und arbeitest auch überregional in der Organisation der Weltläden mit.***

Johannes: Ja, es gibt eine Arbeitsgemeinschaft 3.Welt Läden (AG3WL), in der aber nur ein Teil der Weltläden zusammengeschlossen sind. Wir sind so in etwa 120-130 Weltläden.

Warum seid ihr nur so wenige – warum sind die anderen nicht dabei?

Die Weltladenbewegung an sich ist eine ziemlich heterogene Bewegung. Es gab Weltläden, die mit einem expliziten politischen Anspruch initiiert wurden, wo es vor allem darum ging, Informationsarbeit zu machen und politische Alternativen zum Welthandel aufzuzeigen. Da steckte die Ablehnung des real existierenden Welthandels als Idee dahinter.

Im Gegensatz dazu gibt es eine ganze Menge Weltläden gerade im kirchlichen Bereich, die mit dem Hintergrund einer karikativen Aufgabe entstanden sind. Sie haben das Ziel, Produkte zu verkaufen für Leute, die irgendwie benachteiligt sind und ihnen dadurch zu einem gerechten Preis zu verhelfen. Das sind zwei recht unterschiedliche Motivationen gewesen, durch die Weltläden gegründet worden sind. Dieses spiegelt sich im Endeffekt auch bei solchen Verbänden wider. Die AG3WL ist eine Organisation, die von Weltläden dominiert wird, die einen starken politischen Hintergrund haben. Sie versteht sich bewußt auch als politische Vertretung. Das hat viele, gerade kleinere Weltläden nicht angesprochen oder sogar abgeschreckt.

Was sind denn in den Weltläden und der AG3WL im Moment die Hauptthemenschwerpunkte – was wird dort jetzt gerade diskutiert?

Wir beschäftigen uns insbesondere mit zwei Tendenzen, die Rahmenbedingungen unserer Aktivitäten sind.

Ein Schwerpunkt ist die Frage, wie auf das, was du als »Kommerzialisierung« bezeichnet hast, reagiert werden kann. Immer mehr Produkte werden unter der Bezeichnung »Fair Trade« auch in Supermärkten oder anderen Handelsbereichen etwa im Versand, angeboten, das heißt Weltladenprodukte werden vom normalem Handel aufgegriffen. Die andere Randbedingung ist, daß gerade größere Weltläden quasi kleine Wirtschaftsunternehmen geworden sind und entsprechend rechnen und am Markt reagieren müssen. Sie verfolgen keine Ziele, die rein kommerziell sind, aber trotzdem können sie diese kommerziellen Gegebenheiten nicht links liegen lassen.

Die Frage ist, wie man unter diesen Bedingungen eigentlich zeigen kann, welche Ideen für Weltläden im Vordergrund stehen und was eigentlich der Unterschied ist, zwischen Weltläden und dem Supermarktregal, in dem Produkte mit TransFair-Siegel stehen. Der große Wandel in der AG3WL ist der da? Dinge, über die noch vor einiger Zeit sehr kontrovers gestritten wurde, haben heute an Brisanz verloren. Das betrifft vor allem die »Verkaufen-oder-Informationen-vermitteln«-Debatte. Früher wurde gefragt, darf ich nur Produkte, wie z.B. Kaffee, im Laden haben, die politischen Charakter haben, um die Ziele des Dritte Welt Handels zu verdeutlichen? Auf der anderen Seite gibt es Produkte gerade im Kunsthandwerksbereich, die eher von kleinen Handwerkerfamilien hergestellt werden, wo der politische Hintergrund gar nicht so große Bedeutung hat. Diese Diskussion hat teilweise die Arbeit der Verbände und der Weltläden untereinander ziemlich blockiert. Heute ist das insofern entspannt, weil nur noch wenige da sind, die das als Gegensatz sehen. Man kann auch die beiden Ziele im Prinzip nebeneinander stellen und nebeneinander betreiben, ohne daß das eine das andere kaputt machen muß.

3.Welt Laden Heidelberg Foto: Ute Berthold

Wird denn jetzt weniger informiert?

Ich würde sagen, daß die Informationsarbeit vor allem schwieriger geworden ist. Das Interesse an Informationsarbeit von Seiten derer, die eigentlich erreicht werden sollen, ist geringer geworden. In der jetzigen weltpolitischen Lage sind Lösungsmöglichkeiten für die Probleme, die wir sehen, schwer zu finden. Noch vor zehn Jahren hatten viele noch klarere Vorstellungen, man wußte, das und das muß geändert werden und kann auch verändert werden. Diese Perspektiven sind heute entweder nicht mehr vorhanden oder unrealistisch geworden. Deshalb geht es meines Erachtens um begrenzte Handlungsalternativen zur Umsetzung kleinerer Utopien.

Wie reagiert ihr im Weltladen darauf?

Es hat sich in jedem Fall in unserer Art und Weise, wie wir an Informationsarbeit herangehen, etwas geändert. Früher wurde Informationsarbeit viel aggressiver betrieben, das heißt, am besten sollte jede Person, die in den Laden kommt, in ein Gespräch verwickelt werden und nach Möglichkeit ein Info in die Hand gedrückt bekommen – überspitzt gesagt. Solche Vorstellungen sind die meisten von uns heute los. Wir legen viel mehr Wert auf Schaufensterarbeit und beispielhafte Informationen zu Produkten und Handelsketten und machen verstärkt bei Kampagnen mit, z.B. im Textilbereich. Auch unsere Ladenzeitung, die wir jetzt gegründet haben, spielt dabei eine wichtige Rolle. Früher gab es eher die Idee, daß zu jedem Produkt, das gekauft wird, auch die Geschichte dieses Produktes mitgeliefert werden sollte. Eigentlich eine ganz sinnvolle Sache, daß man Produkte nicht als rein abstrakte Ergebnisse, losgelöst von ihrem Herstellungsprozeß, der Arbeit und den Arbeitsbedingungen, die darin stekken, verkauft. Doch ich denke, diese Herangehensweise funktioniert im Endeffekt nicht in dieser Konsequenz – denn wir leben in einer Welt, wo die Menschen mit Informationen überschüttet werden – gerade auch in einer Unistadt wie Marburg. Wenn zu offensiv vorgegangen wird, erreicht man eher eine Blockade und kommt an die Leute nicht heran – eigentlich auch ganz verständlich. Es gibt eben Grenzen der Aufnahmefähigkeit. Darum gibt es bei uns eher die Tendenz, Zusammenhänge beispielhaft darzustellen und dann Informationen für diejenigen bereitzuhalten, die sich für ein Produkt näher interessieren.

In einer Situation, in der eigentlich jedeR durch die Informationsfülle überfordert ist, gewinnen dann natürlich die Gütesiegel wie Öko-Siegel oder das TransFair-Siegel eine große Bedeutung. Das schafft die Möglichkeit, sich Orientierungen zu verschaffen, das heißt, man orientiert sich an einem Ökosiegel, wenn man ökologisch handeln möchte oder dem TransFair-Siegel, wenn man fair handeln möchte. Das Problem ist dann für uns, den Unterschied zwischen dem Weltladen und TransFair überhaupt noch deutlich zu machen. Eine Differenzierung zwischen TransFair und Weltladen ist dann nur noch für Insider einsichtig. Menschen, die von außerhalb kommen, finden oft nur die Idee des fairen Handels gut. Für sie ist das dann mehr so eine Streiterei zwischen zwei Gruppierungen, die vielleicht beide das Richtige machen wollen, sich dann aber über Spitzfindigkeiten in die Haare kriegen – so wirkt das dann für Outsider.

Wie ist es mit den Leuten, die im Weltladen mitarbeiten – gibt es da auch eine Änderung in der Motivation und den gewählten Schwerpunkten, die die MitarbeiterInnen bei Euch setzen?

Ich würde schon sagen ja, entsprechend dem allgemeinen Trend. Das spiegelt sich auch bei den MitarbeiterInnen wieder. Zu der Zeit, als ich zum Weltladen gekommen bin, da wurden Diskussionen geführt, wie man am besten die Befreiungsbewegungen in El-Salvador unterstützen kann, ob man strikt gewaltfrei bleiben muß oder Waffenkäufe finanziert. Diese Diskussionen spielen heute keine Rolle mehr. Die Politisierung ist in dieser Hinsicht signifikant zurückgegangen, aber das liegt im allgemeinen gesellschaftlichen Trend – das ist kein Weltladenphämomen, sondern ein Problem der Internationalismusbewegung und auch anderer sozialer Bewegungen. Dabei ist die Weltladenbewegung dadurch, daß es eine konkrete Handlungsalternative gibt, an der man sich versuchen kann, vielleicht noch ein wenig resistenter als andere Gruppen gegen Auflösungserscheinungen.

Wie würdest du TransFair einschätzen? Geht dadurch nicht der politische Anspruch völlig verloren – gerade das Angreifen, Verändern von Welthandelsstrukturen ist nun doch kaum noch Thema?

Teilweise würde ich das bejahen, teilweise auch verneinen. Also nein, weil durch TransFair in Supermärkten auch Leute auf die Fairhandelsidee gestoßen werden, die nie in Weltläden gehen würden und von daher für so eine Idee sonst nicht erreichbar wären. Eine Entpolitisierung ist es andererseits auch, weil es einfach die Idee des Fairen Handels auf einen etwas höheren Preis und den Einkauf bei Kleinbauern und -bäuerinnen reduziert. Das ist noch kein politisches Konzept, sondern es ist einfach nur die Idee, man hilft jetzt den Kleinen, die eben schwach, vielleicht etwas benachteiligt sind, in Form von ein bißchen mehr Geld, wie bei der Sozialhilfe. Generell sehe ich den Preis nicht als das wesentliche an, für mich ist eher die Frage relevant, unter welchen Bedingungen wird produziert, welche sozialen und ökologischen Standards werden eingehalten oder können eingehalten werden, angesichts der herrschenden Marktbedingungen. Wenn wir versuchen, Bedingungen zu schaffen, unter denen bessere Standards eingehalten werden können, ergibt sich daraus automatisch ein höherer Preis, aber das ist dann mehr die Folge, während TransFair hingeht und sagt, wir setzen einen Mindestpreis und das ist der Kern unseres Konzepts.

Eine Frage habe ich zum Verhältnis der Weltläden zur gepa angesichts der aktuellen Umstrukturierungen. Hat das auch etwas mit Kommerzialisierung zu tun, sind da politische Fragen betroffen?

Die Auswirkungen des ganzen haben schon eine politische Bedeutung, wenn auch der Ausgangspunkt primär nicht eine politische Frage ist. Die gepa hat einfach in vielen Fällen unwirtschaftlich gehandelt, Fehler gemacht, Sachen falsch eingeschätzt und hat hohe Verluste eingefahren. Sie mußte einfach handeln. Die Gesellschafter waren nicht bereit, langfristig solche Verluste zu tragen. Die gepa mußte ein Sanierungskonzept vorlegen – eine verständliche Reaktion. Im Prinzip hat die Weltladenbewegung dadurch immer auch einen kommerziellen Kern gehabt. Wir müssen zumindest ausgeglichen wirtschaften, Einnahmen und Ausgaben müssen übereinstimmen. Eine gewisse Kommerzialisierung ist quasi von Anfang an vorhanden gewesen, an der man nicht vorbei kann, selbst wenn politische Ziele eigentlich dominierend sein sollten.

Ein Problem für uns ist, daß die gepa es eigentlich nie verstanden hat, einen direkten Draht zu den Weltläden zu finden. In der Vergangenheit gab es ziemlich viel Spannungen, weil in der AG3WL politische Aspekte ziemlich stark in den Vordergrund gestellt wurden, die gepa wiederum in stärkerem Maße wirtschaftliche Interessen verfolgt hat. Teilweise ist das daraus erklärbar, daß sie den Ansprüchen sowohl der politischeren Weltläden als auch derer, denen es mehr um karitative Zwecke geht und auch noch den Ansprüchen der ProduzentInnen gerecht werden muß. Viele Beschlüsse im Rahmen der Sanierung sind den Weltläden aber einfach vor die Nase gesetzt worden. Das hat ziemlichen Unmut gegeben.

Welche negativen Konsequenzen für die Weltläden siehst du in den Veränderungen bei der gepa?

Ein Teil des Sanierungskonzeptes besteht darin, daß die gepa Beratungsarbeit für ProduzentInnen und Informationsarbeit auslagert. Sie hat extra Vereine gegründet, die diese Aufgaben wahrnehmen sollen. Einerseits rechnet sie damit, dann externe Zuschüsse zu bekommen, z.B. aus Entwicklungshilfegeldern oder anderen Quellen, die solche Vereine kassieren können, ein Unternehmen wie die gepa aber nicht. Das ist ja auch ganz sinnvoll. Mein Eindruck ist aber, daß sich die gepa damit der Verantwortung für Information und politische Aspekte entledigt.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Als Konfliktpartner der politischen Weltläden hat sich von Anfang an die *gepa* herausgestellt, die zwar den Anspruch der *AG3WL* auf politisierende Informationsarbeit geteilt hat, aber die konkrete Arbeit auf andere Organisationen, vor allem die Weltläden, abzuwälzen versucht hat. Von den in der *AG3WL* zusammengeschlossenen Läden wird ihr der Trend zur Kommerzialisierung explizit vorgeworfen. Diese Kritik und nachfolgend charakterisierte Entwicklung gilt so nicht für alle Welthandelsorganisationen, insbesondere nicht für die zweitgrößte, politischere, *el puente*.

Nach einer umsatzmäßigen Stagnation des Alternativen Welthandels Mitte der 80er, die erst ab 1987 beendet wurde, wurde die *gepa* 1989 umstrukturiert. Auf Betreiben der Kirchenverbände wurde ein Aufsichtsrat gegründet und in der Gesellschafterversammlung dann nach Kapitalanteilen statt nach Köpfen abgestimmt. Von den sieben Gesellschaftern hielten danach die beiden entwicklungspolitischen Dachverbände der Kirchen *AGKED* und *Miserior* jeweils fast 50% des Kapitals von inzwischen 4,044 Mio. DM, die beiden kirchlichen Jugendverbände (*aej* und *BDKJ*), die *AG3WL* und die beiden Basisgruppenvereinigungen nur symbolische Anteile. Die ProduzentInnen sind an den »partnerschaftlichen« Entscheidungen übrigens überhaupt nicht beteiligt. Für die 90er Jahre setzte die *gepa* nun unbehelligt von mächtiger interner Kritik auf die Ausweitung des Handels – zugunsten der Partner im Trikont. Das diente der Eröffnung weiterer Standbeine durch Großverbraucherbelieferung (Kantinen, Cafeterias, Gaststätten), Supermärkte und den Versandhandel. Zudem hat die *gepa* 1996 beschlossen, ins Tourismusgeschäft mit dem Angebot eines »fair travel« einzusteigen. Alles dies sind Konzepte, bei denen die Information und politische Vermittlung schwer oder gar nicht möglich ist. Angesichts des bekannten Widerwillens der gepa, sich für die politische Seite des Handels einzusetzen, läuft diese Strategie auf eine faktische Kommerzialisierung des Alternativen Handels hinaus.

Allerdings war diese Strategie bisher nicht sehr erfolgreich. Der Versandhandel wurde ein Flop, die starke Ausweitung des Handels in konventionellen Läden kostete viel Geld für Lagerhaltung und Investitionen und insgesamt begann der Umsatz nach einem Höhepunkt von 55 Mio. DM 95/96 (davon ca. 60% Kaffee) wieder zu sinken, so daß die kostenträchtige Professionalisierung der *gepa* 1996 zu Verlusten in Millionenhöhe (2,9 Mio. Miese) und einem Beinahe-Konkurs führte. Jetzt wird bei der *gepa* einerseits noch mal das Kapital aufgestockt und andererseits rationalisiert: 1/5 der Beschäftigten werden entlassen und regionale Warenlager, die unverzichtbar für die Betreuung von Aktionsgruppen und kleinen Läden sind, werden geschlossen. Auch die Informationsarbeit wird nun endlich ausgelagert in einen eigenen Verein.

Vielleicht sollte man den Kommerz dann doch den KapitalistInnen überlassen – die können das notgedrungen besser. Für die politischen Weltläden heißt das, sich möglichst von der *gepa* unabhängig zu machen, ihre Professionalisierung in Richtung des Aufbaus interner Schulung und Öffentlichkeitsarbeit zu gestalten und sich wirtschaftlich auf einen möglichst geringen Mindestumsatz zu stützen. Die Kommerzialisierung, wie der Kapitalismus überhaupt, entfaltet schnell eine Eigendynamik, der immer wieder neu widerstanden werden muß.●

R, Alternative Wiwis, Marburg
Aus: Marburg Virus, linke Stadt- und Unizeitung, Nr. 61/97

Quellen:

- evangelischer presse dienst, Fachpublikation Entwicklungspolitik 19/94, 10/95, 15/94, 12/96, 14/96, 23-24/96
- diverse infoblätter
- Werbebroschüren
- Kataloge

EL PUENTE GMBH:

Fairer Handel

Partnerschaft leben!

Die Hildesheimer El Puente GmbH beteiligt in einem bislang einzigartigen Modellvorhaben seine über 70 Partnerprojekte aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Am 8. April 1997 soll am Rande der jährlichen Konferenz der »ifat« (siehe Kasten) in Indien die Gründungsversammlung des Partnerverein »PaCo –Partner Comite – Verein zur Förderung des Partnerschaftlichen Handels« stattfinden. Dem Verein PaCo e.V. sollen die Projektpartner aus dem Süden angehören. Dieser soll dann als Gesellschafter in die El Puente GmbH aufgenommen werden.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Die El Puente GmbH hat bisher vier Gesellschaftergruppen, nämlich den gemeinnützigen Verein El Puente e.V., Weltläden und Aktionsgruppen, engagierte Einzelpersonen aus deren Mitgliederkreis und die Belegschaft der El Puente GmbH. Damit sind fast alle am partnerschaftlichen Handel Beteiligten als Gesellschafter in der GmbH vertreten und können Einfluß nehmen auf die nicht-gewinnorientierte Arbeit von El Puente. Durch ihre VertreterInnen in den Gremien haben die Gesellschafter außerdem Einblick in die Geschäftspolitik des Unternehmens und können Kontrollfunktionen ausüben, um eine Arbeit im Interesse der Produzenten sicherzustellen. El Puente wird durch diese Struktur für seine Gesellschafter transparent.

Die Idee

Die am partnerschaftlichen Handel beteiligte zentrale Gruppe ist bislang jedoch noch nicht in der GmbH vertreten: die Produzentengruppen selbst. Am 5. Juni 1993 hat sich daher die Gesellschafterversammlung von El Puente für die Einbeziehung der Projektpartner als 5. Gesellschaftergruppe ausgesprochen. Hiermit soll deutlich gemacht werden, daß es darum geht, mit den Projektpartnern zu handeln, echter Partnerschaft näherzukommen und Teilhabe und Mitbestimmung zu gewähren.

Durch die Einbeziehung der Handelspartner in die Unternehmensstruktur will El Puente eine verbesserte Zusammenarbeit, ein besseres gegenseitiges Verständnis erreichen und den Handelspartnern einen vertieften Einblick in die Arbeitsweise, in die Marktsituation und in Probleme der GmbH geben.

Der PaCo e.V. – Das Konzept

- Zur Umsetzung dieser Idee wird zunächst der Verein der Projektpartner gegründet.
- PaCo e.V. beschafft die finanziellen Mittel für den Gesellschafteranteil bei El Puente und tritt als 5. Gesellschaftergruppe der El Puente GmbH bei.
- PaCo e.V. entsendet ein Mitglied in den Aufsichtsrat von El Puente und wird durch seinen Vorstand bei der jährlichen Gesellschafterversammlung von El Puente vertreten.
- PaCo e.V. richtet eine Geschäftsstelle in Hildesheim ein, die Aufgaben der Koordination und Kommunikation sowie andere satzungsgemäße Tätigkeiten wahrnimmt. Ein Austausch unter den Vereinsmitgliedern wird aufgrund der Entfernungen überwiegend schriftlich erfolgen, die Geschäftsstelle könnte für Übersetzung und Verteilung sorgen.
- Die Mitgliederversammlung von PaCo e.V. könnte im Rahmen der Konferenzen der »ifat« stattfinden, an der viele der Handelspartner bereits teilnehmen.
- Die Mitglieder von PaCo e.V. erhalten aufgrund ihres Gesellschafteranteils bei El Puente keine Dividenden, Gewinnausschüttungen oder bevorzugte Handelsbedingungen (keine Extraaufträge). Ziel von PaCo e.V. und seiner Beteiligung an El Puente ist die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Handelspartnern, die Förderung des Partnerschaftlichen Handels und die Demokratisierung der Handelsstrukturen. Dies ist bei Eintritt in den Verein schriftlich zu erklären.
- PaCo e.V. ist ein von El Puente unabhängiger Verein und kann selbständig seine satzungsgemäßen Ziele verfolgen. Die Beteiligung an El Puente stellt nur eine satzungsgemäße Aktivität des Vereins dar, weitere Tätigkeiten können entworfen und umgesetzt werden.

Formalitäten und offene Fragen

Rechtsform

Aus rechtlichen Gründen wurde zur Beteiligung der Handelspartner an El Puente die Form des Vereins gewählt. Wenn dieser Verein darüber hinaus die Gemeinnützigkeit anstrebt, hat er die Möglichkeit Spenden entgegenzunehmen und Fördermittel von Stiftungen zu beantragen, um das Kapital für den Gesellschafteranteil an der El Puente GmbH zusammenzutragen und zukünftige Aufwendungen zu finanzieren. Auf diese externen Finanzmittel wird der Partnerverein angewiesen sein, denn der gesamte Gesellschafteranteil des Partnervereins in Höhe von 150.000 DM kann von den Handelspartnern allein nicht aufgebracht werden. Auch sind für Kommunikation und persönliche Treffen Zuschüsse und Spenden erforderlich.

Bisher hat der El Puente e.V. durch Spenden und Zuschüsse einen Betrag von ca. 30.000 DM für den Gesellschaftsanteil der Handelspartner erhalten, der bis zur Gründung des Partnervereins von El Puente e.V. treuhänderisch verwaltet wird. Nur wenn der Partnerverein gemeinnützig ist, kann dieser Betrag an ihn zum Verbleib weitergegeben werden, sonst muß er als Darlehen an den Partnerverein vergeben werden. Weitere Anträge bei Stiftungen zur Beschaffung des Kapitalanteils sind bereits in Vorbereitung, und es gibt gute Aussichten auf Erfolg. Anläßlich des diesjährigen 25jährigen Jubiläums von El Puente sind weitere Aktionen geplant. Die Gemeinnützigkeit ermöglicht dem Partnerverein außerdem die Beantragung von Finanzmitteln für weitere Aktivitäten des Vereins, die nicht mit der Beteiligung an El Puente zusammenhängen. Mit dem Status der Gemeinnützigkeit muß der Partnerverein jedoch offen sein für Mitglieder, die nicht Handelspartner von El Puente sind.

Gesellschaftsanteile

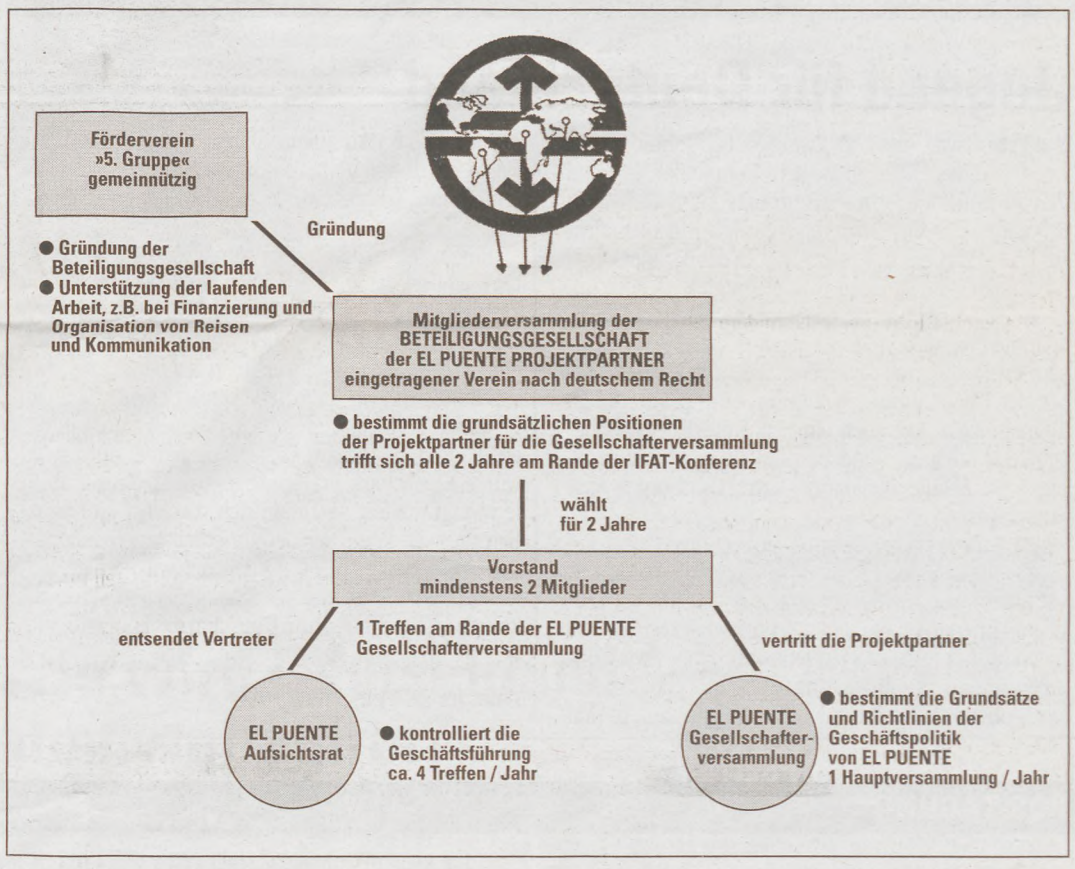
Jedes Mitglied zahlt seinen Gesellschaftsanteil zunächst an PaCo, der dann die einzelnen Anteile zusammenfaßt. Damit ist für viele Partner das Problem der Beteiligung im Ausland gelöst, da der Anteil formal als rückzahlbares Darlehen für die Dauer der Mitgliedschaft beim Verein PaCo geführt wird. Der Anteil soll sich am jeweiligen letztjährigen Jahresumsatz mit El Puente orientieren und mindestens 1% davon betragen. Er kann mit Warenlieferungen verrechnet werden.

Erklärung zu nicht bevorzugten Handelsbedingungen

Die Gesellschafter bei El Puente erhalten keine Dividenden oder andere wirtschaftliche Vorteile aus ihrer Beteiligung. Eine Bevorzugung der Mitglieder des PaCo e.V. gegenüber anderen Partnern bei Aufträgen oder Preisen ist bereits gesetzlich ausgeschlossen. Gegenüber den hiesigen Finanzbehörden muß El Puente nachweisen, daß die Mitglieder des Partnervereins nicht gegenüber anderen Handelspartnern bevorzugt werden. Die Mitglieder von PaCo e.V. müssen ihrerseits bestätigen, daß sie insbesondere Preiserhöhungen nicht nur ausschließlich an El Puente richten.●

IFAT

Die »International Federation for Alternative Trade« (IFAT) ist ein Zusammenschluß von über 100 Produzentenvereinigungen aus dem Süden und Alternativen Handelsorganisationen aus dem Norden. Die Generalversammlungen der IFAT finden abwechselnd im Norden und im Süden statt. Genauere Informationen können direkt bei Ifat, P.O.BOX 500, Akron, PA 17501-0500 USA, Tel. (717) 733-3006, Fax 733-0294 angefordert werden.



FORTSETZUNG INTERVIEW:

Die Gefahr eines solchen Schrittes besteht darin, daß dieser mit Sachzwängen anfängt und sich verselbständigt. Dadurch entwickeln sich Prozesse, bei denen dann normale kommerzielle Wege immer stärker dominieren. Es ist nun die Aufgabe von Verbänden wie der AG3WL, ein Auge darauf zu behalten und die gepa auch weiterhin dazu zu verpflichten, Informationsarbeit zu leisten.

Gibt es auch innerhalb der Weltläden, unabhängig von gepa und Supermarktkonkurrenz, Tendenzen, sich in Richtung stärkerer Kommerzialisierung zu bewegen?

Es zeigt sich, daß viele Weltläden von reiner ehrenamtlicher Arbeit weg wollen und versuchen, so viel Geld zu erwirtschaften, daß davon auch Stellen bezahlt werden können. Das ist ein Ergebnis stärkerer Expansion. Aus kleinen Läden, die nur unregelmäßig und wenige Stunden in der Woche geöffnet hatten, sind inzwischen Geschäfte geworden, die fast normale Öffnungszeiten haben und nicht unerheblichen Umsatz machen. Damit haben sie auch eine Aufgabenfülle erlangt, die rein ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigen ist. Hier steckt natürlich in gewissem Sinne auch eine Kommerzialisierung dahinter. Aber ich denke, nach wie vor sind die Weltläden in der Alternativökonomie verwurzelt und es besteht keine Gefahr zu einer »Normalökonomie« zu werden – zumindest nicht in absehbarer Zeit.

Könntest du dir eine Situation vorstellen, wo die Entpolitisierung so weit fortgeschritten ist, daß du sagst, es hat gar keinen Sinn mehr, einen Weltladen zu machen, weil die Leute sowieso nicht mehr erreichbar sind für eine kritische Auseinandersetzung mit den weltweiten Strukturen?

Ich denke, auch wenn man sich bewußt sein muß, daß die Wirkung begrenzt ist, wird die Weltladenarbeit nicht überflüssig. Auch eine begrenzte Wirkung ist eine Wirkung. Wieweit ein Beitrag zu Weiterentwicklungen im internationalen Bereich führt oder das Verhältnis zum Konsum allgemein ändert – das ist eine Sache, wo ich keine Prognose wage. Wenn viele Leute nicht bereit wären, solche Beiträge zu bringen, ob im Bioladen, Weltladen oder wo auch immer, dann wären wichtige Initiativen nicht denkbar. Aber auf der anderen Seite darf man die Wirkung der Weltläden nicht überschätzen. Zu Zeiten von schwachen sozialen Bewegungen ist natürlich auch das Potential, das wir als Weltladen erreichen können, wesentlich geringer – das ist deutlich zu spüren. Und diese Faktoren können im Endeffekt nicht von den Weltläden selbst beeinflußt werden, sondern unterliegen allgemeinen gesellschaftlichen Strömungen. Im Prinzip gibt es immer Pioniere, die irgendwo vorangehen und die mit gewissen idealen Vorstellungen aufzeigen, was man machen könnte oder welche Ideen man umsetzen könnte. Teile dieser Ideen werden später von anderen aufgegriffen, wenn auch nie alle die Ideen dort ankommen werden. Man kann sich jetzt natürlich darüber streiten, ob das reicht!

Als Antikapitalist würde ich sagen, es ändert sich am Kapitalismus nichts – er funktioniert dann bloß ein bißchen besser.

Das ist richtig – er wird reformiert, aber es ändert sich nichts grundsätzlich. Aber ich muß eben auch ehrlich sagen, für eine grundsätzliche Veränderung sehe ich im Moment keine konkrete Perspektive. Es gibt doch im Moment nur die Möglichkeit, Reformschritte aufzuzeigen. Solche Reformschritte im Einklang mit der Weltladenidee finden sich z.B. in der Diskussion um Umwelt- und Sozialstandards im Welthandel wieder.●

Aus: Marburg Virus, Nr. 61/97

LITERATURTIPS

»Das Aktionshandbuch 3.Welt«, (Hrsg. BUKO u.a., Schmetterling Verlag, Stuttgart 1994) enthält sehr gute Texte zu den verschiedenen Arbeitsfeldern der Internationalismusbewegung in der BRD. Neben theoretischen Hintergrundbeiträgen finden sich dort viele praktische Hinweise, die gerade für Menschen aus 3.Welt Läden mit politischem Anspruch den Kauf lohnen. Wer das Rad nicht unbedingt neu erfinden will, sondern von den – oft widersprüchlichen Erfahrungen – anderer profitieren will, sollte mit diesem Buch arbeiten.
Die »Konvention der Weltläden« kann bei der »Arbeitsgemeinschaft der 3.Welt Läden«, AG3WL, bestellt werden:
Postfach 100 205, D-64202 Darmstadt.

BAUSTEINE FÜR DEN PARTNERSCHAFTLICHEN HANDEL

Der Auf-Baustein

Damit unsere Partner einen vollwertigen Anteil einbringen können sind sie auf Unterstützung angewiesen, denn sie können und sollen nur einen begrenzten – ihrer Kaufkraft entsprechenden Anteil – aus Eigenmitteln erbringen. In Indien zum Beispiel bedeuten 100 DM soviel wie für uns 1.000 DM. Mit Ihrer Spende leisten Sie daher einen wichtigen Beitrag für die Beteiligung des Partnervereins.
Der gemeinnützige El Puente e.V. hat die Aufgabe übernommen, die Beteiligung der Partnerprojekte zu fördern und die Spenden treuhänderisch zu verwalten. Hierzu hat der El Puente e.V. ein Sonderkonto bei der GLS Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken eingerichtet (siehe unten). Eine Spendenquittung wird Ihnen am Ende des Jahres automatisch zugestellt, auf Wunsch sofort.

Der Patenschafts-Baustein

Neben einer einmaligen Förderung bieten wir Projektpartnerschaften an. Sie übernehmen die Patenschaft für den Anteil eines bestimmten Projektpartners, das heißt, Sie sorgen dafür, daß aus dem Beitrag dieses Partners ein vollwertiger Anteil wird. Zu Beginn müssen 25% des Gesamtbetrages eingezahlt werden, den Sie zusammen mit dem Projektpartner aufbringen. In den folgenden drei Jahren übernehmen Sie jeweils die Einzahlung von einem weiteren Viertel, so daß nach dem vierten Jahr der Anteil vollständig eingezahlt ist. Wir vermitteln einen direkten Kontakt zwischen Ihnen und dem Partnerprojekt, am besten »ohne Filter« aus erster Hand, das heißt, daß Sie uns bitte mitteilen, in welcher Sprache Sie den Kontakt wünschen. Eine Projektpartnerschaft können Sie im Gesamtwert von 2.000 DM, 4.000 DM oder 6.000 DM übernehmen.

Der Aktivitäts-Baustein

Auch die laufenden Aktivitäten des Partnervereins benötigen Unterstützung. Um kompetente Teilhabe und Mitwirkung unserer Partner aus Übersee zu ermöglichen, wird eine Menge an Kommunikation nötig sein, für die Treffen werden Reisen notwendig sein. Der El Puente e.V. übernimmt die Organisation der Übersetzungsarbeiten und der Reisen, ist jedoch auf kontinuierliche Unterstützung für die hierbei anfallenden Kosten angewiesen. Auch ganz kleine aber kontinuierliche Beträge leisten einen wertvollen Beitrag zur Verwirklichung einer lebendigen Beteiligung unserer Partnerprojekte.●

Weitere Informationen: El Puente e.V., Bischofskamp 24a, D-31137 Hildesheim, Tel. (051 21) 76 63 14, Fax 51 51 17
Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67, Kto-Nr. 240 493 00

JUGENDUMWELTKONGRESS

Ende einer Jugendbewegung ?

»Jugend für Deutschland – auf dem Berliner Umweltkongreß haben Linke keinen Platz« titelte die »junge Welt« in ihrem Beitrag zum zur Jahreswende 96/97 stattfindenden JugendUmwelt-Kongreß in Berlin (siehe Kasten). CONTRASTE-Redakteur Herrmann Cropp war auch auf dem Kongreß und berichtet über Hintergründe und die Schwierigkeiten der »freien Jugendszene« mit den mitveranstaltenden Jugendverbänden (Naturschutzjugend und BUNDjugend).

Auftakt-Umweltfestival in Magdeburg: Tanz im Regen — Foto: Armin Torbecke

Von Herrmann Cropp, Red. Osnabrück ● Der 4. Jugendumweltkongreß zur Jahreswende 96-97 in Berlin offenbarte den vorläufigen Tiefpunkt dieser neuen Jugendbewegung – was bei ihrem erstaunlich hohen inhaltlichen Niveau jedoch eher Anlaß zur Hoffnung ist. Gut, diese Szene ist nicht gerade links, auch nicht punk oder vegan oder sonstwie festgelegt, eher von allem ein bißchen, was die Pluralisten freut und die, dies gerne ordentlicher hätten, nervt: »Da wird ja auch meditiert,« heißt es, »und iih, die basteln noch Vögelkästen für in Wald ...« Deswegen sind das aber nicht gleich Esoteriker und unpolitische Naturburschen.

Klar, die Zeitschrift radikal wird als Blödsinn abgetan (was ich verstehe), weshalb sie dennoch zum Verkauf angeboten wird (was ich verlange!). Ein Gerücht ist, daß radikal nicht verkauft werden durfte. Es werden noch ganz andere Infos dort verbreitet! Ich war auf dem betreffenden Orgaplenum, wo ausdrücklich festgestellt und beschlossen wurde, daß Infostände keiner inhaltlichen Beschränkung unterliegen, wohl aber kommerzielle (?) Produkte wie Textilien abgelehnt werden. Auch Parteien wollte man dort nicht haben, Ökolinx mußte wieder einpacken – kann ich ebenfalls verstehen.

Der Tiefpunkt dieses Kongresses lag woanders als in seiner politischen Orientierung. Während die früheren Kongresse stetig steigende Besucherzahlen verzeichnen konnten, hat sich die Teilnahme in Berlin auf 600 halbiert gegenüber fast 1500 ein Jahr vorher in Freiburg. Außer einem allgemeinen Unwohlsein, war den wenigsten klar, wie nachhaltig rein formale Ursachen der Verwaltung und Finanzierung die besten Ambitionen, den Schwung der jungen Organisatoren bremsen und Kreativität unterbinden können. Im Gegensatz zu den früheren Kongressen und vor allem zum Magdeburger Auftaktfestival war es extrem heavy, erpresserische Eintrittspreise, Gesichtskontrolle bei der Essensausgabe, Unterbindung freier Infostrukturen, das offizielle, uninteressante Themenangebot wurde auf Kosten unabhängiger Angebote durchgedrückt. Manche sind verärgert früher abgereist. Am schlimmsten fand ich persönlich, daß dort einem Ökokoch, der seit Jahren zum Gelingen dieser Veranstaltungen beiträgt, das Essen verweigert wurde.

Erstmals hat sich bei diesem Kongreß wieder die Verbandsschiene durchgesetzt. Jugendumweltarbeit sollte eigentliche etwas mehr sein als die Arbeit zweier Naturschutzvereine NaJu und BuJu (Naturschutz- und BUND-Jugend), Vereine sind noch keine Bewegung. Entscheidend für das Entstehen der Jugend-Umwelt-Bewegung (JUB) waren freie Gruppen, Initiativen und vor allem die Projektwerkstätten. Von ihnen ging seit '93 mit dem Auftaktfestival ein reichhaltiges, buntes Angebot von Arbeitsgruppen, Fahrraddemos, Camps und Kursen aus, wobei der jährliche Kongreß nur krönender Abschluß bzw. Start in ein aktionsreiches neues Jahr ist. Derzeit nun, wo die Verbände die freie Arbeit mit den Projektwerkstätten liquidieren wollen, um sich wieder auf ihre »eigentliche« Arbeit (was ist das?) zu besinnen, stellt sich deshalb die Frage, ob die Projektwerkstätten auch allein imstande sind, die freie JU-Arbeit dauerhaft zu betreiben.

Von der verbandsunabhängigen Arbeit hängt es ab, ob man von einer Bewegung sprechen kann. Konkret ist zu überlegen, ob die freien Initiativen es beispielsweise allein schaffen, den nächsten Bundeskongreß zu organisieren. Denn die Verbände wollen die freien Initiativen loswerden, mit denen sie sich offenbar nicht vertragen können (das sagen sie zwar nicht so deutlich, aber sie machen es deutlich). Obendrein wollen Naju und Buju offenbar getrennter Wege gehen, indem jeder seinen eigenen Kongreß anvisiert. Im Grunde geht es um eine Neuorientierung der JUB, wie Armin Torbecke es in einem Aufsatz in der CONTRASTE vom Dezember '96 dargelegt hat. Die Bewegung ist an einem Punkt angelangt, wo sie entweder ihr eigenes Ende beschließt, oder jetzt geht es erst richtig los!

Richtig losgehen kann es aber nur, wenn wenigstens eine handvoll Leute klarkriegt, daß man mit offenen Armen und offensiv nach außen zu gehen hat und möglichst viele Strömungen der voneinander isolierten Jugendstämme zusammenbringen muß. In der Isolation schlagen sich die Jungs noch tot, also bloß keine Berührungsangst! Linkes Sozialarbeitergeschwafel hilft höchstens das Elend zu verwalten, angesagt ist jedoch ein Tribe-Gathering, Power und vor allem Spaß am Leben! Mit dem Lustfaktor hat sowas immer geklappt. Und Austragungsort muß die Straße sein. Statt Schutzzölle zu verlangen, werden die Zäune des Paradieses eingerissen. Veganer und Digger dürfen molibe Volxküchen anfahren, ein paar schlaue Organisatoren sorgen für Strom, Teleanschluß, Solarmolibe, Internet, DJ's und Straßenmusiker und was man fürs nächste Jahrtausend so braucht, aber keine Stalinisten! (auch nicht auf der Berliner 1.Mai-Party)

Die künftige Entwicklung ist eine eigene Debatte wert, die wir in Kürze mit einem Themenschwerpunkt in der CONTRASTE zu führen gedenken.●

DOKUMENTATION:

Jugend für Deutschland

Von Peter Nowak, Berlin ● Zwischen den Jahren ist die hohe Zeit der jugendbewegten Romantik. Während 70.000 junge ChristInnen auf dem Taizé-Treffen in Stuttgart »das Abenteuer Versöhnung vor dem Eintritt ins dritte Jahrtausend« feiern, tagt in der Berliner Oberschule der vierte Jugend-Umweltkongreß (JUKß) mit rund 500 TeilnehmerInnen unter dem Motto »Auf dezentralen Wegen der Energiewende entgegen«. Gemeinsam meditieren und diskutieren steht auf beiden Events auf der Tagesordnung. Wahlweise kann die/der JUKß-TeilnehmerIn aber auch ein Netz von Niedrigenergieschulen aufbauen, Windräder basteln – »AK ist ganztags« –, Abfälle ökologisch korrekt entsorgen und Strom sparen.

Statt theoretischer Auseinandersetzungen sind auf dem Kongreß »ideologiefreie praktische Handlungsanleitungen« gefragt. Der Kongreß soll zeigen »wo man überall Energie sparen und welche Energiekonzepte die Jugend für ihre Zukunft akzeptieren kann«, wie Kongreßmitorganisatorin Kathrin Gutmann erklärte. Daher sucht man Kritik am Nachhaltigkeitskonzept und an der Studie vom zukunftsfähigen Deutschland, wie sie in der Internationalismusbewegung beispielsweise schon lange erhoben wurde, auf dem Kongreß vergeblich.

Einem Infostandbetreiber wurde von den Veranstaltern nahegelegt, keine Ausgaben der Zeitschrift radikal zu verkaufen. Selbst als die KongreßvorbereiterInnen mal so richtig kritisch werden wollten, wurden sie von einem Teil der TeilnehmerInnen gebremst. Aus dem mit Bundesmitteln finanzierten Reader waren von den Behörden Texte zensiert worden, in denen zu gewaltfreien Widerstand gegen Castor-Transporte aufgerufen wurde. Eine scharfe Erklärung gegen diese Zensur mußte vertagt werden, weil man sich zunächst grundsätzlich über die Frage der Gewaltfreiheit auseinandersetzen müsse. In die Nähe von Radikalen will man auf keinen Fall gerückt werden. »Wir sind eben ein Mitmachkongreß«, brachte Kathrin Gutmann das Kongreßanliegen auf den Punkt.●

Aus: junge Welt, 31.12.1996

PDS-TAGUNG:

Hannover, die nachhaltige Konferenzstadt

Zu einer Konferenz »Nachhaltige Entwicklung – Ein Fahrplan für linke Politik?« hatte die Bundestagsgruppe der PDS für das erste Februarwochenende eingeladen. InitiatorInnen waren die beiden PDS-Bundestagsabgeordneten Rolf Köhne (Hannover) und Eva Bulling-Schröter (Ingolstadt). Sie wollten mit der Tagung vermutlich einen Kontrapunkt zum neu erschienen Papier »Nachhaltige Entwicklung – soziale und politische Konsequenzen« der Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit der von André Brie geleiteten Grundsatzkommission der PDS setzen.

Von Bernd Hüttner, Bremen ● Über 150 TeilnehmerInnen waren der Einladung gefolgt und mußten zu Beginn zwei naive bis langweilige Kurzreferate der beiden einladenden MdB's und ein nicht besseres Referat des prominenten und als Zupferd eingeladenen Elmar Altvater über sich ergehen lassen. Tenor neben dem Nachbeten der Inhalte des herrschenden Verständnisses von Nachhaltigkeit war bei allen dreien: Nachhaltigkeit ist wichtig, die Wuppertal-Studie »zurecht der Leuchtturm der Debatte« (Bulling-Schröter), natürlich habe die Linke daran auch Kritik, diese müsse nur eingebracht werden, die Umsetzung der Agenda 21 müsse für »Erfahrungen« genutzt werden undsoweiter... . Der *Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen* (BUKO) war insofern Bezugspunkt als seine radikal-ablehnende Kritik an der Wuppertal-Studie den VeranstalterInnen bekannt war, auf sie wurde aber in den Vorträgen nicht eingegangen.

Etwas kritischer und fundierter wurde es dann in den Arbeitsgruppen: Helga Eblinghaus, die Mitverfasserin von »Nachhaltigkeit und Macht«, war in der AG »Der Traum vom Umweltraum – linker Politikansatz oder Illusion?« als Referentin zur Darstellung der BUKO-Position geladen. In »meiner« Arbeitsgruppe »Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen« berichtete Ulrike Röhr vom Frauen-Umwelt-Netz FUN, daß sich in Sachen Lokale Agenda 21 in den Städten sehr wenig »bewegt«. Angelika Kell aus Leipzig schilderte ihre Erfahrungen aus einem Projekt zur nachhaltigen Regionalentwicklung, das sie aus heutiger Sicht sehr kritisch bewertet. Die weiteren Arbeitsgruppen hatten »Ökosteuern«, »Lebensraum Stadt. Mobilität und Wohnen für alle!« und »Nachhaltige Landwirtschaft« zum Thema.

Daß nachhaltige Entwicklung ein aufzugreifendes Politikmodell sei, darüber herrschte auf der Konferenz relative Einigkeit. Dabei kommt es zu interessanten Bündnissen zwischen Strömungen in der PDS, die sich sonst nicht gerade mögen: Nachhaltigkeit wird von mindestens drei Strömungen in der PDS bejaht: den undurchsichtigen, leicht esoterisch angehauchten Rudolf Bahro-Fans der 'Ökologischen Plattform in der PDS', den Modernen SozialistInnen um den »Vordenker« André Brie und andere und den eher älteren Ex-SED-Kadern und -Akademikern, für die Nachhaltigkeit nach dem Fortschreiten auf dem Weg des Aufbau des Sozialismus« in den 70er Jahren, der Friedensfähigkeit des Imperialismus in den 80ern nun das neuste Instrument ihres patriarchalen und technokratischen Weltbildes und Politikverständnisses zu sein scheint.

Zur Tagung soll eine Dokumentation erscheinen. Kontakt: MdB Eva Bulling-Schröter, zu Hd. Eva Parusel, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel.: 0228-16856 63

Hannover bleibt auch weiterhin Ort von Kongressen. Für 19. bis 21. September ist ein größerer Kongreß an der Universität Hannover geplant. Auf Initiative des Öko-Referates des AStA der Universität Hannover und der Bundesfachschaftentagung Geographie soll unter dem Titel »Nachhaltige Weltbilder« dieser politische Sichtweise kritisch diskutiert werden. Es wird aber auch einführende Beiträge zum Thema geben. Der politische Standort der VeranstalterInnen kann mit einem Zitat aus der Einladung zum zweiten Vorbereitungstreffen umschrieben werden: »Allerdings blenden diese Ansätze (wie sie in der öffentlichen Meinung zu Nachhaltigkeit vertreten werden, Anm. be) systematisch die strukturellen Ursachen der globalen ökologischen Krisensituation und sozialer Ungerechtigkeiten aus – eine Analyse weltwirtschaftlicher Zusammenhänge und (...) von Macht und Herrschaft fehlt vollständig«.

Ein Grobkonzept für die Konferenz ist in Arbeit. Mit dem Arbeitsschwerpunkt »Ökologie und Herrschaftskritk« des *BUKO* wird eine enge Kooperation angestrebt, weitere Organisationen – wie etwa der *fzs* (Zusammenschluß freier Studierendenschaften) und der *BdWi* (Bund demokratischer WissenschaftlerInnen) sollen noch als Mitveranstalter gewonnen werden.●

Kontakt: AStA Uni Hannover, Umweltreferat, Johannes Weigel, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Telefon 0511-762 5062.

BIOFACH '97:

Das Frankfurter Öko-Wirtschaftswunder

Die Zahlen der BIO FACH '97 lesen sich wie ein Wirtschaftswundermärchen. Die Weltfachmesse für ökologische Konsumgüter, die vom 27.2.-2.3. auf dem Frankfurter Messegelände stattfand, legte mit 1.255 Ausstellern um 25 Prozent zu, die Zahl der BesucherInnen stieg von 18.100 auf 22.000. Der traditionelle Schwerpunkt Naturkost macht 57 Prozent der Messe aus, Naturwaren stellen inzwischen fast die Hälfte des Angebots. So bildet der Bereich Wolle/Textilien/Kleidung mit 155 Ausstellern die weltweit größte Naturtextilmesse. Das vor einem Jahr begonnene Experiment, eine ökologische Möbel/Wohnen-Abteilung zu installieren, konnte mit 47 Ausstellern – darunter die Branchenführer – erfolgreich weitergeführt werden und wird 1998 ausgebaut. Die Länderbeteiligung wuchs um 50 Prozent: 54 Nationen stellen inzwischen auf der BIO FACH aus. Italien z.B.. ist mit 91 Ausstellern vertreten, die nordischen Länder mit 61, Südamerika mit 60.

Die Veranstalter Hagen Sunder und Hubert Rottner: »Die BIO FACH ist international geworden.« Gleichzeitig warnen sie: »Die Gefahr, daß Deutschland seine Führungsrolle im internationalen Ökomarkt verliert, ist groß.« Wegen fehlender offizieller Förderung – Ausnahme Nordrhein-Westfalen – und noch Berührungsängsten bei Großabnehmern seien die Rahmenbedingungen schlechter als anderswo. So unterstützt die französische Regierung den Markt mit einem landesweiten Öko-Markenzeichen, der österreichische Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer wirbt öffentlich für sein Landwirtschaftsförderprogramm »Ökoland Österreich«. Die argentinische und italienische Regierung fördern die Messebeteiligung ihrer Ökoproduzenten. Der Staatssekretär des umbrischen Landwirtschaftsministeriums reiste nach Frankfurt, und die Landwirtschaftsminister Norwegens und Islands trafen sich im Rahmen der BIO FACH mit Fachkollegen aus Finnland, Schweden (vertreten durch den Vizeminister) und Dänemark, um eine gemeinsame Willenserklärung der nordischen Staaten zur Förderung des ökologischen Landbaus zu verabschieden.

Seit ihrem Gründungsjahr 1990 versteht sich die BIO FACH als internationale Drehscheibe zur Förderung ökologischer Produkte. Die Ergebnisse werden inzwischen weltweit sichtbar: Arnazonien liefert: Heilmittel, Mexiko Säfte, Haiti Kosmetika, Kenia Nüsse. Österreich steigerte seinen Umsatz an ökologischen Lebensmitteln letztes Jahr um 50 Prozent auf drei Milliarden Schilling. Coop Schweiz hat ein Bio-Umsatzziel von 500 Millionen Franken bis zum Jahr 2000. Die Sekem-Gruppe beliefert 7.200 Läden in Ägypten.

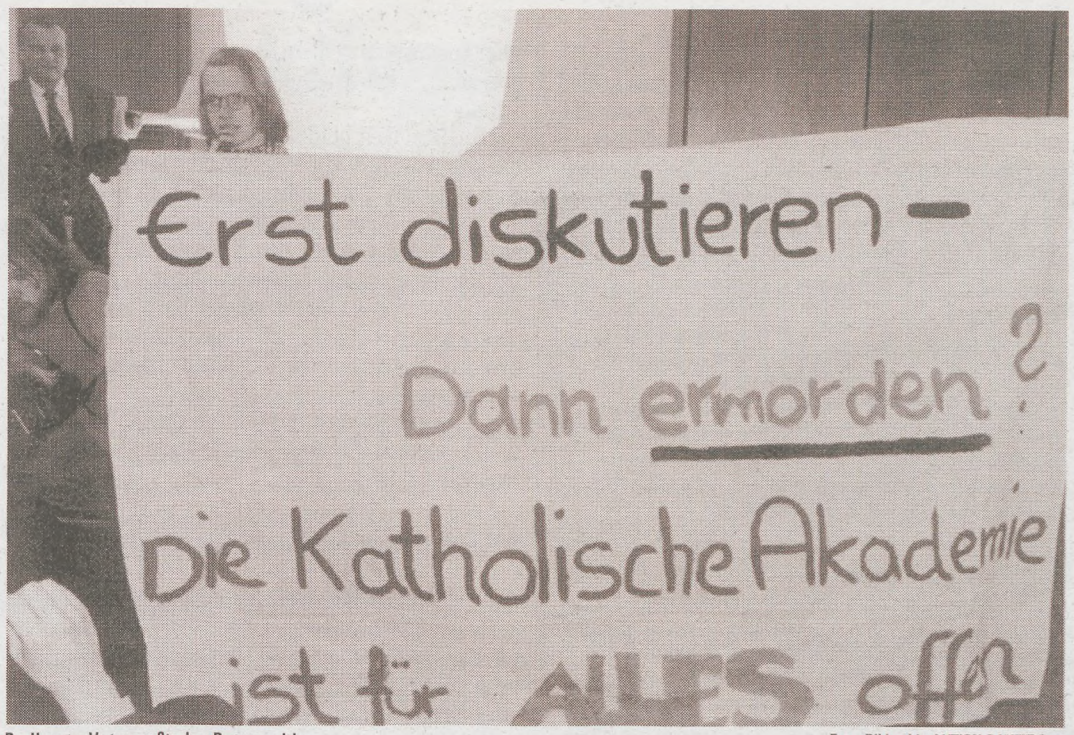
»Bei uns sind die Berührungsängste geschwunden«, sagt Herbert Allersdorfer, Geschäftsführer des Österreichischen Anbauverbandes 'Ernte für das Leben': »Wir arbeiten mit den Größten der Branche zusammen, mit Iglu z.B. Hipp oder Nestle.« Zur Teekonferenz, die der Weltdachverband für ökologischen Landbau IFOAM vom 28.-29. April in Kalkutta abhält, werden voraussichtlich 300 TeilnehmerInnen anreisen, für die Schirmherrschaft der 5. internationalen Konferenz »Trade in Organic Products« im englischen Oxford wird die Zusage von Prinz Charles erwartet. Hagen Sunder: »Das Öko-Wirtschaftswunder wird international.«●

R. Langer/U. Still

EKLAT IN DER KATHOLISCHEN AKADEMIE TRIER:

Euthanasiebefürworter wurde durch Störaktion am Reden gehindert

Pech für die katholische Akademie Trier. Der am 1.2.1997 in Trier geplante Auftritt des erklärten Euthanasiebefürworters und Philosophieprofessors Norbert Hoerster aus Mainz wurde durch eine gezielte Störaktion von 30 Menschen unterbunden. Hoerster, der in seinen Publikationen offen für die Tötung von behinderten Neugeborenen eintritt, sollte auf einem Seminar in der »Katholischen Akademie Trier« referieren.



Der Hoerster-Vortrag mußte dem Protest weichen — Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

Von Roland Röder, Red. Saarland ● Bereits im Vorfeld hatte es heftige Proteste gegen den Auftritt des bundesdeutschen Bauchredners des australischen Euthanasiebefürworters Peter Singer gegeben. Die beiden Veranstalter »Katholische Akademie Trier« und die Caritas-Gesellschaft »ctt-academie weiskirchen« beharrten jedoch auf der Einladung von Hoerster. Man müsse sich der Diskussion stellen, sie selber lehnten ja eigentlich die Positionen von Hoerster ab und sie wollten ihm auch in der Diskussion contra geben. Dazu kam es aber nicht.

Massive Polizeipräsenz

Obwohl sich der Leiter der Akademie Herbert Hoffmann und der Seminarleiter Hans Georg Wirtz redlich bemühten, gelang es nicht, das Publikum zu beruhigen und Hoerster reden zu lassen. Auch das massive Polizeiaufgebot half da nicht weiter. Während sich drinnen im Saal ca. 20 Beamte in Zivil aufhielten – ein Seminarraum der Akademie war eigens als Lagezentrum eingerichtet worden – warteten draußen 5 Busse und vier Pkws der Polizei sowie zwei Hundestaffeln auf ihren Einsatz. Aber offensichtlich wollten die Veranstalter von der katholischen Akademie und der Caritas um alles in der Welt einen Polizeieinsatz verhindern und die Gemüter beruhigen. Dazu setzten sie auf Deeskalation und verschoben den Vortragsbeginn Hoersters immer weiter nach hinten.

Nach anfänglichem Zögern ließen sie alle, die Einlaß begehrten, in den Saal hinein, später legten sie eine nicht vorgesehene Pause von 50 Minuten ein und luden die KritikerInnen zu einer Tasse Kaffee. Statt Hoerster wurde zweimal der katholische Moraltheologe Prof. Gründel ans Rednerpult geschickt. Es half alles nichts. Jedesmal, wenn Hoerster sich an der Diskussion beteiligen wollte, stieg der Lärmpegel, und er mußte abbrechen. Als er dann doch noch mit seinem Vortrag beginnen sollte, wurden vor dem Podium Transparente aufgespannt und kurzerhand zwei Mikrophone abgedreht. Auf den Transparenten standen die Kernaussagen der KritikerInnen: »Es gibt kein unwertes Leben – Euthanasie ist indiskutabel« und »Erst reden, dann ermorden? – die katholische Akademie ist für alles offen.«

Euthanasiebefürworter Norbert Hoerster — Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

Das Recht auf Leben ist nicht verhandelbar

Zentraler Punkt der KritikerInnen, zu denen Mitglieder der Enthinderungskomission der Alice Salomon Fachhochschule Berlin, des Behindertenreferates im AStA Trier und der AKTION 3.WELT Saar gehörten, war die Auffassung, daß das Recht auf Leben nicht verhandelbar ist. »Wer dieses grundlegende Recht einer Pro- und Contra-Diskussion unterzieht, unterstellt damit, daß die Tötung von behinderten Neugeborenen richtig sein kann«, hieß es in einer Pressemitteilung. Und hier kann es nach Meinung der KritikerInnen keine offene Diskussion geben, wie sie die Katholische Akademie und die Caritas mit Rükkendeckung des Bischofs Spital (Bistum Trier) bis zuletzt fordern. Wie wichtig den Veranstaltern dieser Punkt ist, erschließt sich teilweise aus den Reaktionen des Caritas-Verantwortlichen Christoph Lang, der den Protestierenden faschistoides und totalitäres Verhalten vorwarf.

Hoerster orientiert sich eng an marktwirtschaftlichen Vorgaben, wenn er von wertvollem und nützlichem Leben sprich (siehe Kasten). Gesamtgesellschaftlich liegt er damit in der Bundesrepublik – und wahrscheinlich nicht nur dort – im Trend der Zeit. Wenn sein Diskussionsansatz erst damit in Verbindung gebracht wird, wonach die vielzitierte Alterspyramide kippt und es zu viele alte Menschen gibt, die von immer weniger LohnarbeiterInnen bezahlt werden müssen, dann haben perspektivisch nur noch die Menschen ein Lebensrecht, die fähig und geeignet zur Lohnarbeit sind. Der Rest ist Ballast und ob er leben darf oder nicht, hängt von der Großzügigkeit der Lohnarbeitenden ab.

»Manche Leben sind offensichtlich für die Gesellschaft wertvoller (insbesondere nützlicher) bzw. für ihre Träger wertvoller als andere.« (S.117) »Dies bedeutet jedoch, daß ein Leben mit dem Defizit einer Schädigung oder Behinderung, die sich als solche negativ auf dieses Leben auswirkt, einen geringeren Eigenwert wie Fremdwert besitzt als ein Leben ohne dieses Defizit.« (S.119). »Ein relevantes Lebensinteresse beim menschlichen Individuum« kann Hoerster »allerfrühestens mit Beginn des vierten Lebensmonats entstehen.« (S.22) (Alle Zitate aus dem Buch von Norbert Hoerster »Neugeborene und das Recht auf Leben«, das 1995 im Suhrkamp Verlag erschien.)

Trierer Presse mit klarem Blick

Interessant die Wahrnehmungweise des Trierischen Volksfreundes (TV), der lokalen Tageszeitung. In einem Kommentar vom 3.2. wurden die Demonstrierenden zu unbekannten Trierer Linken umgemünzt, die unsachlich und unfair, ja sogar mit Gewalt vorgegangen seien. Wogegen sie demonstrierten, das wußten sie selber nicht so recht, denn schließlich haben sie das Buch ja nicht gelesen. Ganz außen vor bleiben dabei die Aktivitäten im Vorfeld, so gab es Gespräche mit den Verantwortlichen der Katholischen Akademie und der Caritas. Doch selbst der Bischof ließ sich nicht überzeugen, trotz der unten genannten Zitate, die wohl für sich und die sorgfältige Vorbereitung der Demonstrierenden sprechen. Nach Lesart des TV waren diese Leute jedoch nur aus Profilierungssucht und Spaß am Krawall da aufgetaucht.

Zurück zu Hoerster: er verließ sichtlich entnervt unter massivem Polizeischutz am Nachmittag die katholische Akademie Trier.●

Dieser Artikel erschien bereits in der luxemburgischen Zeitung Grénge Spoun.

DÖRRWIES E.V., HUNSRÜCK:

Atheistisch, libertär und behindert gegen Bioethik

Am 1. Februar rückte Trier für einen Moment in die Schlagzeilen der nationalen Presse. Der Grund war das Aufbegehren einiger Linker gegen die Veranstaltung u.a. mit Prof. Norbert Hoerster an der katholischen Akademie in Trier. Wie fast immer, so stützte sich auch hier die Berichterstattung auf die medienwirksame »Störung durch ultralinke und ultrarechte Radaumacher«.

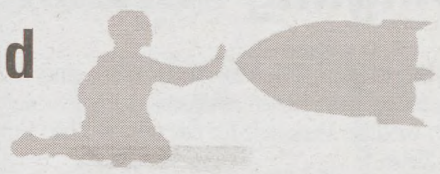
Von Gerhard Kern ● Als Sozialpolitisches Projekt für Behinderte und Nichtbehinderte in Selbstverwaltung nahmen auch wir an der Verhinderungsaktion teil. Es ging uns nicht nur, wie die Medien weismachen wollten, hier vor allem der »Trierische Volksfreund«, darum, Herrn Hoerster am Reden zu hindern. Dies sehr wohl auch. Aber es ging und geht um sehr viel mehr: Prof. Hoerster ist wohl einer der einflußreichsten Vertreter einer Wissenschaftsrichtung, die im neoliberalen und kapitalistischen Kontext betrachtet, gerade dabei ist, so etwas wie eine geistige Wasserstoffbombe zu entwickeln.

Seit den 70er Jahren entstand in den angelsächsischen Ländern die als »Bioethik« bekannt gewordene Wissenschaft, die Versuche am Menschen diskutiert. Mit Hilfe von dem Australier Peter Singer über die Zeitschrift »Die Zeit« (auch der Zeitschrift EMMA) wurden die Thesen populistisch aufbereitet unter die bundesdeutsche Bevölkerung gebracht. Mittlerweile zieht sich die Bioethikdiskussion über die ganze Welt und in Europa liegt ein Abkommen (Übereinkommen zum Schutze der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin-Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin) zur Ratifikation an, an welchem maßgeblich Bioethiker beteiligt waren. Dies ist noch nicht ratifiziert, doch scheint es keinen nennenswerten Widerstand der europäischen Länder, mit Ausnahme der BRD, zu geben. Der Skandal: Das Abkommen wurde praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgearbeitet. Die Regierenden verabschieden so richtig demokratisch einen Vertrag, der in Zukunft über Wohl und Wehe der Menschen entscheidet.

Uns »Störern« ging es also um wesentlich mehr, als um die Anwesenheit des Herrn Hoerster. Die Katholiken sind wieder einmal dabei, durch das Bieten von Rede- und Diskussionsplattformen, menschenverachtenden Theorien zur Umsetzung zu verhelfen, unter dem Vorwand der Toleranz und eines merkwürdigen Demokratieverständnisses.●

ATOMWAFFEN-INSPEKTION:

Wie wird Deutschland atomwaffenfrei?



Der internationale Gerichtshof in Den Haag hat am 8. Juli 1996 verkündet: Schon die Drohung mit Atomwaffen verstößt wie ihr Einsatz im Grundsatz gegen das Völkerrecht. Nach dem Beschluß des Gerichts sind Atomwaffen generell völkerrechtswidrig. Trotzdem lagern in der BRD weiterhin über 100 Atomwaffen.

Von Uwe Painke, Tübingen ● Zum Beispiel in Büchel in der Südeifel, unweit von Koblenz. Sie sind Teil der nuklearen NATO-Strategie. Soldaten der Bundeswehr üben dort ihren Einsatz.

Nach Artikel 25 des Grundgesetzes geht das Völkerrecht den Gesetzen vor und erzeugt unmittelbare Rechte und Pflichten für alle BewohnerInnen Deutschlands. Die Umsetzung des Gerichtsbeschlusses aus Den Haag ist also unser aller Pflicht. Dennoch tut die Bundesregierung bisher nichts, um diese Bomben abzuschaffen. Damit diese Untätigkeit nicht zu einer dauerhaften Mißachtung des Völkerrechts führt, wollen wir der Bundesregierung unsere Mithilfe bei der Abrüstung anbieten: Wir beabsichtigen, gewissermaßen als »Gerichtsvollzieher des Internationalen Gerichtshofs« tätig zu werden. Wir werden dazu Inspektionsteams bilden und zu den Atomwaffenlagern gehen. Mit dem Beschluß aus Den Haag in der Hand werden wir auf die Abschaffung aller Atomwaffen drängen.

Grundgesetz Artikel 25:

»Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.«●

Wir sehen in diesem Vorgehen eine Chance, das Unrecht der atomaren Massenvernichtungsmittel zu beseitigen. Deshalb laden wir alle Menschen, die sich dem Frieden, dem Völkerrecht und unserer Verfassung verpflichtet fühlen, zur Teilnahme an diesen Inspektionen ein. Wir werden gewaltfrei und entschlossen handeln.

Die Inspektion in Büchel

Einsatzbereit: 200 mal Hiroshima

In Büchel werden Tornadopiloten der Bundeswehr dazu ausgebildet, US-Atombomben in ihren Flugzeugen zu transportieren und abzuwerfen. Obwohl Deutschland sich verpflichtet hat, selbst keine Atomwaffen zu besitzen, wird hier im Rahmen der »nuklearen Teilhabe« von deutschen Soldaten der Atomkrieg geprobt. Die 10-15 US-Bomben vom Typ B-61, die in dem unscheinbaren Gelände 40 km westlich von Koblenz lagern, entsprechen der Sprengkraft von nahezu 200 Hiroshimabomben.

Dialog und Aktion

Wir haben die Bundesregierung inzwischen mehrfach in Briefen und mit Unterschriftenlisten aufgefordert, die Massenvernichtungsmittel umgehend abzuziehen und zu verschrotten. Doch obwohl inzwischen vom internationalen Gerichtshof festgestellt worden ist, daß Atomwaffen generell völkerrechtswidrig sind, geschah bisher nicht. Dieser Zustand ist für mündige verfassungstreue StaatsbürgerInnen unerträglich.

Inspektion des Atomwaffenlagers

Daher werden wir am Wochenende vom 18.-20. April zum Atomwaffenlager bei Büchel gehen, um mit einer Inspektion des Lagers die Abrüstung der dortigen Atomwaffen vorzubereiten.●

Weitere Informationen: Büro »Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen«, Roland Blach, Bebelstr. 24, D-70806 Kornwestheim, Tel. (0 71 54) 80 07 31

ZUR ENTWICKLUNG SELBSTVERWALTETER BETRIEBE IN HESSEN:

Kontunität oder Transformation?

»Selbstverwaltete Betriebe in Hessen II« lautet der Arbeitstitel einer von der DFG geförderten Untersuchung. Sie ist die Wiederholung einer 1986 durchgeführten Befragung aller selbstverwalteten Betriebe in Hessen (s. Heider/Mevissen 1991: »Selbstverwaltete Betriebe in Hessen« und CONTRASTE Nr. 46/47).

Von Frank Heider, Red. Genossenschaften ● Fusionen, Verkäufe, Austritte des Kollektivs u.ä. ließen die Zahl der 1986 befragten 244 Betriebe auf 187 schrumpfen. Etwa 16 Prozent gaben ihre Geschäftsfähigkeit auf. Ausgründungen und Betriebsteilungen erhöhten jedoch gleichzeitig die Anzahl der zu befragenden Betriebe auf 210. Ihre wirtschaftliche Situation läßt sich nach nunmehr mindestens zehnjähriger Geschäftstätigkeit als konsolidiert bezeichnen: Die Sozialversicherungsquote stieg deutlich, die Löhne liegen im Bereich der jeweils branchenüblichen Verdienste in Kleinbetrieben und die Vermögenswerte sind z.T. erheblich gewachsen. Marketing, Preiskalkulation, betriebliches Rechnungswesen usw. verdeutlichen, daß eine ordnungsgemäße Betriebsführung heute zur Normalität dieser Betriebe gehört. Für die Marktsituation entscheidend ist die wirtschaftliche Situation, nicht die innerbetriebliche Organisation.

Wege der Transformation

Neben dem Längsschnittvergleich war es mindestens ebenso bedeutsam, die Frage zu beantworten, wie viele der 1986 untersuchten selbstverwalteten Betriebe noch kollektiv organisiert sind: Etwa die Hälfte der 210 befragten Betriebe arbeiten weiterhin selbstverwaltet, genau 102. Besonders interessant sind die Gründe für die Abkehr von der Selbstverwaltung. Kapital-, Nachfrage-, und Disziplinmangel, ferner Betriebsgröße oder Branchenzugehörigkeit spielen nach Meinung verschiedener Autoren eine Rolle.

Einstellungs- und Motivationsunterschiede, die zu unüberbrückbaren Konflikten führten, waren in den heute nicht mehr selbstverwalteten Betrieben ein – wenn auch ein weniger wichtiger – Transformationsgrund. Sehr viel häufiger ergab sich die Abschaffung der Selbstverwaltung jedoch durch die ungeplante Nebenfolge personeller Fluktuation. Nach vielen Jahren kollektiven Arbeitens ist ein dichtes Beziehungsgeflecht entstanden, das es schwer macht, ausscheidende GesellschafterInnen zu ersetzen bzw. passende Leute zu finden, um das Team zu erweitern. Irgendwann wurde deshalb von den verbliebenen EigentümerInnen bewußt der Entschluß gefaßt, keine neuen GesellschafterInnen mehr aufzunehmen. Keiner dieser Betriebe war weniger als drei Jahre selbstverwaltet. Diese Betriebsorganisation stellte also nicht nur eine kurzfristige Übergangsphase dar.

Veränderte Entscheidungsfindung

Als eine Folge der Transformation entstand in den nicht mehr selbstverwalteten Betrieben eine neue Statusgruppe: die Angestellten. Sie sind weisungsabhängig von den weisungsberechtigten EigentümerInnen. Wenn auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten sich in der Regel als sehr gut erweisen, eine Mitbeteiligung der Angestellten am Produktivvermögen, wie in den sogenannten Partnerschaftsunternehmen, kommt nicht vor. Es geht um die Verkopplung von Miteigentum und Mitentscheidung und nicht um Mitbeteiligung.

Dies zeigt sich auch bei den selbstverwalteten Betrieben. Miteigentum und nicht mehr bloße Mitarbeit bildet bei den meisten dieser Unternehmen mittlerweile die Grundlage für die Teilnahme an den betrieblichen Entscheidungen. Die Relevanz des Eigentums hat deutlich zugenommen.

In den zurückliegenden Jahren wurden viele Entscheidungen auf die einzelnen Beschäftigten verlagert. Im eigenen Arbeitsbereich herrscht eine größere Autonomie. Die gemeinsamen Besprechungen sind entsprechend seltener geworden und meist auf übergeordnete betriebliche Entscheidungen beschränkt. Bei den Abstimmungen dominiert nach wie vor das Konsensprinzip, immerhin bei 80% aller Betriebe.

In etwa zwei Dritteln der Kollektive hat inzwischen ein Teil der GesellschafterInnen die Geschäftsführung inne. Die übrigen Betriebe verfügen zum Teil über keine Geschäftsführung, der Rest praktiziert diese gemeinsam. Zumeist handelt es sich um die Außenvertretung, ohne daß damit eine innerbetriebliche Machtposition verbunden ist.

Die Häufigkeit politischer Aktivitäten und Aktionen hat abgenommen, ohne daß sich die Betriebe ganz ihrer politischen Seite entledigt hätten. Es besteht nach wie vor ein – wenn auch schwächer gewordener – Zusammenhang zwischen den Betrieben und den neuen sozialen Bewegungen: Selbstverwaltung ist eine spezifische Unternehmenskultur auf der Basis gemeinsamer politisch-ideeller Wertvorstellungen. Eine gemeinsame Geschichte und politische Aktivitäten bestärken den darauf basierenden Grundkonsens, was zu einer tragfähigen Balance zwischen Individuum und Kollektiv führt und damit eine effiziente Selbstverwaltungsstruktur ermöglicht.

Begrenzte Außenwirkungen

Etwa die Hälfte der 1986 befragten Betriebe arbeitet nach wie vor selbstverwaltet. Dies belegt, daß Oppenheimers Transformationsgesetz (Produktivgenossenschaftliche Unternehmen verschwinden vom Markt oder passen sich den Strukturen herkömmlicher Unternehmen an) für selbstverwaltete Betriebe keine Gültigkeit beanspruchen kann. Es gibt jedoch fließende Übergänge zwischen selbstverwalteten und nicht mehr selbstverwalteten Betrieben. In einigen, wenigen, nicht mehr selbstverwalteten Betrieben werden Diskussionen geführt, die Angestellten als GesellschafterInnen aufzunehmen, also Teilhabe und nicht Mitbeteiligung. In einigen, wenigen, selbstverwalteten Betrieben verfügt die Geschäftsführung über sehr weitgehende Befugnisse. In der Zukunft sind durchaus weitere Transformationen, aber auch Rücktransformationen möglich.

Das Fortbestehen selbstverwalteter Betriebe ist ein Beleg für die dauerhafte Funktionsfähigkeit kollektiver Betriebsorganisation unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese Betriebe entwickelten im Laufe der letzten Jahre innerbetriebliche Organisationsstrukturen, die beispielhaft für alle kollektiven Betriebsorganisationen sein können. Roland Roth formulierte für die Institutionalisierung der neuen sozialen Bewegungen, sie stelle sich als ein Einfügsel mit begrenzter Wirkung dar. Dies läßt sich ähnlich auch für die selbstverwalteten Betriebe feststellen: Sie sind ein Einfügsel in den jeweiligen lokalen Markt. In ihnen mögliche Wegbereiter einer neuen, »alternativen« Wirtschaftskultur sehen zu wollen, bedeutet eine maßlose Überschätzung ihrer Bedeutung.●

Der Bericht zur Studie: Heider/Hock/Seitz: »Kontinuität oder Transformation« ist im Focus-Verlag, Gießen im Januar 1997 erschienen.

AGRARBÜNDNIS SETZT ZEICHEN GEGEN WELTMARKT UND GENTECHNIK

Kritischer Agrarbericht 97

»Es ist die Aufgabe des AgrarBündnis, die Diskussion über die Rolle der Landwirtschaft auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen und außerdem um die Aspekte zu bereichern, die in den offiziellen agrarpolitischen Verlautbarungen fehlen«, so Heinz Gengenbach vom AgrarBündnis bei der Vorstellung des Kritischen Agrarberichts 97 auf der Grünen Woche in Berlin.

Für Frieder Thomas, Redakteur dieses Berichts und Wissenschaftler an der Gesamthochschule Kassel, stellt der Kritische Agrarbericht 97 ein Ergebnis dieses breiten Diskussionsprozesses dar, was sich auch an der Bandbreite der darin behandelten Themen ablesen läßt.

Betriebliches Wachstum bei gleichzeitigem Arbeitsplatzabbau ist der negative Trend, der in der Landwirtschaft seit Jahren fortdauert und angesichts gleicher Tendenzen in den übrigen Wirtschaftsbereichen gestoppt werden muß. Für die verbleibenden Bauern und Bäuerinnen ist eine Arbeitsentlastung nicht spürbar. Die 70-Stunden-Woche bleibt für viele nicht Ausnahme, sondern Regel. Hinzu kommt ein rapides Sinken der gesellschaftlichen Wertschätzung der Landwirtschaft, so daß selbst Betriebsleiter ökonomisch gut dastehender Betriebe das Handtuch werfen. Gleichzeitig hat die Rationalisierung große ökologische Probleme hervorgerufen. Die Orientierung auf den Weltmarkt wird nach Ansicht des AgrarBündnis die Probleme ebensowenig lösen wie die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft.

Neue Wege sind erforderlich: Dazu gehört für das AgrarBündnis zum Beispiel, daß Ausgleichszahlungen nicht pauschal an die Fläche gebunden werden, sondern sich an der geleisteten Arbeit orientieren. Als »ein hoffnungsvolles Zeichen, das Mut macht, regionale Kräfte erfolgreich zu stärken, statt sich einer Politik zu unterwerfen, der die Ideen zur Bewältigung realer Probleme ausgegangen sind«, bezeichnete Josef Jacobi, Bioland-Bauer und Aufsichtsratsvorsitzender der »Upländer Bauernmolkerei« die Neugründung eben dieser Molkerei. Deutlich hob er die gute Zusammenarbeit von Bauern, Behörden, Umweltschutzorganisationen und der Öffentlichkeit hervor, durch die dieses Projekt erst ermöglicht wurde.

Insgesamt kann die ökologische und soziale Wende in der Landwirtschaft jedoch nur stattfinden, wenn gleichzeitig mit ihr eine ebensolche Wende in der Gesellschaft einhergeht. Hier bietet der Kritische Agrarbericht 97 zahlreiche Anregungen und viel Diskussionsstoff.●

pm

Der kritische Agrarbericht 97, 336 Seiten, 36 DM. Bezug: ABL Bauernblatt Verlag, Marienfelderstr. 14, D-33378 Rheda-Wiedenbrück, Fax (0 52 42) 4 78 38

NETZ-CONSULT-BUNDESTREFFEN

NLP und vom erfolgreichen Umgang mit Zielen

Von Michael Flügel, Hildesheim ● Anläßlich eines NLP-Seminars auf dem letzten netz-consult-Treffen hier einige(!) wichtige Merkmale für den erfolgreichen Umgang mit Zielen.

Das Drei-Minuten-Seminar

(Aus Neurolinguistisches Programmieren von O'Connor/Seymor)

Wenn NLP je in einem Drei-Minuten-Seminar vorgestellt werden müßte, ginge dies ungefähr folgendermaßen. Der Vortragende käme hereinspaziert und würde sagen: »Meine sehr verehrten Damen und Herren, um im Leben erfolgreich zu sein, brauchen Sie sich nur drei Dinge zu merken.
Erstens: Machen Sie sich klar, was sie wollen; behalten Sie in jeder Situation eine klare Vorstellung von Ihrem Ziel.
Zweitens: Seien Sie wachsam und halten Sie Ihre Sinne offen, so daß Sie wahrnehmen was Sie bekommen.
Drittens: Haben Sie die Flexiblität, daß was Sie tun, so lange zu verändern, bis Sie das bekommen, was Sie wollen.«

Dann würde er an die Tafel schreiben:
- Ziel
- Sinnesschärfe
- Flexibilität

Und er würde den Raum verlassen.

Genauigkeit und Klarheit

Irgendwie, irgendwo usw. sind unklare und unbrauchbare Formulierungen für ein Ziel. Wann, wie, mit wem, was genau usw. soll passieren? Beispiel: »Am Dienstag um 10.00, dem 21.3.1997 gehe ich zusammen mit Arthur zum Amt und melde unsere GbR an.«

Ziele genau und positiv formulieren

Wer kennt ihn nicht den alten Spontispruch: »Wir wissen

was wir nicht wollen und das mit ganzer Kraft«. Viele Menschen neigen dazu, die Frage nach dem, was sie wollen, erst einmal mit dem, was sie nicht wollen, zu beantworten. Zum Erreichen eines Ziels ist das allerdings wenig hilfreich.

LiebeR Lesende, wenn ich dich beispielsweise bitten würde, einen Moment an einen rosa Elefanten zu denken. Denkst du jetzt an den rosa Elefanten? Gut. Höre jetzt auf an den rosa Elefanten zu denken, während du weiterliest. Lasse den rosa Elefanten bitte während der nächsten Minute nicht mehr in Dein Gedächtnis kommen. Denkst du jetzt nicht mehr an den rosa Elefanten? Denke nun daran was du heute Abend tun wirst. Du merkst, um von diesem aufdringlichen rosa Elefanten wieder loszukommen, mußt du an etwas anderes denken...●

Michael Flügel arbeitet als Kundenberater und Kommunikationskonzepter in einer Werbeagentur. Weitere Infos über die Gestaltung von Zielen: 05121-514766 e-mail: biospace@T-online.de

DAS TREFFEN:

Treffen der Projekt- und BetriebsberaterInnen/netz-consult am 17.-18. Januar 1997

Hierzu eine kleine Auswahl von Themen, die am Freitag andiskutiert wurden und die wohl auch noch die kommenden Treffen begleiten werden:
Es wird nach Kontakten zu alternativen BeraterInnen aus den neuen Bundesländern Ausschau gehalten, denn die Netzconsult setzt sich ausschließlich aus Westdeutschen zusammen.

Die Identität der netz-consult

Hier ging es vorwiegend um die Form der Zusammenarbeit der Consulter. Bisher war die netz-consult vorwiegend ein Treffen um Erfahrungen aus der Beratungspraxis auszutauschen und sich durch zum Teil selbstorganisierte Seminare weiterzubilden.

Kooperation und Zukunft

Über eine weiter- und tiefergehende Zusammenarbeit, wie etwa gemeinsame Aktionen oder gar gemeinsame Werbung und Marketing wurde nachgedacht. Doch müßte schon genauer überlegt werden welche Qualitäten eine netz-BeraterIn haben müßte und wie diese Qualität vor allem den Kunden gegenüber gewährleistet werden kann. Wie sieht es mit Ökologie und Partizipation bei den netz-consultern in der Theorie einerseits und in der Alltags-Praxis andererseits? Gute Frage...●

Michael Flügel

Weitere Info: Markus Wetter, netz-consult, 0231-144676

BREMA - STRASSEN- UND TIEFBAU E.G.

Wirtschaftliche Erfolge einer traditionellen Produktivgenossenschaft

Das Bremer Straßen- und Tiefbauunternehmen Brema e.G. in der Kornstraße hat eine lange und besondere Tradition. Das Unternehmen wurde zu Beginn dieses Jahrhunderts von Bauhandwerkern gegründet, um allen Beteiligten zu einer besseren Existenz zu verhelfen, als sie ihnen an ihren ehemaligen Arbeitsplätzen geboten wurde.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Im Jahr 1920 fanden sich einige sozialdemokratische Steinsetzer aus Habenhausen zusammen. Sie gaben ihre sichere Stellung auf und gründeten die Straßen- und Tiefbaugenossenschaft »Brema«. Diesen Schritt kurzerhand zu wagen und damit den Selbsthilfegedanken zu verwirklichen, war verhältnismäßig problemlos. Denn in der Branche der Steinsetzer ein selbständiges Unternehmen zu gründen, setzte seinerzeit keine bedeutenden Investitionen voraus. Pflaster-, Gleisbau- und Kanalarbeiten ließen sich »aus dem Stand« und ganz ohne Fremdkapital ausführen.

Um einen gewissen Grad an Sicherheit für das neue Unternehmen zu gewinnen, ließ die Genossenschaft über die Baugewerkschaft beim Bremer Senat anfragen, ob dieser gewillt sei, an die künftige Genossenschaft Aufträge zu vergeben. Die Antwort fiel positiv aus, und das Hafenbauamt, die Straßenbahn und andere öffentliche Auftraggeber zählten sehr bald zu den regelmäßigen und bedeutenden Auftraggebern der »Brema«.

Frühe soziale Fortschritte

Die Gründung der Genossenschaft hatte zum Ziel, Vorteile für die Beteiligten zu bewirken. Sehr bald stellte sich heraus, daß das Arbeiten in der Genossenschaft »Brema« wirklich für alle von Vorteil war. Die Genossenschaftler bewilligten sich höhere Löhne, als sie in vergleichbaren Privatunternehmen gezahlt wurden. Einen weiteren wesentlichen sozialen Fortschritt erzielte das Unternehmen beim winterlichen Stempelgeld. Es wurde zunehmend aufgestockt und erreichte bald das Niveau des normalen Arbeitseinkommens – eine vorbildliche Entwicklung.

Ein abruptes Ende fand der Genossenschaftsgedanke durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten. Von diesem Zeitpunkt an vergab der Bremer Senat keine Aufträge mehr an die »Brema«. Auf diese Weise wurden die Genossen gezwungen, sich von ihrer Idee zu lösen und die Genossenschaft in eine Privatfirma umzuwandeln.

Doch der Genossenschaftsgedanke war damit nicht ausgelöscht. Unmittelbar nach Kriegsende wurde die »Brema« erneut als Produktivgenossenschaft gegründet und es galten wieder dieselben Grundsätze wie bei der ersten Gründung: Unabhängigkeit der Genossen von privaten Unternehmen und bessere Einkommensverhältnisse für die Mitglieder.

Fotos: Brema e.G.

Modernes Management

Heute, 75 Jahre nach der Gründung, präsentiert sich die »Brema« als modernes Wirtschaftsunternehmen, das trotz härtestem Konkurrenzkampf den ursprünglichen sozialen Gedanken aufrecht erhält. Rund 25 Prozent der 100 Mitarbeiter sind eingetragene Mitglieder der Genossenschaft und damit am Gewinn beteiligt. Ausgerüstet mit einem Maschinen- und Gerätepark auf dem höchsten Stand moderner Technik, werden vielschichtige Aufgaben im Straßen- und Tiefbau übernommen und zur Zufriedenheit der Auftraggeber abgewickelt. Es sind nicht mehr nur die öffentlichen Aufträge, sondern in zunehmenden Maße auch private Projekte, mit denen sich die »Brema« befaßt. Bei Bedarf wird auch die Planung übernommen, wenn dies der Auftraggeber erwartet.

Naturstein-Pflasterarbeiten, Straßen- und Gleisbau und der Neubau sowie die Sanierung von Kanälen sind das Arbeitsprogramm der »Brema«. Besonders mit der professionellen Gestaltung durch Natursteinpflasterung im Außenbereich hat sich das Unternehmen einen Namen gemacht. Die erfolgreiche Durchführung großer Aufträge belegen die Leistungsfähigkeit der »Brema« und beweisen, daß soziales Engagement und modernes Management zusammenpassen und sich nicht gegenseitig ausschließen.●

WETTBEWERB:

Klaus Novy Preis

Erstmalig zum 100jährigen Jubiläum schreibt die Solinger Spar- und Bauverein eG einen Wettbewerb für Innovationen beim genossenschaftlichen Bauen und Wohnen aus.

Es werden Projekte ausgezeichnet, die in besonderer Weise genossenschaftliche Bau-, Wohn- und Lebenskultur widerspiegeln. Dabei kann es sich sowohl um architektonische und städtebauliche, als auch um soziale, kulturelle oder wirtschaftliche Vorhaben handeln, deren Konzeptionierung bzw. Realisierung nicht länger als fünf Jahre (1992 bis heute) zurückliegt.

Der Preis ist Klaus Novy gewidmet, der 1991 verstarb und besonders in den 80er Jahren mit wissenschaftlichen Arbeiten, populären Veröffentlichungen und Ausstellungen für eine Erneuerung der genossenschaftlichen Wohn- und Lebenskultur warb. Er zeigte den Genossenschaften ihre vielfältige Selbsthilfetradition auf, die seit 1933 verschüttet wurde und an die sich nach 1945 nur wenige erinnerten.

Die eingereichten Vorschläge sollen neue Wege aufzeigen, zur Förderung von Solidarität und Mitverantwortung, für eine Architektur, die individuelles und gemeinschaftliches Wohnen verbindet und/oder zur Finanzierung von Baumaßnahmen.

Stifter des Klaus Novy Preises ist die Spar- und Bauverein Solingen eG, Kölner Str. 47, D-42651 Solingen. Bewerber können bis zum 30. April 1997 eine Kurzbeschreibung ihres Projektes einreichen. Hier kann auch der komplette Ausschreibungstext angefordert werden.●

dp

DIE PARITÄTISCHE GELDBERATUNG E.G.

Eine Genossenschaft gemeinnütziger Fördervereine

Bereits 1986 gründete der Paritätische Wohlfahrtsverband in NRW die Paritätische Geldberatungsgenossenschaft. Eine weitsichtige Entscheidung, wie sich heute zeigt. Immer knappere öffentliche Mittel und immer engere Budgets zwingen zu viel Phantasie bei der Finanzierung sozialer Arbeit. Die Mitgliedsorganisationen des Verbandes arbeiten in allen sozialen Bereichen.

Wilfried Theißen-Boljahn, Red. Genossenschaften ● Die Struktur der Paritätischen Geldberatungsgenossenschaft ist nicht nur für den sozialen Bereich ungewöhnlich. Mitglieder der Genossenschaft sind Fördervereine in rund 30 Städten Nordrhein-Westfalens. Diese gemeinnützigen Fördervereine betreuen die sozialen Einrichtungen des Paritätischen Wohlfahrtverbandes vor Ort. So ist eine regionale Verankerung gegeben und gleichzeitig eine inhaltliche und organisatorische Nähe zu den Einrichtungen und Initiativen. Die Arbeit dieser Fördervereine wird ehrenamtlich getragen.

Privatpersonen, juristische Personen, sowie gemeinnützige Vereine können die Mitgliedschaft in den Fördervereinen erwerben. Erforderlich ist die Zeichnung und Einzahlung von mindestens einem Förderanteil von 200 DM. Die Fördervereine beteiligen sich in Höhe der eingezahlten Förderanteile an der Paritätischen Geldberatung. Das Genossenschaftskapital beläuft sich z. Zt. auf rund 800.000 DM. Diese Kombination von gemeinnützigen Fördervereinen und genossenschaftlichem Dach soll die Kooperation zwischen den gemeinnützigen Organisationen, dem Wohlfahrtsverband und der Genossenschaft stärken und gleichzeitig die finanzielle Situation der gemeinnützigen Arbeit verbessern.

Förderung sozialer Projekte

Neben dem Genossenschaftskapital hat die Paritätische Geldberatung einen Spar- und Kreditfonds gegründet. Gemeinsam mit der Bank für Sozialwirtschaft als Kooperationspartner können aus diesem Fonds Darlehen vergeben werden (siehe auch Grafik). Die Partnerschaft mit der Bank für Sozialwirtschaft war notwendig, um den gesetzlichen Aufgaben des Kreditwesengesetzes (KWG) zu genügen. Außerdem ergeben sich in der Beratung und der konkreten finanziellen Hilfen viele Synergien, da viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen auch Kunden der Bank für Sozialwirtschaft sind.

Jeder kann paritätisch sparen. Nicht nur der private Sparstrumpf kann so »sozial arbeiten«. Auch die notwendigen Rücklagen in vielen sozialen Einrichtungen, bei uns gespart, können so anderen Initiativen helfen. Ein besonderes Angebot für Hausverwaltungen sind die Kautionssparkonten, die Hausverwaltungen viele organisatorische Vorteile bringen.

Der Spar- und Kreditfonds versteht sich als ethische Geldanlage. Das Sparvolumen beträgt zur Zeit rund 4.000.000 DM, aber auch hier hofft die Genossenschaft auf mehr. Denn in diesem Fall »hilft viel auch viel«. Die Paritätische Geldberatung koppelt das Geld nicht vom sozialen Ziel ab, das erreicht werden soll. Immer steht der Inhalt im Vordergrund. Nach wie vor wird gemeinsam mit den örtlichen Fördervereinen und den Fachabteilungen des Paritätischen beraten. Statt hoher Zinsen zahlen die Darlehensnehmer 4,65% Zinsen für Darlehen.

Breites Leistungsspektrum

» ... das Darlehen hat uns in der schwierigen Anfangsphase unserer Arbeit sehr geholfen...« – so eine Elterninitiative, die beim Aufbau einer Tageseinrichtung für Kinder Unterstützung erhielt. Gerade in der Anfangssituation sozialer Projekte fehlen oft die erforderlichen Mittel. Immer öfter kommen auf soziale Einrichtungen auch große Investitionen zu. Wenn das Angebot erweitert werden soll, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten oder um eine gute Idee umzusetzen. Die Genossenschaft ist behilflich bei der Aufstellung von Finanzierungen. Die verschiedenen Partner werden an einen Tisch gebracht und unterstützen die Organisationen bei ihren Interessen. Weitere Leistungen sind:

- Beratung bei Kalkulation und Finanzierung
- Aufstellung von Finanzierungskonzepten
- Vermittlung von Darlehen
- Vergabe von Darlehen und Zuschüssen aus Mitteln der Geldberatung
- Koordinierung von verschiedenen Geldgebern
- Beratung von Stiftungsanträgen
- Beratung bei der Mittelerschließung vor Ort

Informationen: Paritätische Geldberatung e.G., Loher Str. 7, D-42283 Wuppertal

Anzeige

Politische Ökologie

50te Ausgabe

Ausgespielt? – Arbeit und Umwelt im Standortpoker

Die Arbeitslosenzahlen erreichen Rekordhöhen und die Kritiker der Umweltschutzpolitik sind nicht weit. Trägt der „scharfe" deutsche Umweltschutz Mitschuld an der Arbeitsmarktmisere oder schafft er Arbeitsplätze? Sind nicht eher beide Seiten, Natur und Mensch, Geschädigte von der herrschenden Dynamik der Wirtschaft? Neben aktuellen Situationsberichten analysieren Vertreter der unterschiedlichsten Richtungen die Probleme aus ihrer Sicht und diskutieren Reformansätze und Perspektiven für Arbeit und Ökologie.

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr. 29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0;
Fax: 089/544 184-99
http: //www.umwelt.de/magazin/poe
YCO

ENTSPANNT IN DIE BARBAREI?

»Feuer in die Herzen« tragen wollte sie vor einigen Jahren mit ihrer letzten Buchveröffentlichung. Das Engagement für eine soziale Ökologie und die Erbitterung über den Rechtstrend ihrer ehemaligen Partei führten Jutta Ditfurth damals dazu, bei ihrem Rundumschlag gegen alle von ihr ausgemachten Gegner unterschiedslos den Holzhammer zu benutzen, wo es in manchem Fall auch das kleine Silberhämmerchen getan hätte. So wurde der Band zwar eine gelungene und berechtigte Polemik, dem aber an etlichen Stellen die Differenziertheit fehlte.

Nunmehr hat die Autorin einen Folgeband vorgelegt, den sie selbst als zweiten Teil versteht, der jedoch schon vom Titel her wesentlich entspannter an die Problematik herangeht. Ditfurth war gut beraten, ihre Thematik einzuschränken. Auf diese Weise können die ausgewählten Fallbeispiele gründlicher abgehandelt werden, bleibt mehr Raum für Argumentation und Beleg. Trotzdem wird wiederum ein breites Spektrum an Erscheinungsformen esoterischer Rationalitätsfeindschaft und rechter Konzeptionen der Ökologie ausgebreitet. Das Märchenzentrum Troubadour (Vlotho) wird ebenso abgehandelt wie der »Ernährungspapst« Dr. Max Otto Bruker, die alte Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells ebenso wie das relativ neue Geflecht aus Bioregionalismus, Tiefenökologie und Veganismus. Ein Exkurs ist dem Dalai Lama gewidmet, ein weiterer der damit wohl überbewerteten Schauspielerin Barbara Rütting.

Ditfurths Triebfeder ist ein ausgeprägter Humanismus. Richtig stellt sie fest: »Esoterik hilft dabei, den Menschen jeden emanzipatorischen Gedanken auszutreiben.« (S.7) Die Relevanz ihres Themas ergibt sich dabei aus der Verbreitung des Phänomens. »Schätzungsweise jedes dritte neu erschienene Buch transportiert esoterische Ideologie, die meisten sind sogenannte 'Lebenshilfebücher'.« (S.12) Im Gegensatz zu Autoren wie den von ihr scharf attackierten Österreichern Gugenberger und Schweidlenka, die sich nunmehr nach verdienstvollen Untersuchungen über Mythen sowie den reaktionären Gehalt diverser esoterischer Strömungen selbst als Propagandisten des Bioregionalismus betätigen, sieht sie keinen Spielraum für einen emanzipatorischen Gehalt der Esoterik.

Der frühere offene, rassistische Ökofaschismus eines Herbert Gruhl oder Werner Georg Haverbecks hat sich gewandelt zu einem »Ökofaschismus auf Filzlatschen«. Das neue Zauberwort heißt Bioregionalismus, das neue Feindbild Anthropozentrismus. Folgerichtig stehen diese aus den USA kommenden relativ neuen ideologischen Strömungen im Mittelpunkt des Buches. Ditfurth hat registriert, daß dies zur neuen Grundposition rechtsökologischer Gruppen auch in Deutschland, z.B. der Unabhängigen Ökologen Deutschlands, wird. Doch Vorreiter bei diesem Trend war wieder einmal die französische Nouvelle Droite. Im Themenheft zur Ökologie von Alain de Benoists Hausblatt »Krisis« (Nr.15, September 1993) ließ sich dessen geistiger Ziehsohn Charles Champetier mit viel Sympathie über diese Strömungen aus, kamen wichtige Autoren dieser Richtung wie der Norweger Arne Naess oder der US-Amerikaner Lynn White mit Beiträgen zu Wort. 1994 dann durfte sich Edward Goldsmith, Bruder des Gründers der britischen Referendum-Party und Kultfigur der dortigen rechtsökologischen Szene, beim nationalen Kolloquium des GRECE über die »ökologische Gesellschaft als einzige Alternative« auslassen.

Jutta Ditfurth hat also durchaus die richtigen Gegner auf ihrem politischen Terrain erkannt. Da sie in ihrem neuen Buch gründlicher argumentiert als in früheren Tagen und erkannt hat, daß Selbstbeschränkung eine Tugend sein kann, ist der Band als Arbeitshilfe und als Mittel zur Auseinandersetzung bestens geeignet. Da sie aber ihre Angriffslust und ihre Freude an der Polemik keineswegs abgelegt hat, wird ihre Arbeit zugleich auch zum Lesevergnügen. Was bei wissenschaftlichen und politischen Büchern leider nicht der Normalfall ist.●

Volkmar Wölk
Aus: Antifachistische Nachrichten

Jutta Ditfurth, Entspannt in die Barbarei. Esoterik, (Öko-) Faschismus und Biozentrismus; Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 224 S., 28,– DM

NEUE BROSCHÜRE:

»Wenn Du weggehst...«

Kinder und Jugendliche, die Trennung und Scheidung ihrer Eltern erleben, fordern alle Bereiche der Jugendhilfe: die Beratungsarbeit, die Kinder- und Jugendarbeit, Tageseinrichtungen für Kinder, Schulkinderbetreuung, Jugendsozialarbeit und die erzieherischen Hilfen. Mit einer Broschüre, die das PARITÄTISCHE Jugendwerk und der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband erstellt haben, soll ein Beitrag zur Diskussion des Themas Trennung und Scheidung in der Jugendhilfe geleistet werden. Verschiedene Zugangsmöglichkeiten in den Arbeitsfeldern der Jugendhilfe werden vorgestellt. Das Erleben und der Alltag der Kinder und Jugendlichen steht dabei im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Als Arbeitshilfe für die Praxis wird die Broschüre durch eine Auswahlbibliographie sowie Kontaktanschriften im Anhang abgerundet.●

u.b.

Die Broschüre »Wenn Du weggehst ... – Wie Kinder und Jugendliche Trennung und Scheidung erleben« kann angefordert werden beim PARITÄTISCHEN NRW, Loher Str. 7, D-42283 Wuppertal (Schutzgebühr 8 DM plus Porto)

ARBEITSHILFE SOZIO-KULTUR

Künstlerinnen und Künstler mit Wohnsitz im Ausland, die in der Bundesrepublik Deutschland gastieren und damit Einkünfte erzielen, sind im Sinne des EStG »beschränkt Steuerpflichtige« und müssen Einkommensteuer abführen. Diese einfache Tatsache wurde bis zur Änderung des § 50a EStG im Jahressteuergesetz 1996 kulturpolitisch kaum wahrgenommen. Erst mit der Erhöhung des Steuersatzes von 15% auf 25%, mit der erreicht werden sollte, daß v.a. Fußballprofis, Film- und Fernsehstars ansatzweise »gerecht« besteuert werden, sind die Auswirkungen dieser Steuerart für den Kulturbereich auch öffentlich wahrgenommen worden.

Freie und kommunale Kulturveranstalter, soziokulturelle Zentren, Bürgerhäuser, Theater, Opern u.v.a.m. sind seit Anfang 1996 in besonderem Maße von den Änderungen im § 50a EStG betroffen. Die Steuererhöhung schmälert die bereits vorher knappen Etats, die finanziellen Spielräume werden enger, immer häufiger werden Gastspiele ausländischer KünstlerInnen und Gruppen aus diesen Gründen abgesagt.

Die Arbeitshilfe »Besteuerung ausländischer KünstlerInnen – § 50a EStG« wendet sich v.a. an freie und kommunale Kulturveranstalter und ist unmittelbar an den Bedürfnissen der Praxis ausgerichtet. Sie schildert die aktuelle Rechtslage, verdeutlicht den praktischen Umgang mit der »Ausländersteuer«, enthält praxisnahe Berechnungsbeispiele und zeigt Möglichkeiten auf, wie die steuerliche Belastung durch die Inanspruchnahme von Befreiungsmöglichkeiten und Ausnahmeregelungen gemindert bzw. gänzlich umgangen werden kann.

Außerdem werden Merkblätter und Formulare des Bundesamt für Finanzen, eine aktuelle Liste der Doppelbesteuerungsabkommen sowie eine Kleine Anfrage und ein Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag dokumentiert.

Die Arbeitshilfe »Besteuerung ausländischer KünstlerInnen – § 50a EStG« (DIN A45, 48Seiten) ist für eine Schutzgebühr in Höhe von 15,– DM über die Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V., Weberstr. 59a, D-53113 Bonn, Tel.: (02 28) 242 02 10, Fax: 242 02 12 erhältlich.●

u.b.

ÖKOZID-JAHRBUCH

Biodiversität – Leben und Leben lassen

Das zehnte ökozid-Jahrbuch behandelt mehrere miteinander verschränkte Sachverhalte: Im Mittelpunkt steht die Erhaltung und der Schutz der Biodiversität, der sogenannten genetischen oder auch Artenvielfalt. Strategien dafür sind Nationalparks, Zoos und die Inwertsetzung von genetischem Reichtum, ebenso der Arten- und Naturschutz.

Ein Großteil der Aufsätze bringt viele Daten und ist informativ. Der Herausgeber führt ins Thema ein und macht mit der ungeheuren Vielfalt an Arten und dem Ausmaß der Artenausrottung vertraut. Hier taucht der erste politisch wichtige Unterschied auf: die Arten – oder in der Sprache der NaturmanagerInnen: der Grad der biologischen Diversität – sind weltweit gesehen, äußerst ungleich verteilt: heiße und feuchte Regionen (also »der Süden«) weisen mehr Arten auf, als kühle und trockene (»der Norden«). Es wird deutlich daß die Hauptursache für den Artenrückgang die Zerstörung der natürlichen Umgebung von Pflanzen und Tieren ist. Wolters stellt auch die verschiedenen internationalen Konventionen zum Schutz der biologischen Vielfalt vor, von denen die 1992 während des Umweltgipfels in Rio beschlossene Biodiversitätskonvention die größte Bedeutung haben soll. Barbara Unmüßig untersucht die Finanzierung von Schutzmaßnahmen und kommt zu dem nicht überraschenden Ergebnis, daß die Maßnahmen internationaler Apparate zum Schutz der Biodiversität nicht die – aus Sicht der ArtenschützerInnen – gewünschten Ergebnisse erbringen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Stichhaltigkeit der Theorie, daß sich durch die wirtschaftliche Verwertung ein Schutz realisieren ließe; enthält die »Biodiversitätskonvention« doch nicht nur den Schutz, sondern auch ausdrücklich die – natürlich – »nachhaltige Nutzung« der biologischen Vielfalt.

Die meisten Beiträge stimmen dem Ansatz »Schutz durch Verwertung« zu. Das Verhältnis zwischen »Süd« und »Nord« wird in einigen Beiträgen wie folgt beschrieben: Der Süden kontrolliere den Erhalt der Vielfalt und den Zugang dazu. Er sei an einer Aufrechterhaltung seiner Souveränität über die genetischen Ressourcen, am Zugang zu Technologietransfer und finanziellen Hilfen interessiert, während es beim Norden genau umgekehrt sei. Diese von den AutorInnen eingenommene Sichtweise überschätzt die Autonomie »des Südens«, ist es doch mehr als fraglich, ob ein Staat gegenüber dem internationalen Kapital »seine« genetischen Ressourcen schützen kann (immer vorausgesetzt, er wollte es überhaupt). Die Nutzung ist – auch von der Seite der potentiellen NutzerInnen her gedacht – vor allem eine, die in der Zukunft vonstatten gehen soll: genetische Ressourcen, vor allem pflanzlicher Art, sollen für Saatgut, Arzneimittel etc. verwertet werden.

Weitere Beiträge behandeln die Rolle von Zoos und Nationalparks als sog. »Megadiversitätsgebiete«, in denen sich ein bestimmter Genpool erhalten und sichern lassen soll, oder den Handel mit bedrohten Tierarten. Etwas aus dem Rahmen fällt der Beitrag von Spehr/Hofer/Schröder, der Artenschutz in die Geschichte der gesellschaftlichen Naturverhältnisse des »Nordens« einordnet, ökologische und Herrschaftsverhältnisse zusammen diskutiert und sich gegen eine Technisierung und Inwertsetzung der Ökologie wendet.

Grundlegender Tenor des Bandes ist wie gesagt, der Schutz der Biodiversität durch »nachhaltige Nutzung«. Die Ursachenanalyse für Artenausrottung ist relativ plausibel, die daraus entwickelten »Alternativen« entsprechen dieser jedoch nicht; die Verwertung der genetischen Ressourcen auf dem Weltmarkt wird kaum abgelehnt. Die AutorInnen befinden sich damit in Gesellschaft derjenigen, die weltweit genetische Ressourcen kontrollieren und ausbeuten (wollen) – nur wollen sie es etwas sozialverträglicher und ökologischer, während in der Realität, wie etwa die Artenschutzkonferenz im November 1995 zeigte, die Ausplünderung genetischer Ressourcen ungehindert voranschreitet. Die naive Sichtweise der AutorInnen, ist bei deren Hintergrund, der meist aus halbstaatlichen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen besteht, nicht verwunderlich.

Für die notwendige Debatte über Gentechnologie als ein Wachstumsfeld der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts trägt der Band – und das ist nicht gering zu schätzen – hauptsächlich informativ und empirisch bei, seine politischen Positionen und Vorschläge setzen dieser herrschaftsförmigen Verwertung von »Natur« wenig entgegen.●

Bernd Hüttner

Jürgen Wolters (Hrsg.): Leben und Leben lassen. Biodiversität – Ökonomie, Natur- und Kulturschutz im Widerstreit (ökozid-Jahrbuch 10); focus Verlag Gießen 1995, 234 S, 29,80 DM

BERLIN – LOS ANGELES

Zukunft der Stadt

Los Angeles ist nicht erst seit der bundesdeutschen Beschäftigung mit Hiphop und den Riots 1992 Thema in der linken und linksliberalen Presse. Durch die vielfältigen sozialen und ökonomischen Umbrüche, die derzeit in der Stadt geschehen, verstärkt sich das Interesse an Stadtsoziologie und der »Zukunft des Urbanen«, ihrem Forschungsgegenstand. Das 1994 erschienene Buch *»City of Quartz«* von Mike Davis zum Beispiel wurde von der *Frankfurter Rundschau* über das Musikmagazin *SPEX* bis hin zur sozialrevolutionären *Wildcat* gelobt. Linksradikale und antirassistische Gruppen wenden sich der Stadt wieder vermehrt zu, seit die Innenstädte immer mehr von die Geschäfts- und Konsumwelt »störenden Elementen« freigemacht werden sollen und in einigen Städten schon regelrechte Vertreibungspolitik stattfindet und der öffentliche Raum zusehends privatisiert und dementsprechend kommerziell verwertet wird.

Das schon im Herbst 1995 erschienene Buch »Stadt der Zukunft – Zukunft der Stadt« schwimmt einerseits in diesem vermehrten Interesse mit, hebt sich aber auch durch seinen Inhalt davon ab. Herausgeber Frank Sträter, der mehrere Jahre beim Freiburger *Informationszentrum Dritte Welt* und seiner Zeitschrift *Blätter des Iz3W* mitarbeitete, hat in L.A. selbst Interviews geführt und Texte von US-amerikanischen Intellektuellen und BasisaktivistInnen zusammengestellt. Gleichzeitig versucht er durch die Mitveröffentlichungen von fünf Aufsätzen über Berlin, einige markante Entwicklungen in dieser Stadt herauszuarbeiten und Parallelen und Unterschiede zwischen den beiden Metropolen zu benennen.

L.A. wird als der Prototyp der Stadt des 21. Jahrhunderts begriffen: Die Fläche der Stadt ist nach Einkommen der dort Wohnenden räumlich aufgeteilt, in ihr gibt es die meisten Obdachlosen in den USA, die Umwelt wird permanent vergiftet und der kommunale Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die Gesellschaft zurückgezogen. L.A. ist die »Hauptstadt der 'Dritten Welt'« und eine der »World Cities« der Metropolen zugleich, L.A. ist nach EinwohnerInnen die größte Stadt einiger mittel- und südamerikanischer Länder, L.A. wird gleichzeitig de- und reindustrialisiert und ist wie kaum eine andere Stadt in die Weltwirtschaft integriert. L.A. ist Ziel und Auslöser großer Bewegungen von WanderarbeiterInnen und ein Reich der Schattenarbeit und -ökonomie der arbeitenden Armen (»working poor«), und durch das wachsende Polizei- und Gefängnissystem zu beschreiben. Das Bild von L.A. kommt nicht zuletzt aus den Filmen, die angeblich das Leben in L.A. widerspiegeln.

All diese Entwicklungen und sozialen Konflikte werden in den einzelnen Interviews und Artikeln beleuchtet und in Beziehung zueinander gesetzt. Der Beitrag »Racism comes in Birkenstocks«, zeigt, daß die Kontrolle über Wasser, Luft und Mobilität ein wesentliches Element der politischen Machtverhältnisse in der Großstadt L.A. ist und wie Umweltschäden auf bestimmte ethnische und soziale Regionen und Gruppen abgewälzt werden und »Umweltschutz« somit rassistisch wirkt.

Der Teil zu Berlin wird mit einem Beitrag eingeleitet, der die Veränderungen Berlins in den letzten fünf Jahren darstellt und die Entwicklung L.A.'s als Raster zur Betrachtung Berlins benutzt. Berlin ist die »Frontstadt« an der kontinentalen Armutsgrenze zu Polen und den anderen osteuropäischen Staaten und Ziel von Migration wie es L.A. für Mexico und Mittelamerika ist. In Berlin verschärft sich die Verarmung und Arbeitsmarktlage, die sozial-räumliche Aufteilung setzt sich fort, Berlin breitet sich auch in die Fläche aus, und wächst mit den brandenburgischen Städten seines Speckgürtels zusammen. Im Berlin-Teil finden sich ferner Beiträge zu polnischen ArbeitsmigrantInnen, zur neuen Sicherheits- und Polizeipolitik und zu Obdachlosigkeit.

Das Buch liefert Materialien zur Beschäftigung mit Ökonomie und sozialen Kämpfen im städtischen Raum aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Sträter vertritt durch die Textauswahl keine »politische Linie«, er läßt unterschiedliche Ansichten zu Wort kommen: Während einige Beiträge mehr beschreiben oder die Selbstorganisation »von unten« propagieren, verorten andere die treibenden Kräfte eher im (internationalen) Kapital oder fordern gar – wie der Beitrag zu Obdachlosigkeit in Berlin – mehr sozialstaatliche Sicherung. Diese Vielfalt kann nicht als Beliebigkeit ausgelegt werden, da die Zusammenstellung nur die Vielfalt der Entwicklungen, sozialen Kämpfe und »Bilder der Stadt« widerspiegelt.●

Bernd Hüttner

Frank Sträter (Hrsg.): Stadt der Zukunft, Zukunft der Stadt. Berlin – L.A.; im Eigenverlag Stuttgart 1995; 160 S. zu bestellen für 19,80 DM incl. Porto bei Frank Sträter, Spemannstr. 41, 70186 Stuttgart (Scheck beilegen!, Rabatte für WiederverkäuferInnen)

WEG VON DER STRASSE

Das Video über das Thommy-Weißbecker-Haus in Berlin-Kreuzberg

Für die einen ist es ein Projekt »betreutes Wohnen« für Obdachlose, für die anderen ist es nicht die längste Praline der Welt, aber ein bedeutender Schritt in die Richtung ihrer Utopie: selbstbestimmtes Leben.

Entstanden aus einer Hausbesetzung in bewegten Zeiten, bietet das Thommy-Weißbecker-Haus seit einem Vierteljahrhundert ungefähr alles, was man sich unter einem selbstverwalteten Projekt vorstellen kann: es gibt Wohnraum für drei bis vier Dutzend Menschen (selbstverständlich mit Etagen- und Hausplena), einen Saal für Veranstaltungen, Büros für politische Gruppen, Proberäume für Bands und das Café »Linie 1« (selbstverständlich als Kollektiv und selbstverwaltet).

»Weg von der Straße« zeigt die Geschichte und die aktuelle Situation des Thommy-Weißbecker-Hauses anhand von Interviews mit Besetzern der ersten Stunde, Leuten, die schon lange im Haus wohnen, und erst vor kurzem Eingezogenen. Natürlich fehlen auch weder die Nachbarin noch der Promi (Ralf Reinders, ehemals »2.Juni« und selbst Thommy-Haus-Besetzer).

Zur Auflockerung gibt es zwischen den Gesprächsstükken immer 'mal wieder Musik: als Punk-Live-Mitschnitt aus dem Veranstaltungsraum oder als »Thommy-Haus-Song« auf der akustischen Gitarre.

Der Film informiert, macht Lust, das Haus zu besuchen, und bringt damit ein alternatives Projekt ins Blickfeld, das eine lange Geschichte hat, aber jetzt vielleicht stärker bedroht ist als je zuvor.

In mehr als zwei Jahrzehnten gab es natürlich unzählige Hausdurchsuchungen und mehr als einmal sorgte der Einsatz der Staatsmacht für üble Verwüstungen. Bisher konnten alle Angriffe auf das Haus überstanden werden. Mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin entsteht nun aber eine neue Situation:

Das Thommy-Weißbecker-Haus liegt dann in der Bannmeile und am Rand der Protokollstrecke. Und daß die Regierenden dort kein engagiertes linkes Projekt haben möchten, kann sich jedeR selbst ausmalen. Für diese Auseinandersetzung brauchen die Thommy-Haus-Leute Unterstützung und als erstes natürlich Öffentlichkeit. Der Video dazu ist da. Jetzt muß er nur noch ausgeliehen und gezeigt werden.●

Stefan

Weg von der Straße – Das Video über das Thommy-Weißbecker-Haus in Berlin-Kreuzberg Jugendvideoinitiative im Stattkino Berlin e.V., VHS 47min,
Verleih: autofocus, Eisenbahnstraße 4, D-10997 Berlin
☎(0 30) 618 80 02, Fax 611 15 83

AUTOFOCUS KATALOG

Die autofocus Videowerkstatt e.V. hat einen neuen Verleihkatalog. Dieses Mal nicht als Lose-Blatt-Sammlung sondern im Taschenbuchformat. Der reich bebilderte Katalog bietet informative Beschreibungen zu allen bei autofocus ausleihbaren Videofilmen. Sortiert nach 19 Rubriken sind über 150 Videos aufgeführt: von autofocus selbst, von anderen Medienwerkstätten und verschiedenen weiteren AutorInnen. So findet sich zu fast jedem interessanten Thema leicht ein Film, meistens mehrere. Da es oft zu Themenüberschneidungen kommt, wird am Ende jedes Kapitels auf weitere Filme hingewiesen. Ein Register erleichtert die Suche, wenn der Filmtitel bekannt ist. Natürlich werden auch die Verleihbedingungen erklärt und autofocus selbst mit allen Arbeitsbereichen (z.B. dem Archiv) kurz vorgestellt.

Der Katalog ist aber nicht nur praktisch. Wie die MacherInnen in ihrem Vorwort schreiben, läßt er sich auch »wie ein Bilderbuch benutzen. Blättern und stöbern in Geschichte(n) und Gegenwart linker Politik.«●

Stefan

Den 160seitigen Katalog gibt's für 10 Mark bei: autofocus videowerkstatt e.V., Eisenbahnstraße 4, D-10997 Berlin
☎(0 30) 618 80 02, Fax 611 15 83

JOBSUCHE

Tischlermeisterin sucht Anschluß an eine Tischlerei. Am liebsten Möbel, massiv, ökologisch. Gern auch in der Ausbildung. Und möglichst (nicht unbedingt) im Raum (Süd-) Niedersachsen. Ich freue mich über jede Zuschrift.
Chriffre: Perspektive

Ich 24 J. und männlich, habe im Juli '97 voraussichtlich meine Ausbildung als staatl. anerkannter Erzieher abgeschlossen. Suche ab dann 'ne schöne Arbeit in Mecklenburg. Ich würde gerne in Projekten mitarbeiten o. auch mit gründen, eventuell verbunden mit subsistenzwirtschaftl. Lebensweise. Bin an erziehungsfreier Praxis interessiert und vieles mehr.
Burkhard Hollaz, Falkenflucht 17, D-18273 Gustrow

ZEITUNGEN

Stadtteilzeitung in Selbstverwaltung braucht Unterstützung, Non-Profit, von/mit/für Bürger, Expl. u. Info für 5 DM in Briefm.: Grend-Blatt, WERKSTATT e.V., Westfalenstr. 311, D-45276 Essen.

FOOD COOP

alternativ & ökologisch
Gesunde und 'fair' gehandelte Lebensmittel für alle:
Getreide, Nudeln, Ketchup, Brotaufstriche, Marmeladen & Honig, Kaffee, Tee, Backwaren, Süßes, Öle, Schokolade, Tofu & Seitan, vegetarische Bratlinge (frisch!), Wasch- und reinigungsartikel u.v.a.m. im Versand ab 200 DM Warenwert portofreie Lieferung:
Die FoodCoop direkt auf dem Küchentisch:
Food for people, not for profits!
Fordert unsere Preisliste an: GERMINAL, Folkert Mohrhof, Grünebergstr. 81, D-22763 Hamburg
☎/Fax (0 40) 880 11 61

PROJEKTE

Komplett eingerichtete Bau- und Möbeltischlerei, spezialisiert auf Baubiologie / Massivholzverarbeitg., im Ruhrgebiet zu verkaufen.
S. König, ☎ (02 34) 927 04 04

Wir informieren in einer neuen Faltblattreihe über die Kreationen aus dem Genlabor! BIER / WEIN · ENZYME · FLEISCH · KAKAO · KARTOFFELN · MILCH · NUTZPFLANZEN · SOJA · TOMATEN. Die gesamte Serie für 10,– DM inkl. Porto. Bei Abnahme von größeren Mengen, Preis auf Anfrage!
Bestellen bei: **Gen-ethisches Netzwerk e.V. · Schöneweider Str. 3 · 12055 Berlin**
Tel. 030/6 85 80 30 · Fax 030/6 84 11 83

Was sie schon immer wissen wollten, aber sich nie zu fragen trauten, das offenbart ihnen dieser unverzichbare Film über das "how-to-do" und "who ist who" der "Dateninfobahn in Weltformat".

Drehbuch:	institut für strapazierte Datennetze (ISDN)
Schnitt:	Knollenpetz
Maske:	Hein Gericke (100% Baumwolle)
Musik:	Break-Dance
Spezial Guests:	FAG, Telekom, BKA, LKA uvm.
Regie:	Please hold the line
Produktion:	Virus Network
Verleih/Vertrieb:	weltweit
Copyright:	Jederzeit

Begleiten sie uns auf einem Spaziergang zu den Schnittstellen der Informationsgesellschaft.

Preis DM 20.-- incl. Versand - nur Bargeld
Heidi Kabel
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01277 Dresden, Redaktion Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax): 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 69 82, Fax 78 26 und Netzwerkselbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Niederlande, 1019 AT Amsterdam, ID-Archiv im ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031-20) 668 58 66

Fachredaktionen :

Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbekke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

Fit für's Sozialmanagement **FORUM** Berufsbildung e.V.

FERNLEHRGANG

Sozialprojekt-Verwaltung

Für alle, die das Know-how für Management und Verwaltung von sozialen Einrichtungen erwerben möchten.

16 Monate • 16 Lehrbriefe
2 Wochenendseminare

Themen: Finanzierung, Buchhaltung, Personalwesen, Sponsoring, Marketing u. a.

Fordern Sie unser Info an! Info ☎ 030 – 259 00 8–0 Charlottenstr. 2 • 10969 Berlin (61)

kreativ. kritisch. politisch. frech.

bundesweiter
Plakatwettbewerb "50 Jahre DM"

Am 20. Juni 1998 hat die DM Geburtstag. Sie wird 50 Jahre alt.

Es gibt viele Facetten, das Thema künstlerisch zu bearbeiten.
Die LAKS Hessen ruft auf, sich am Projekt zu beteiligen. Wir bieten:

- **Freiraum** für künstlerische Ideen
- **Großformatige Veröffentlichung** zum 20.06.98
- **Öffentlichkeit** außerhalb kommerzieller Zwecke
- **Preisgelder** in Höhe von 10.000 DM
- **Fachgerechte Beurteilung** durch renommierte Jury
- **Geplante Ausstellungen**
- **Katalog**

Einsendeschluß: 2. Juni 1997

Wege zu mehr Information und den Wettbewerbsbedingungen:
per Post: LAKS Hessen – Plakatwettbewerb – Schulstraße 6, 35037 Marburg
per fon: 06421. 15140
per fax: 06421. 27198
per Datenhighway zu erreichen unter: kfz@bop.de http://www.bop.de/kfz/laks

LAKS Hessen e.V. Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokultureller Zentren

Wir suchen
freie MitarbeiterInnen

Das Archiv **G.Fälscht** sammelt seit 1991 politische Fälschungen **von unten.** Unsere MitarbeiterInnen haben ein Auge auf **fake's** in ihrer Region und schicken uns **mindestens** 3 Originale mit den dazugehörigen Zeitungsartikeln, Fotos, Flugis etc...
Mittlerweile liegen uns die vielfältigsten **Fälschungen** von A-Z vor :
Ausweise, Anzeigen, Behördenschreiben, Briefmarken, Drucksachen, Extraausgaben, Fahrausweise, Flugzeugabstürze, Gut- und Geldscheine, Hauswurfsendungen, Informationsbroschüren, Jubelparaden, Karten, Nachrichten, Offizielle Rundschreiben, Plakate, Stempel, Schilder, Scheinbesetztungen, Tageszeitungen, U-Bahnkarten, Wahlpropaganda, Werbezettel und Zug-Begleiter...

Besonders interessiert sind wir an Einsendungen von AuslandskorrespondentInnen über amerikan. **hoax,** englische **fakes,** spanische **falsificasines,** italienische **falsificazione,** französische **falsification,** und unsichtbares Theater aus aller Welt.
Angesprochen fühlen sollen sich nicht nur Leute, die in Ihrem Leben schon einiges **falsch** gemacht haben, sondern auch "Opfer" oder Sympathisanten und Neueinsteiger.
Schickt uns also keinen tabelarischen Lebenslauf, sondern von jeder **Fälschung** mind. 3 Exemplare und Zeitungsartikel über die Aktion.

G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
Lagerhaus Schildstraße 12-19 D-28203 Bremen
internet: http://www.underground.de/g_faelscht/
Postbank Hamburg Nr.:547258202 BLZ 20010020

Aus unserer Reihe Ratgeber

Vereinspraxis

Ein Ratgeber zum Vereinsrecht, zum Arbeitsrecht und zu kaufmännischen Fragen

plus Diskette mit Mustertexten

144 S. * DM 19,80 * ISBN 3-923126-94-8

Der Ratgeber wurde aus der täglichen Beratungs- und Fortbildungspraxis heraus entwickelt. Er gibt Hilfestellung vor allem zu folgenden Punkten: Gründung * Rechtsform und Vereinsorgane * Steuern und Gemeinnützigkeit * Rechnungslegung * Arbeitgeberpflichten, Arbeitsverträge und Versicherungen * EDV im Verein * Spezialprobleme wie Spenden, Sponsoring, Rücklagen, Aufwandsentschädigung, Haftungsfragen * Auflösung, Konkurs.
Die beiliegende Diskette enthält nützliche Mustertexte, die direkt in ein Textverarbeitungsprogramm übernommen werden können.

In jeder Buchhandlung oder direkt bei:

AG SPAK
Adlzreiterstr. 23, 80337 München
Tel. (089) 77 45 71 – Fax 77 40 77

20 JAHRE ILA
gegen den Strom

1976-1996: Deutschland auf Linie getrimmt. Die ganze Republik? – Nein, ein kleines Boot und seine Besatzung trotzt Wind und Wellen, Trends und Zeitgeistern. Unerschrocken legen sie den Finger in Wunden und lenken den Blick auf Ungerechtigkeiten in Lateinamerika und hier, für eine selbstbestimmte Entwicklung.

Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V.
Heerstr. 205, 53111 Bonn
Tel. (0228) 65 86 13
Fax (0228) 63 12 26

ila 200 (Nov. '96)
116 Seiten, 8 DM

Wir stellen uns quer!

Bilder vom Widerstand gegen die Castor-Transporte nach Gorleben 1995 und 1996: Castor-Buch 2

Fotos von den beiden Castor-Transporten nach Gorleben und von der Zeit dazwischen. Texte, die manches Hintergründige und Vordergründige kurz beleuchten. Und der Frage nachgehen, die viele Menschen beschäftigt, die auf das Wendland und seine BewohnerInnen schauen: Warum geben die eigentlich niemals auf?

Tempel/Stay (Hrsg.),188 Seiten, teilweise in Farbe, Preis 35 DM, ISBN 3-932270-01-0

Tolstefanz Wendländisches Verlagsprojekt

Tolstefanz. 29439 Jeetzel 41. Fax: 05841 / 45 21

WNZ

Weddinger Neueste Zeitung Nr. 41, März/April 1997 jetzt erschienen!
Themen u.a.: Castor-Transporte, Sozialabbau im Wedding, Gewerkschaften heute - nützlich für wen? (Teil 2), Die Spanische Revolution (Teil 3)
Abo: 6 Ausgaben für 18,- DM in Schein oder Briefmarken, bei: WNZ, Sparrstr. 21, 13383 Berlin

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ÖkoLinX 25

★ Esoterik + Antisemitismus: J. van Helsing, T. Hardo, R. Schweidlenka u.a. ★ EZLN: Revolution für eine Revolution ★ Präfaschistische Lebensreform ★ Gesellschaftl. Entwicklung + Funktion der Ökologischen Linken ★ Linke ASten und Hochschulen ★ Jugendumweltbewegung: nach rechts ★ ÖDP unterliegt vor Gericht ★ Castor X + Anti-AKW-Bewegung ■ AUTORINNEN: ■ Asselhoven ■ Bierl ■ Capitain ■ Ditfurth ■ Ebermann ■ EZLN-Initiative Hamburg ■ Goldner ■ Holzl ■ Nowak ■ Preuschoff ■ Riesselmann ■ Zieger ■ Zieran

plus 24 Seiten REGISTER aller ÖkoLinX-Ausgaben 1991 - 1997

Ich bestelle: ❑ Probeheft 10 DM *(8 DM + 2 DM Porto/Vers.)* ❑ Abo 45 DM (6 Ausg./Abojahr)
Außerdem: ❑ Infos über **Ökologische Linke** bundesweit (7 DM)
Kontakt: Ökologische Linke, c/o Manfred Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/Main

→ Lieferung NUR gegen Vorkasse ←

zeitschrift für befreiende pädagogik
Nr. 11/12 - Schwerpunktthema:
AFRIKA

Mit Beiträgen von:
Christel Adick • Georges R. Celis • Jean-Pierre Godding • Ismail Wais • Peter Bräunlein • Manfred Peters • Emmeli Bohnsack • Heinz-Peter Gerhardt • Ludgera Klemp • Alassane Faye • Neville Alexander • Buchbesprechungen zum Thema • Ilse Schimpf-Herken • Behinderung und Behindertenarbeit in Ländern und Kulturen der Dritten Welt • Rezensionen • Tagungen/Seminare • Hinweise/Zeitschriftenschau

Broschüre 148 Seiten DM 15,-- inkl. Versand
Paulo Freire Gesellschaft
Adlzreiterstr. 23 - 80337 München - Tel. 089 / 774078 Fax 089 / 774077

Manjana

Ideen für eine anarchistische Gesellschaft

- Wie Menschen ihre Anliegen ohne Staat in freier Vereinbarung regeln ...
- Wie Konflikte gewaltfrei gelöst werden ...
- Wie Sozialismus und Marktwirtschaft sich ergänzen ...
- Wie Umwelt ohne Gesetze geschützt wird ...

Ein utopischer Reisebericht
... mit Vorschlägen für erste Schritte

→ → Broschüre (24. S. /A4) erhältlich gegen 5, - DM (Briefmarken etc.) ← ←
→ → bei Gemeinschaftl. Leben, Dorfstr. 30, 29462 Blütlingen ← ←

Forum für Libertäre Informationen

vom **07.- 11.05.97** (über Himmelfahrt)

in Wiesen/ Spessart

FLI: Es treffen sich Menschen, die in anarchistischen Zusammenhängen aktiv sind, theoretisieren und diskutieren, leben und arbeiten, Kontakte knüpfen oder vielleicht alte Bekannte wiedersehen, sich austauschen oder im Spessart spazieren gehen wollen.

Die Freude ist groß über Themen, die ihr vorbereitet und mitbringt. Ansonsten ergeben sich diese während des Treffens.

Kosten um die 100 DM (je nach Möglichkeiten)

Themenvorschläge an/ Infos bei:

Meeuw
Postfach 3643
26026 Oldenburg

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

FRÜHLINGSTAGE

Branchentreffen der selbstverwalteten grafischen Betriebe
Programm u.a.: »Forum alternativer Wege zur Bankenfinanzierung« (Podiumsdiskussion), weitere Referate zum Thema »Geld«, Arbeitsgruppen (teamwork AG, Ausbildung etc.)
Termin: 8. bis 11. Mai 1997
Nähere Informationen:
Kartenhaus Kollektiv, Hans-Sachs-Str. 8a, D-93049 Regensburg
☎(09 41) 2 22 73, Fax 27 02 07
e-mail:
KartenhausKollektiv@t-online.de

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten; Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 10 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 20. bis 22. Juni 1997

Gut leben statt viel haben
In diesem Bildungsurlaub wollen wir gemeinsam erleben, erfahren und erarbeiten, wie sich unsere Lebens- und Wirtschaftsweise auf Umwelt und Menschen ausgewirkt hat. Weiter wollen wir »erträumen«, wie wir uns eine nachhaltige, umweltgerechte und sozial verträgliche Lebensweise vorstellen können.

- Was sind die Leitbilder für eine zukunftsfähige Entwicklung?
- Wie können wir darin neue Lebensqualitäten entwickeln?
- Wie müssen die Forderungen an die Politik und Wirtschaft lauten – im regionalen, nationalen und globalen Zusammenhang?

Das Tagungshaus ist an die Kommune Niederkaufungen angegliedert, wo eine Gruppe von siebzig Menschen seit zehn Jahren versucht, umwelt- und menschengerecht zu leben. Die Erfahrungen der Kommune fließen in den Bildungsurlaub ein.
Termin: 14. bis 18.4.97
Anmeldung:
Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V., Kirchweg 1, D-34620 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

FRÜHJAHRSTREFFEN

BUH e.V. Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen

BUH wider Meisterzwang

Der Berufsverband unabhängiger HandwerkerInnen, BUH e.V., veranstaltet vom 24. bis 27. April 1997 sein Frühjahrstreffen. Bestandteil dieses Treffens sind: Vortrag über »Neue Selbständigkeit« von Gisela Notz»»Berufsentwicklung der Tischlerin bis Heute« von Dorothea Schemme, »Perspektiven des BUH e.V.« und die Jahreshauptversammlung '97.
Veranstaltungsort: Jugendhof Bessunger Forst, Roßdorf. Essen, Bett, Vorträge für 180 DM.
Anmeldeschluß: 1.4.97.
Information & Anmeldung:
BUH e.V., Ziegeleistr. 9,
D-29497 Woltersdorf

STIFTUNG MITARBEIT

Krisenmanagement
Wenn Projekte in Krisen geraten – seien sie von außen oder von innen ausgelöst – muß die Projektleitung reagieren und nach Antworten und Lösungen suchen. Das Problem dabei: unter Druck verfällt man oft in alte Denk- und Verhaltensmuster.
In diesem Seminar sollen Situationen aus dem Projektalltag der TeilnehmerInnen bearbeitet werden. Welches sind die »eingefleischten« Verhaltensweisen? Welche anderen Wege wären denkbar? Wie kann man Krisen schon im Vorfeld begegnen?
Termin: *18.-20.4.97 in Fohrde/Brandenburg*
Nähere Informationen und Anmeldung bei Silvia Fels unter
☎(02 28) 604 24 16

Zukunftsstudien
In Fortsetzung der letztjährigen Tagung »Lernziel Zukunftsfähigkeit« plant die Stiftung MITARBEIT ein weiteres Werkstattseminar zum Thema »Partizipative Zukunftsstudien«. Diesmal sollen dabei vor allem Methoden der Zukunftsforschung auf den Prüfstand gestellt werden.
Termin: 1.-4.5.97 in Niederkaufungen/Hessen
Nähere Informationen und Anmeldung bei Theo Bühler oder Adrian Reinert
☎(02 28) 604 24 12/14

NETZ

Informationsmanagement
Termin: 13.3.97, München

Marketing für Selbständige, kleinere und mittlere Betriebe
Termin: 19. bis 20.4.97, Köln
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46
D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Öffentlichkeitsarbeit für soziale und kulturelle Einrichtungen
Public relations:
Pressearbeit effektiv organisieren steht im Mittelpunkt des Wochenendes am 26./27. April.

Veranstaltungsmanagement:
Seminare, Tagungen und Veranstaltungen planen, organisieren und durchführen wird am 5./6. Juli 1997 angeboten.
Die Nürnberger Medienakademie e.V. ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein mit Sitz in Nürnberg. Er informiert über die Arbeit der Medien und Multiplikatoren, vermittelt Kenntnisse zur Gestaltung eigener Medien und stellt neue Formen der Öffentlichkeit und des Informationsaustausches vor. Das Ziel: »Jugendliche und Erwachsene sollen Medienkompetenz erwerben, um sich kompetent und sachkundig in Beruf und Gesellschaft engagieren zu können« (Satzung, Par. 2).
Öffentlichkeitsarbeit für soziale und kulturelle Einrichtungen ist eine Seminarreihe, die wir gemeinsam mit Kommunikation und Neue Medien e.V. und verschiedenen Trägern der Erwachsenenbildung in Nürnberg durchführen. Die Seminare finden in Nürnberger Hotels im Innenstadtnahbereich statt. Seminarunterlagen und eine Anreisebeschreibung senden wir gerne zu. Die Seminare beginnen *am Samstag um 10 Uhr und enden* Sonntags gegen 16 Uhr.
Kosten (pro Teilnehmer/in): DM 105,-- für Verdienende bzw. DM 80,-- für Nichtverdienende (Schüler, Studenten, Auszubildende, Zivil- und Wehrdienstleistende, Arbeitslose, Behinderte und Rentner). Übernachtung (in Zwei-Bett-Zimmern mit Bad), Mittagessen, Kaffee und Abendessen sind im Tagungsbeitrag inbegriffen. Getränke müssen selbst bezahlt werden. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Die Seminare werden aus öffentlichen Mitteln gefördert, daher der soziale Teilnehmerbeitrag.
Tagungsorganisation: Peter Lokk, Tel. 089/1675106, Fax 089/131406 E-Mail: medienakademie@link-n.cl.sub.de

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

»Arbeit statt Sozialhilfe«
Beschäftigung für Sozialhilfeempfängerinnen
Termin: 15.4.97, 19-21 Uhr

Strukturpolitik und Frauenförderung
Termin: 29.4.97, 19-22 Uhr
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg
☎(0 40) 45 02 09-0

OSTERESCH

Layout – aus Texten, Bildern und Grafiken eine Einheit bilden
Schwerpunkt ist die Gestaltung von Broschüren und/oder Faltblättern. Unser Hilfsmittel ist ein Apple MacIntosh Computer. Das Gestaltungsprogramm ist QuarkXPress. Außerdem werden Einblikke in die Programme Illustrator und Photoshop gegeben. Bringt bitte konkrete Beispiele mit, d.h. Faltblätter oder Broschüren, die bei Euch auf Fertigstellung warten. Apple oder PC-Vorkenntnisse erwünscht, aber nicht unbedingt nötig.
Bildungsurlaub, 6. bis 11.4.97
Information & Anmeldung:
Frauenbildungshaus Osteresch,
Strautweg 4, D-48496 Hopsten-Schale
☎(0 54 57) 15 13, Fax 16 94

ÖKOFASCHISMUS

Ökologie und Spiritualität zwischen Nazifaschismus und herrschaftsfreier Gesellschaft?
Ein neuer Begriff geht um: Ökofaschismus. Was ist gemeint? Wie real ist die Gefahr, die von einer biologistischen Ökologie ausgeht? (die Gleichsetzung von Pflanzen, Tieren und Menschen kann z.B. Wegbereiter sein für Ideologien, in *denen das »Recht des Stärkeren« legitimiert* wird)
Was haben ökologische Projekte oder Höfe damit zu tun? Wo ist die gedankliche und reale Verbindung zu Faschismus und Rassismus?
Im Seminar soll es darum gehen, Begriff und Wirklichkeit zu verstehen. Wir wollen einen geschichtlichen Rückblick in die Entstehungsgeschichte der Ökologiebewegung machen. Am Beispiel bestehender Verbindungen zu faschistoiden Bewegungen soll die akute Beeinflussung in Richtung rechtsextremer Denkmuster deutlich gemacht werden. Im Kontrast dazu werden wir linke ökologische Ansätze diskutieren.
Exkursionen zu zwei Projekten in der Region werden angeboten. So können die TeilnehmerInnen auch die wunderschöne Mittelgebirgslandschaft mit ihren heimischen Spezialitäten kennenlernen.
Termin: 11. bis 16. Mai 1997
Ort: »Brieschmühle« im Drohntal auf dem Hunsrück, Nähe Morbach
Unterbringung: Hotel, 1 u. 2-Bettzimmer
Kosten: 590 DM (incl. Vollpension)
Information & Anmeldung:
Gerhard & Waltraud Kern
☎(0 65 33) 9 33 10, Fax 93 73 49

DRITTE WELT

Zwischen Marktanteil und Aufklärungsinteresse Fairer Handel in der Zwickmühle?
Ein Arbeitsbereich von vielen »Dritte-Welt«-Gruppen ist der Verkauf von sog. fairen Produkten. In diesem Bereich hat es in den letzten Jahren große Veränderungen gegeben: Es wird sehr viel Energie darauf verwandt, die fairen Produkte bei Großabnehmern zu etablieren und in den »normalen« Handel zu bringen. Es wird auch überlegt, Einzelhandelsgeschäfte des fairen Handels einzurichten. Im Hintergrund steht das Interesse, Verkaufsanteile fair gehandelter Produkte zu steigern und größere Marktanteile zu erobern. Dieses Interesse von Importeuren und »Großhandel« entspricht nicht unbedingt auch den Interessen und Motivationen von »Dritte-Welt«-Gruppen, die mit ihrem Verkauf vor allen Dingen Aufklärungs- und Motivationsarbeit verbinden, nicht selten sogar statt Umsatzsteigerung eher Konsumverzicht und bewußte Kaufentscheidung zum Ziel haben. Im Mittelpunkt des Seminars sollen die Interessen der »Dritte-Welt«-Gruppen und die gemeinsame Suche nach Lösungsstrategien stehen.
Wann: 25.-27. April 1997, Münster

Geld oder Liebe
Nord-Süd-Kontakte zwischen Partnerschaft und Projektförderung
Die »Dritte-Welt«-Bewegung lebt von ihren internationalen Kontakten – sie sind ihr Lebenselexier. Aber diese Kontakte sind nicht problemlos. Die Beziehungen werden in der Regel mit dem Begriff »Partnerschaft« bezeichnet. Damit ist die Erwartung an Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung und Freundschaft verbunden. Real gibt es aber oft noch andere Ebenen: Von »hier aus« werden Projekte der »Partner« finanziell gefördert. Dies erfordert Projektmanagement, Transparenz und Kontrolle der Mittelverwendung etc. Und der Geldtransfair verläuft – auf der Ebene dieser Beziehungen – nur in eine Richtung. Beides – Erwartungen einer gleichberechtigten Partnerschaft und faktische Projektbeziehung – ist nicht leicht unter einen Hut zu bringen und bringt nicht selten Enttäuschungen mit sich. Wir wollen die unterschiedlichen Erfahrungen von Gruppen mit »Projektpartnerschaften« bearbeiten und uns gemeinsam auf die Suche nach Lösungsstrategien machen.
wann: 09.-11. Mai 1997, Münster
Nähere Informationen bei:
Institut für Theologie und Politik
Graelstr. 9, D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38, Fax: 524788

KULTUR

9. Kulturbörse Freiburg
Vom 18. bis 20. März 1997 im Bürgerhaus Seepark. **Weitere Auskünfte:** Kulturamt Stadt Freiburg, Münsterplatz 30, D-79098 Freiburg
☎(07 61) 201 21 15, Fax 201 21 99

Kulturelle Angebote trotz Sparzwang
Mit reduzierten Mitteln ein effizientes Kulturangebot zu ermöglichen, ist Ziel zweier Seminare, die von der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste NRW (LKD) angeboten werden. Klaus Schäfer, culturplan Krefeld, vermittelt in den eintägigen, abgeschlossenen Fortbildungen Kenntnisse zu Qualitätsmanagement und Preispolitik. Angesprochen sind insbesondere MitarbeiterInnen in öffentlichen Verwaltungen, Kultur- und Jugendeinrichtungen, Vereinen und Verbänden der Jugend- und Kulturarbeit.
Wie eine gelungene Abstimmung von Angebot und Preiskalkulation aussieht, erfahren die TeilnehmerInnen am 20. März. Anhand praktischer Beispiele werden Modelle zum Kulturmarketing erarbeitet und Marketingstrategien entwikkelt.
Evaluation ist das Stichwort einer Fortbildungsveranstaltung am 17. April. Die TeilnehmerInnen erfahren, wie sich der Nutzen von Kultur- und Jugendarbeit beschreiben läßt. Das Seminar informiert über neue Instrumente zur Messung von Erfolg und Wirtschaftlichkeit eines Betriebes.
Nähere Informationen und Anmeldung: LKD, Luisenstr. 22, D-59425 Unna
☎(0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57

ANARCHISMUS

2. Anarchistisches Sommercamp
Wie schon 1995 organisieren wir in diesem Jahr wieder ein anarchistisches Sommercamp. Es wird von Freitag, dem 25. Juli, bis zum Sonntag den 3. August stattfinden.
1995 waren mehr als 300 AnarchistInnen aller Generationen aus dem gesamten deutschsprachigen Gebiet und einigen Nachbarregionen zu uns gekommen. AnarchosyndikalistInnen, Kommune-AnarchistInnen, Gewaltfreie, anarchistische Autonome, AnarchafeministInnen, PunkerInnen, Leute aus selbstverwalteten Betrieben, RätekommunistInnen und libertäre SchülerInnengruppen. Wir alle haben das Camp als Möglichkeit genutzt uns auszutauschen, uns kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und viel Spaß beim gemeinsamen Urlaub zu haben.
Das Camp wurde damals von einigen anarchistischen Gruppen aus Hamburg organisiert. Es gab verschiedenste Arbeitsgruppen, Aktionen, Diskussionskreise und Seminare.
Aufgaben wie Kochen, Kinderbetreuung, Saubermachen und Wache halten werden wir selbstverständlich wieder gemeinsam selbst erledigen.
Das Gelände, welches wir für diesen Sommer wieder anbieten können, ist sehr komfortabel und bietet aufgrund seiner Lage hervorragende Wassersport- und Freizeitmöglichkeiten. Die Erholung kommt so sicher nicht zu kurz.
Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele von Euch sich jetzt schon bereit erklären würden Arbeitsgruppen oder ähnliches vorzubereiten bzw. feste Aufgaben wie z.B. den Sanitätsdienst zu übernehmen.
Eure finanzielle Beteiligung sollte je nach Möglichkeit und Einkommen zwischen 90 und 130 DM liegen. Das Essen ist darin dann schon enthalten.
Organisiert wird das Camp dieses Jahr durch die »Libertäre Jugend Hamburg«, eine Gruppe welche auf dem letzten Camp entstand und seitdem hier in Hamburg sehr aktiv ist. Unterstützt werden wir von mehreren anderen anarchistischen Gruppen aus unserer Stadt.
Für Eure möglichst frühe Anmeldung – die obligatorisch für Eure Teilnahme ist – (Anmeldeschluß ist der 12. Juli bzw. wohl schon früher, bei 300 Anmeldungen ist es voll) sowie für weitere Informationen oder Anregungen meldet Euch bitte beim:
Zentrum der Libertären Jugend
Thadenstraße 118, Kellereingang
D-22767 Hamburg-Altona
e-mail: fauhh4@anarch.free.de
oder telefonisch (Mi+Do 19-21 Uhr, So 16-18 Uhr) unter 040/ 432 21 24

ÖKOLOGIE

Fachseminar für den Handel mit Naturbaustoffen
Einen neuen Seminartyp bietet die Sanfte Energie GmbH, ein Unternehmen im Energie- und Umweltzentrum (EUZ) in Springe-Eldagsen an.
»Das Unternehmen, das seit 15 Jahren mit Naturbaustoffen handelt und beim gesunden Bauen berät, sucht neue Geschäftsfelder«, so der Initiator des Seminars, Antonius Grotenhermen. »Sinnvoll und im Sinne der Grundidee des EUZ ist die Weitergabe von Know How«, ergänzt er.
Daher werden im Zentrum und bei ausreichenden Interesse auch an anderen Orten in Deutschland künftig Menschen für den Handel mit ökologischen Baustoffen ausgebildet. Die Zielgruppe des Fachseminars (Grundlagen-Schulung) sind zum Beispiel: Mitarbeiter und Auszubildende des ökologischen Baustoffhandels, Berater für umweltfreundliches Bauen und Wohnen sowie ExistenzgründerInnen oder Personen, die sich qualifizieren möchten. Die Ausbildung ist produktneutral. Themen sind: Bauelemente, Holz, Bodenbeläge, Dämmen, Naturfarben und eine Verkäuferschulung. Das erste Seminar findet vom 16. bis 20. Juni 1997 im EUZ statt.
Nähere Unterlagen sind erhältlich über: Sanfte Energie GmbH, Fachschulung, im EUZ, D-31832 Springe oder per eMail: EUZ@OLN.apc.de

Ökologisches Bauen und Sanieren III
Dieser Fachkongreß findet vom 11. bis 13. Mai 1997 in Fulda statt. Auf dem Kongreß werden ca. 60 Vorträge und Beiträge zum Thema angeboten. Auch Poster-, Fach- sowie Industrieausstellungen sind eingeplant, desweiteren Exkursionen und Satellitenveranstaltungen.
Nähere Informationen:
AGÖF-Kongreß 97, Umweltberatung, Petersgasse 27, D-36037 Fulda
☎(06 61) 901 15 45, Fax 7 10 19

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg